

## **Beteiligentransparenzdokumentation**

### **Gesetz zur Änderung des Thüringer Rettungsdienstgesetzes**

**Einbringer:**                      **Fraktion DIE LINKE**  
   **Fraktion der SPD**  
   **Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN**

**(Drucksache 7/5376)**

#### **Inhalt**

- 1. Drucksache**
- 2. Vom Einbringer übersandte Daten (Vom Einbringer wurden bisher keine Daten übersandt.)**
- 3. Im Rahmen des parlamentarischen Anhörungsverfahrens eingebrachte Beiträge**
- 4. Eigeninitiativ eingebrachte Beiträge (Keine Dokumente vorhanden)**
- 5. Weitere Beiträge (Keine Dokumente vorhanden)**
- 6. Diskussionsforum (Keine Dokumente vorhanden)**

Gemäß § 1 Abs. 1 Thüringer Beteiligentransparenzdokumentationsgesetz (ThürBeteildokG) wird beim Landtag eine öffentliche Liste der an Gesetzgebungsverfahren beteiligten natürlichen und juristischen Personen geführt (Beteiligentransparenzdokumentation). Dieses Dokument wurde aus den zum Gesetzgebungsverfahren in der Beteiligentransparenzdokumentation vorhandenen Dokumenten und Informationen zum Zweck des Downloads automatisch erstellt.

Stand: 11. November 2022

## **1. Drucksache**

## **G e s e t z e n t w u r f**

**der Fraktionen DIE LINKE, der SPD und BÜNDNIS 90/  
DIE GRÜNEN**

### **Gesetz zur Änderung des Thüringer Rettungsdienstgesetzes**

#### **A. Problem und Regelungsbedürfnis**

Seit der Einführung des neuen Berufsbilds "Notfallsanitäter" zum 1. Januar 2014 auf der Bundesebene wird das Ziel verfolgt, die notfallmedizinische Versorgung von Notfallpatienten in Deutschland zu verbessern. Im Gegensatz zu den Rettungsassistenten (2-jährige Ausbildung) verfügen die drei Jahre lang ausgebildeten Notfallsanitäter über die Kompetenzen, im arztfreien Intervall eigenverantwortlich die Heilkunde auszuüben und auf Delegationsbasis eigenständig ärztliche Behandlungsmaßnahmen durchzuführen. Die gleichen Kompetenzen haben diejenigen Rettungsassistenten, die sich zum Notfallsanitäter nachqualifiziert haben.

Um den Ländern mehr Spielraum bei der Umsetzung der bundesrechtlichen Ausbildungsbestimmungen zu geben, hat der Bundesgesetzgeber im Jahr 2019 durch eine Änderung des § 32 Abs. 2 des Notfallsanitätergesetzes die Frist zur Nachqualifizierung von Rettungsassistenten zu Notfallsanitätern generell um drei Jahre vom 31. Dezember 2020 bis zum 31. Dezember 2023 verlängert. In Thüringen ist nach der Übergangsbestimmung des § 34 Abs. 3 Satz 1 des Thüringer Rettungsdienstgesetzes (ThürRettG) der Einsatz von Rettungsassistenten auf den in der Notfallrettung eingesetzten Rettungsfahrzeugen und in den Zentralen Leitstellen nur noch bis einschließlich 31. Dezember 2022 zulässig. Bei Erlass dieser Übergangsbestimmung im Jahr 2014 hatte sich Thüringen an der seinerzeit geltenden bundesrechtlichen Nachqualifizierungsfrist orientiert. Ohne eine Anpassung der landesgesetzlichen Stichtagsregelung müssten in Thüringen Rettungsassistenten eher aus dem Einsatz- beziehungsweise Leitstellendienst ausscheiden, als sie sich nach Bundesrecht zum höherwertigen Beruf des Notfallsanitäters nachqualifizieren könnten.

#### **B. Lösung**

Eine Harmonisierung des § 34 Abs. 3 Satz 1 ThürRettG mit der bundesrechtlichen Nachqualifizierungsfrist in § 32 Abs. 2 des Notfallsanitätergesetzes, wodurch eine Verlängerung des landesgesetzlichen Einsatzstichtags um ein Jahr bis zum 31. Dezember 2023 erreicht wird. Mit Blick auf die Personallage im Rettungsdienst sollte die Übergangsbestimmung des § 34 Abs. 3 Satz 1 ThürRettG nicht nur auf den 31. Dezember 2023 verlängert, sondern zugleich auf die Transportführer der

Rettungstransportwagen beschränkt werden. Damit würde in den anderen genannten Tätigkeitsbereichen, in denen eine Notfallsanitäter-Qualifikation nicht zwingend erforderlich ist (insbesondere für Tätigkeiten in den Zentralen Leitstellen), eine Weiterbeschäftigung der bisherigen Rettungsassistenten ermöglicht.

**C. Alternativen**

Keine

**D. Kosten**

Für den Landeshaushalt ergeben sich keine zusätzlichen Kosten.



### **Gesetz zur Änderung des Thüringer Rettungsdienstgesetzes**

Der Landtag hat das folgende Gesetz beschlossen:

#### **Artikel 1**

§ 34 Abs. 3 des Thüringer Rettungsdienstgesetzes vom 16. Juli 2008 (GVBl. S. 233), das zuletzt durch Artikel 2 des Gesetzes vom 29. Juni 2018 (GVBl. S. 317) geändert worden ist, erhält folgende Fassung:

"(3) Der Einsatz von Rettungsassistenten als Transportführer der in der Notfallrettung eingesetzten Rettungstransportwagen ist bis einschließlich 31. Dezember 2023 zulässig."

#### **Artikel 2**

Dieses Gesetz tritt am Tage nach der Verkündung in Kraft.

**Begründung:****A. Allgemeines**

Seit der Einführung des neuen Berufsbilds "Notfallsanitäter" zum 1. Januar 2014 auf der Bundesebene wird das Ziel verfolgt, die notfallmedizinische Versorgung von Notfallpatienten in Deutschland zu verbessern. Im Gegensatz zu den Rettungsassistenten (2-jährige Ausbildung) verfügen die drei Jahre lang ausgebildeten Notfallsanitäter über die Kompetenzen, im arztfreien Intervall eigenverantwortlich die Heilkunde auszuüben und auf Delegationsbasis eigenständig ärztliche Behandlungsmaßnahmen durchzuführen. Die gleichen Kompetenzen haben diejenigen Rettungsassistenten, die sich zum Notfallsanitäter nachqualifiziert haben.

In Thüringen ist nach der Übergangsbestimmung des § 34 Abs. 3 Satz 1 ThürRettG der Einsatz von Rettungsassistenten auf den in der Notfallrettung eingesetzten Rettungsfahrzeugen und in den Zentralen Leitstellen nur noch bis einschließlich 31. Dezember 2022 zulässig. Bei Erlass dieser Übergangsbestimmung im Jahr 2014 hatte sich Thüringen an der seinerzeit geltenden bundesrechtlichen Nachqualifizierungsfrist orientiert. Ohne eine Anpassung der landesgesetzlichen Stichtagsregelung müssten in Thüringen Rettungsassistenten eher aus dem Einsatz- beziehungsweise Leitstellendienst ausscheiden, als sie sich nach Bundesrecht zum höherwertigen Beruf des Notfallsanitäters nachqualifizieren könnten.

Aus diesem Grund soll eine Verlängerung des landesgesetzlichen Einsatzstichtags um ein Jahr bis zum 31. Dezember 2023 erfolgen, indem eine Harmonisierung des § 34 Abs. 3 Satz 1 ThürRettG mit der bundesrechtlichen Nachqualifizierungsfrist in § 32 Abs. 2 des Notfallsanitätergesetzes vorgenommen wird.

**B. Zu den einzelnen Bestimmungen****Zu Artikel 1:**

Im Ergebnis der parlamentarischen Evaluierung der bisherigen Stichtagsregelung in § 34 Abs. 3 Satz 1 ThürRettG wird zum Zwecke der Qualitätssteigerung und der Sicherstellung eines landesweit einheitlichen Versorgungsniveaus der Einsatz von Rettungsassistenten als Transportführer der in der Notfallrettung eingesetzten Rettungstransportwagen bis einschließlich 31. Dezember 2023 befristet. Somit sind ab dem 1. Januar 2024 als Transportführer der Rettungstransportwagen ausschließlich die besser ausgebildeten und höher qualifizierten Notfallsanitäter einzusetzen. Rettungsassistenten, die trotz bestehender Nachqualifizierungsmöglichkeit gemäß § 32 Abs. 2 des Notfallsanitätergesetzes nicht über den Berufsabschluss "Notfallsanitäter" verfügen, dürfen im Einsatzdienst weiter als Fahrer der Rettungstransportwagen, als Fahrer der Notarzteinsetzungsfahrzeuge, als Transportführer der Krankentransportwagen und auf den Rettungstransporthubschraubern tätig sein.

Zugleich wird mit der Aufhebung des bislang in § 34 Abs. 3 Satz 1 ThürRettG geregelten Stichtags für den Leitstellendienst eine weitere Tätigkeit von Rettungsassistenten als Disponenten in den Zentralen Leitstellen ermöglicht.

**Zu Artikel 2:**

Die Änderung des § 34 Abs. 3 ThürRettG tritt am Tage nach der Verkündung im Gesetz- und Verordnungsblatt in Kraft.

Für die Fraktion  
DIE LINKE:

Blechschmidt

Für die Fraktion  
der SPD:

Lehmann

Für die Fraktion  
BÜNDNIS 90/  
DIE GRÜNEN:

Henfling

## **2. Vom Einbringer übersandte Daten**

(Vom Einbringer wurden bisher keine Daten übersandt.)

### **3. Im Rahmen des parlamentarischen Anhörungsverfahrens eingebrachte Beiträge**

**Die folgenden natürlichen und juristischen Personen haben sich im Rahmen des parlamentarischen Anhörungsverfahrens beteiligt.**

BARMER, Landesvertretung Thüringen  
Techniker Krankenkasse, Landesvertretung Thüringen  
Bundesanstalt Technisches Hilfswerk, Landesverband Sachsen, Thüringen  
Wirtschaftsrat der CDU e.V., Landesverband Thüringen  
Verband der Ersatzkassen e.V., Landesvertretung Thüringen  
AOK Plus  
Landeskrankenhausgesellschaft Thüringen e.V.  
Stadtverwaltung Erfurt, Berufsfeuerwehr Erfurt, Amt 37  
Verband leitender Krankenhausärztinnen und -ärzte e.V., Landesverband Thüringen  
Landesärztekammer Thüringen  
Kassenärztliche Vereinigung Thüringen  
Gemeinde- und Städtebund Thüringen e.V.  
Thüringer Feuerwehr-Verband e.V.  
Verband der Privatkliniken in Thüringen e.V.  
Arbeitsgemeinschaft der in Thüringen tätigen Notärzte e.V.  
Bundesvereinigung der Arbeitsgemeinschaften Notärzte Deutschlands (BAND) e.V.  
REGIOMED- Kliniken GmbH  
Thüringischer Landkreistag e.V.  
Landesarbeitsgemeinschaft der Hilfsorganisationen in Thüringen

**Die Beiträge der Beteiligten sind in der Beteiligtransparenzdokumentation nur enthalten, wenn die Zustimmung zur Veröffentlichung erteilt wurde.**

18639/2022

**Formblatt zur Datenerhebung  
nach § 5 Abs. 1 des Thüringer Beteiligtentransparenzdokumentationsgesetzes**

Jede natürliche oder juristische Person, die sich mit einem schriftlichen Beitrag an einem Gesetzgebungsverfahren beteiligt hat, ist nach dem Thüringer Beteiligtentransparenzdokumentationsgesetz (ThürBeteilldokG) verpflichtet, die nachfolgend erbetenen Angaben – soweit für sie zutreffend – zu machen.

Die Informationen der folgenden Felder 1 bis 6 werden in jedem Fall als verpflichtende Mindestinformationen gemäß § 5 Abs. 1 ThürBeteilldokG in der Beteiligtentransparenzdokumentation veröffentlicht. Ihr inhaltlicher Beitrag wird zusätzlich nur dann auf den Internetseiten des Thüringer Landtags veröffentlicht, wenn Sie Ihre Zustimmung hierzu erteilen.


*Bitte gut leserblich ausfüllen und zusammen mit der Stellungnahme senden!*

Zu welchem <b>Gesetzentwurf</b> haben Sie sich schriftlich geäußert (Titel des Gesetzentwurfs)?											
Gesetz zur Änderung des Thüringer Rettungsdienstgesetzes Drs. 7/5376											
1.	Haben Sie sich als <b>juristischen Person</b> geäußert, d. h. als Vertreter einer Vereinigung natürlicher Personen oder Sachen (z. B. Verein, GmbH, AG, eingetragene Genossenschaft oder öffentliche Anstalt, Körperschaft des öffentlichen Rechts, Stiftung des öffentlichen Rechts)? (§ 5 Abs. 1 Nr. 1, 2 ThürBeteilldokG; Hinweis: Wenn nein, dann weiter mit Frage 2. Wenn ja, dann weiter mit Frage 3.)										
	<table border="1"> <tr> <td>Name</td> <td>Organisationsform</td> </tr> <tr> <td>BARMER Landesvertretung Thüringen</td> <td>Gesetzliche Krankenversicherung Körperschaft Öffentlichen Rechts</td> </tr> <tr> <td>Geschäfts- oder Dienstadresse</td> <td></td> </tr> <tr> <td>Straße, Hausnummer (oder Postfach)</td> <td>Johannesstraße 164, Erfurt</td> </tr> <tr> <td>Postleitzahl, Ort</td> <td>99084 Erfurt</td> </tr> </table>	Name	Organisationsform	BARMER Landesvertretung Thüringen	Gesetzliche Krankenversicherung Körperschaft Öffentlichen Rechts	Geschäfts- oder Dienstadresse		Straße, Hausnummer (oder Postfach)	Johannesstraße 164, Erfurt	Postleitzahl, Ort	99084 Erfurt
Name	Organisationsform										
BARMER Landesvertretung Thüringen	Gesetzliche Krankenversicherung Körperschaft Öffentlichen Rechts										
Geschäfts- oder Dienstadresse											
Straße, Hausnummer (oder Postfach)	Johannesstraße 164, Erfurt										
Postleitzahl, Ort	99084 Erfurt										
2.	Haben Sie sich als <b>natürliche Person</b> geäußert, d. h. als Privatperson? (§ 5 Abs. 1 Nr. 1, 2 ThürBeteilldokG)										
	<table border="1"> <tr> <td>Name</td> <td>Vorname</td> </tr> <tr> <td></td> <td></td> </tr> <tr> <td colspan="2"> <input type="checkbox"/> Geschäfts- oder Dienstadresse      <input type="checkbox"/> Wohnadresse  (Hinweis: Angaben zur Wohnadresse sind nur erforderlich, wenn keine andere Adresse benannt wird. Die Wohnadresse wird in keinem Fall veröffentlicht.) </td> </tr> <tr> <td>Straße, Hausnummer</td> <td></td> </tr> <tr> <td>Postleitzahl, Ort</td> <td></td> </tr> </table>	Name	Vorname			<input type="checkbox"/> Geschäfts- oder Dienstadresse <input type="checkbox"/> Wohnadresse (Hinweis: Angaben zur Wohnadresse sind nur erforderlich, wenn keine andere Adresse benannt wird. Die Wohnadresse wird in keinem Fall veröffentlicht.)		Straße, Hausnummer		Postleitzahl, Ort	
Name	Vorname										
<input type="checkbox"/> Geschäfts- oder Dienstadresse <input type="checkbox"/> Wohnadresse (Hinweis: Angaben zur Wohnadresse sind nur erforderlich, wenn keine andere Adresse benannt wird. Die Wohnadresse wird in keinem Fall veröffentlicht.)											
Straße, Hausnummer											
Postleitzahl, Ort											

3.	<b>Was ist der Schwerpunkt Ihrer inhaltlichen oder beruflichen Tätigkeit?</b> (§ 5 Abs. 1 Nr. 3 ThürBetellG)	
	Die Landesvertretung der BARMER in Thüringen ist Ansprechpartner für Leistungserbringer, Verbände, Politik und Öffentlichkeit in allen Belangen, die Gesundheitsversorgung, Prävention und Pflege betreffen.	
4.	<b>Haben Sie in Ihrem schriftlichen Beitrag die entworfenen Regelungen insgesamt eher</b> <input checked="" type="checkbox"/> befürwortet, <input type="checkbox"/> abgelehnt, <input type="checkbox"/> ergänzungs- bzw. änderungsbedürftig eingeschätzt?	
	<b>Bitte fassen Sie kurz die wesentlichen Inhalte (Kernaussage) Ihres schriftlichen Beitrages zum Gesetzgebungsverfahren zusammen!</b> (§ 5 Abs. 1 Nr. 4 ThürBetellG)	
	Die Stellungnahme schließt sich der Positionierung des VDEK an.	
5.	<b>Wurden Sie vom Landtag gebeten, einen schriftlichen Beitrag zum Gesetzgebungsvorhaben einzureichen?</b> (§ 5 Abs. 1 Nr. 5 ThürBetellG)	
	<input checked="" type="checkbox"/> ja (Hinweis: weiter mit Frage 6)	<input type="checkbox"/> nein
	<b>Wenn Sie die Frage 5 verneint haben: Aus welchem Anlass haben Sie sich geäußert?</b>	
	<b>In welcher Form haben Sie sich geäußert?</b>	
	<input checked="" type="checkbox"/> per E-Mail <input type="checkbox"/> per Brief	
6.	<b>Haben Sie sich als Anwaltskanzlei im Auftrag eines Auftraggebers mit schriftlichen Beiträgen am Gesetzgebungsverfahren beteiligt?</b> (§ 5 Abs. 1 Nr. 6 ThürBetellG)	
	<input type="checkbox"/> ja	<input checked="" type="checkbox"/> nein (weiter mit Frage 7)
	<b>Wenn Sie die Frage 6 bejaht haben: Bitte benennen Sie Ihren Auftraggeber!</b>	

7.	<b>Stimmen Sie einer Veröffentlichung</b> Ihres schriftlichen Beitrages in der Beteiligentransparenzdokumentation zu? (§ 5 Abs. 1 Satz 2 ThürBetelldokG)	
	<input type="checkbox"/> ja	<input checked="" type="checkbox"/> nein

Mit meiner Unterschrift versichere ich die **Richtigkeit und Vollständigkeit der Angaben**.  
Änderungen in den mitgeteilten Daten werde ich unverzüglich und unaufgefordert bis zum Abschluss  
des Gesetzgebungsverfahrens mitteilen.

<b>Ort, Datum</b>	<b>Unterschrift</b>
15.07.2022	



**Formblatt zur Datenerhebung**  
**nach § 5 Abs. 1 des Thüringer Beteiligentransparenz dokumentationsgesetzes**

Jede natürliche oder juristische Person, die sich mit einem schriftlichen Beitrag an einem Gesetzgebungsverfahren beteiligt hat, ist nach dem Thüringer Beteiligentransparenz dokumentationsgesetz verpflichtet, die nachfolgend erbetenen Angaben – soweit für sie zutreffend – zu machen.

Die Informationen in den folgenden Feldern 1 bis 6 werden als verpflichtende Mindestinformationen im Internet veröffentlicht. Wenn Sie Ihre Zustimmung in Feld 7 zur Veröffentlichung Ihres inhaltlichen Beitrags geben, wird auch Ihr Beitrag auf den Internetseiten des Thüringer Landtags veröffentlicht.

*Bitte gut leserlich ausfüllen und zusammen mit der Stellungnahme senden!*

Bezeichnung des Gesetzgebungsentwurfs		
Gesetzentwurf der Fraktionen DIE LINKE, der SPD und BÜNDNIS90/DIE GRÜNEN - Drucksache 7/5376 -		
1.	bei natürlichen Personen	
	Name	
	Vorname	
bei juristischen Personen		
	Name	
	Organisationsform	
	Techniker Krankenkasse Landesvertretung Thüringen	
	Gesetzliche Krankenkasse, Körperschaft des öffentlichen Rechts	
2.	bei natürlichen Personen	
	Geschäfts- oder Dienstadresse <input checked="" type="checkbox"/> Wohnadresse <input type="checkbox"/>	
	(Angaben zur Wohnadresse sind nur erforderlich, wenn keine andere Adresse benannt wird. Die Wohnadresse wird nicht veröffentlicht.)	
	Straße, Hausnummer	
	Postleitzahl, Ort	
	bei juristischen Personen	
	Geschäfts- oder Dienstadresse	
	Straße, Hausnummer	
Techniker Krankenkasse Landesvertretung Thüringen Schlosserstraße 20		
Postleitzahl, Ort		
	99084 Erfurt	
3.	Schwerpunkt der inhaltlichen oder beruflichen Tätigkeit der natürlichen oder juristischen Person	
	Leiter der TK Landesvertretung Thüringen	



**Formblatt zur Datenerhebung**  
**nach § 5 Abs. 1 des Thüringer Beteiligungstransparenzdokumentationsgesetzes**

Jede natürliche oder juristische Person, die sich mit einem schriftlichen Beitrag an einem Gesetzgebungsverfahren beteiligt hat, ist nach dem Thüringer Beteiligungstransparenzdokumentationsgesetz (ThürBeteilldokG) verpflichtet, die nachfolgend erbetenen Angaben – soweit für sie zutreffend – zu machen.

Die Informationen der folgenden Felder 1 bis 6 werden in jedem Fall als verpflichtende Mindestinformationen gemäß § 5 Abs. 1 ThürBeteilldokG in der Beteiligungstransparenzdokumentation veröffentlicht. Ihr inhaltlicher Beitrag wird zusätzlich nur dann auf den Internetseiten des Thüringer Landtags veröffentlicht, wenn Sie Ihre Zustimmung hierzu erteilen.

*Bitte gut leserlich ausfüllen und zusammen mit der Stellungnahme senden!*

Zu welchem <b>Gesetzentwurf</b> haben Sie sich schriftlich geäußert (Titel des Gesetzentwurfs)?		
Gesetz zur Änderung des Thüringer Rettungsdienstgesetzes Gesetzentwurf der Fraktionen DIE LINKE, der SPD und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN - Drucksache 7/5376 -		
1.	Haben Sie sich als Vertreter einer <b>juristischen Person</b> geäußert, d. h. als Vertreter einer Vereinigung natürlicher Personen oder Sachen (z. B. Verein, GmbH, AG, eingetragene Genossenschaft oder öffentliche Anstalt, Körperschaft des öffentlichen Rechts, Stiftung des öffentlichen Rechts)? (§ 5 Abs. 1 Nr. 1, 2 ThürBeteilldokG; Hinweis: Wenn nein, dann weiter mit Frage 2. Wenn ja, dann weiter mit Frage 3.)	
	Name	
	Organisationsform	
	<i>Bundesanstalt</i>	
	Geschäfts- oder Dienstadresse	
	<i>Technisches Hilfswerk LV Sachsen, Thüringen</i>	
	Straße, Hausnummer (oder Postfach)	
	<i>Geschwister-Scholl-Str. 2</i>	
	Postleitzahl, Ort	
	<i>04600 Altenburg</i>	
2.	Haben Sie sich als <b>natürliche Person</b> geäußert, d. h. als Privatperson? (§ 5 Abs. 1 Nr. 1, 2 ThürBeteilldokG)	
	Name	
	Vorname	
	<input type="checkbox"/> Geschäfts- oder Dienstadresse <input type="checkbox"/> Wohnadresse	
	(Hinweis: Angaben zur Wohnadresse sind nur erforderlich, wenn keine andere Adresse benannt wird. Die Wohnadresse wird in keinem Fall veröffentlicht.)	
	Straße, Hausnummer	
	Postleitzahl, Ort	

3.	Was ist der <b>Schwerpunkt Ihrer inhaltlichen oder beruflichen Tätigkeit?</b> (§ 5 Abs. 1 Nr. 3 ThürBetellG)	
	Leitung des Landesverbandes Sachsen, Thüringen der Bundesanstalt Techn. Hilfswerk	
4.	Haben Sie in Ihrem schriftlichen Beitrag die entworfenen Regelungen insgesamt eher	
	<input checked="" type="checkbox"/> befürwortet, <input type="checkbox"/> abgelehnt, <input type="checkbox"/> ergänzungs- bzw. änderungsbedürftig eingeschätzt?	
	<b>Bitte fassen Sie kurz die wesentlichen Inhalte (Kernaussage) Ihres schriftlichen Beitrages zum Gesetzgebungsverfahren zusammen!</b> (§ 5 Abs. 1 Nr. 4 ThürBetellG)	
	Zustimmung zum mit Drucksache 7/5736 vor gelegten (Änderungs-)Gesetzesentwurf	
5.	Wurden Sie vom Landtag gebeten, einen schriftlichen Beitrag zum Gesetzgebungsvorhaben einzureichen? (§ 5 Abs. 1 Nr. 5 ThürBetellG)	
	<input checked="" type="checkbox"/> Ja (Hinweis: weiter mit Frage 6)	<input type="checkbox"/> nein
	Wenn Sie die Frage 5 verneint haben: Aus welchem <b>Anlass</b> haben Sie sich geäußert?	
	In welcher <b>Form</b> haben Sie sich geäußert?	
	<input type="checkbox"/> per E-Mail <input type="checkbox"/> per Brief	
6.	Haben Sie sich <b>als Anwaltskanzlei im Auftrag</b> eines Auftraggebers mit schriftlichen Beiträgen am Gesetzgebungsverfahren beteiligt? (§ 5 Abs. 1 Nr. 6 ThürBetellG)	
	<input type="checkbox"/> ja	<input checked="" type="checkbox"/> nein (weiter mit Frage 7)
	Wenn Sie die Frage 6 bejaht haben: Bitte benennen Sie Ihren <b>Auftraggeber!</b>	

7.	<b>Stimmen Sie einer Veröffentlichung Ihres schriftlichen Beitrages in der Beteiligientransparenzdokumentation zu?</b> (§ 5 Abs. 1 Satz 2 ThürBeteilG)	
	<input checked="" type="checkbox"/> ja	<input type="checkbox"/> nein

Mit meiner Unterschrift versichere ich die **Richtigkeit und Vollständigkeit der Angaben**. Änderungen in den mitgeteilten Daten werde ich unverzüglich und unaufgefordert bis zum Abschluss des Gesetzgebungsverfahrens mitteilen.

Ort, Datum	Unterschrift
Altenburg 25.12.2022	



THUR. LANDTAG POST  
11.07.2022 10:43

17544/2022

Bundesanstalt Technisches Hilfswerk, Landesverband Sachsen, Thüringen, Geschwister-  
Scholl-Straße 2, 04600 Altenburg

Thüringer Landtag

Innen- und Kommunalausschuss

Jürgen-Fuchs-Straße 1

99096 Erfurt

Thüringer Landtag  
Z u s c h r i f t

7 / 2036

zu Dis. 7/5376

Referat Einsatz

Landesverband Sachsen, Thüringen

HAUSANSCHRIFT Geschwister-Scholl-Straße 2

04600 Altenburg

TEL +49 3447-5684-20

FAX +49 3447-5684-55

BEARBEITET VON

E-MAIL Referat-E.LVSNTH@thw.de

INTERNET <https://www.lv-snth.thw.de>

BETREFF **Gesetz zur Änderung des Thüringer Rettungsdienstgesetzes**

hier: Anhörungsverfahren gem. § 79 der Geschäftsordnung des Thüringer Landtags

BEZUG Ihr Schreiben vom 02. Juni 2022,

AZ

DATUM Altenburg, 5. Juli 2022

Den Mitgliedern des

Sehr geehrte Damen und Herren,

.....JnnKA.....

vielen Dank für Ihr o.a. Schreiben vom 02. 06. 2022 und die Beteiligung beim schriftlichen Anhörungsverfahren.

Der THW Landesverband Sachsen, Thüringen vertritt in dieser Sache folgende Auffassung:

Die Maßnahmen zur Qualitätssteigerung des Thüringer Rettungswesens werden begrüßt. Qualitätssteigernde Maßnahmen setzen natürlich auch entsprechende Qualifizierungsmaßnahmen voraus. Zur Durchführung der v.g. Qualifizierungsmaßnahmen bedarf es entsprechender Zeiträume welche zwischen den betroffenen Bundesländern und den Bundesvorgaben entsprechend harmonisiert sein sollten.

Die Harmonisierung des § 34 Abs. 3 Satz 1 ThürRettG mit der bundesrechtlichen Nachqualifizierungsfrist in § 32 Abs. 2 des Notfallsanitätergesetzes wie in Drucksache 7/5376, B. Lösung, dargestellt (Verlängerung des landesgesetzlichen Einsatzstichtages bis zum 31.12.2023, zugleich dargestellte Beschränkung auf die Trsp.-führer) wird befürwortet.

Die Detailfragen gem. Anlage 3 des Bezugsschreibens werden wie folgt beantwortet:

Zu Frage 1:

Die fachliche Begründung und auch die Notwendigkeit, dass Transportführende der i.d. Notfallrettung eingesetzten RTW künftig ausschließlich Beschäftigte mit dem Berufsbild "Notfallsanitäter" eingesetzt werden um eine landesweite Qualitätssteigerung und ein einheitliches Versorgungsniveau zu erreichen, wird gesehen und befürwortet.

Die im Gesetzentwurf vorgeschlagene Anpassungsfrist zur Nachqualifizierung von Rettungsassistentinnen und Rettungsassistenten hin zu Notfallsanitäterinnen und Notfallsanitätern zum 31. Dezember 2023 wird als geeigneter Weg zur dargestellten Nachqualifizierung, zur Schaffung von Planungssicherheit und Entlastung erachtet.

Zu Frage 3:

Die Fokussierung auf die Transportführenden der RTW wird unweigerlich zu einer sinnvollen Qualitätssteigerung führen (gleiche Qualifikation Transportführende und Notfallsanitäter / flexiblere Einsatzmöglichkeiten; inwieweit dies Vergütungsrelevant wird, kann von hier aus nicht beurteilt werden.).

Mit freundlichen Grüßen

**Formblatt zur Datenerhebung  
nach § 5 Abs. 1 des Thüringer Beteiligungstransparenzdocumentationsgesetzes**

Jede natürliche oder juristische Person, die sich mit einem schriftlichen Beitrag an einem Gesetzgebungsverfahren beteiligt hat, ist nach dem Thüringer Beteiligungstransparenzdocumentationsgesetz (ThürBeteilldokG) verpflichtet, die nachfolgend erbetenen Angaben – soweit für sie zutreffend – zu machen.

Die Informationen der folgenden Felder 1 bis 6 werden in jedem Fall als verpflichtende Mindestinformationen gemäß § 5 Abs. 1 ThürBeteilldokG in der Beteiligungstransparenzdocumentation veröffentlicht. Ihr inhaltlicher Beitrag wird zusätzlich nur dann auf den Internetseiten des Thüringer Landtags veröffentlicht, wenn Sie Ihre Zustimmung hierzu erteilen.

*Bitte gut leserlich ausfüllen und zusammen mit der Stellungnahme senden!*

Zu welchem <b>Gesetzentwurf</b> haben Sie sich schriftlich geäußert (Titel des Gesetzentwurfs)?		
Gesetz zur Änderung des Thüringer Rettungsdienstgesetzes Gesetzentwurf der Fraktionen DIE LINKE, der SPD und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN - Drucksache 7/5376 -		
1.	Haben Sie sich als <b>Vertreter einer juristischen Person</b> geäußert, d. h. als Vertreter einer Vereinigung natürlicher Personen oder Sachen (z. B. Verein, GmbH, AG, eingetragene Genossenschaft oder öffentliche Anstalt, Körperschaft des öffentlichen Rechts, Stiftung des öffentlichen Rechts)? (§ 5 Abs. 1 Nr. 1, 2 ThürBeteilldokG; Hinweis: Wenn nein, dann weiter mit Frage 2. Wenn ja, dann weiter mit Frage 3.)	
	Name	Organisationsform
	Wirtschaftsrat des CDU e.V. Landesverband Thüringen	e.V.
	Geschäfts- oder Dienstadresse	
	Straße, Hausnummer (oder Postfach)	Juri-Bayana-Ring 152
	Postleitzahl, Ort	93084 Erfurt
2.	Haben Sie sich als <b>natürliche Person</b> geäußert, d. h. als Privatperson? (§ 5 Abs. 1 Nr. 1, 2 ThürBeteilldokG)	
	Name	Vorname
	<input type="checkbox"/> Geschäfts- oder Dienstadresse	<input type="checkbox"/> Wohnadresse
	(Hinweis: Angaben zur Wohnadresse sind nur erforderlich, wenn keine andere Adresse benannt wird. Die Wohnadresse wird in keinem Fall veröffentlicht.)	
	Straße, Hausnummer	
	Postleitzahl, Ort	



3.	Was ist der <b>Schwerpunkt Ihrer inhaltlichen oder beruflichen Tätigkeit?</b> (§ 5 Abs. 1 Nr. 3 ThürBetellidokG)	
4.	Haben Sie in Ihrem schriftlichen Beitrag die entworfenen Regelungen insgesamt eher	
	<input checked="" type="checkbox"/> befürwortet, Frage 1 + 2 <input type="checkbox"/> abgelehnt, <input checked="" type="checkbox"/> ergänzungs- bzw. änderungsbedürftig eingeschätzt? Frage 3	
	<b>Bitte fassen Sie kurz die wesentlichen Inhalte (Kernaussage) Ihres schriftlichen Beitrages zum Gesetzgebungsverfahren zusammen!</b> (§ 5 Abs. 1 Nr. 4 ThürBetellidokG)	
5.	Wurden Sie vom Landtag gebeten, einen schriftlichen Beitrag zum Gesetzgebungsvorhaben einzureichen? (§ 5 Abs. 1 Nr. 5 ThürBetellidokG)	
	<input checked="" type="checkbox"/> ja (Hinweis: weiter mit Frage 6)	<input type="checkbox"/> nein
	Wenn Sie die Frage 5 verneint haben: Aus welchem <b>Anlass</b> haben Sie sich geäußert?	
	In welcher <b>Form</b> haben Sie sich geäußert?	
	<input type="checkbox"/> per E-Mail <input type="checkbox"/> per Brief	
6.	Haben Sie sich <b>als Anwaltskanzlei im Auftrag</b> eines Auftraggebers mit schriftlichen Beiträgen am Gesetzgebungsverfahren beteiligt? (§ 5 Abs. 1 Nr. 6 ThürBetellidokG)	
	<input type="checkbox"/> ja	<input checked="" type="checkbox"/> nein (weiter mit Frage 7)
	Wenn Sie die Frage 6 bejaht haben: Bitte benennen Sie Ihren <b>Auftraggeber!</b>	

7.	Stimmen Sie einer Veröffentlichung Ihres schriftlichen Beitrages in der Beteiligientransparenzdokumentation zu? (§ 5 Abs. 1 Satz 2 ThürBeteldokG)	
	<input checked="" type="checkbox"/> ja	<input type="checkbox"/> nein

Mit meiner Unterschrift versichere ich die **Richtigkeit und Vollständigkeit der Angaben**. Änderungen in den mitgeteilten Daten werde ich unverzüglich und unaufgefordert bis zum Abschluss des Gesetzgebungsverfahrens mitteilen.

Ort, Datum	Unterschrift
Erfurt, 11.07.2022	

THÜR. LANDTAG POST  
11.07.2022 13:34

17587/2022



Wirtschaftsrat der CDU e. V., Landesverband Thüringen  
Juri-Gagarin-Ring 152, 99084 Erfurt

**Thüringer Landtag**  
**Innen- und Kommunalausschuss**  
Jürgen-Fuchs-Straße 1  
99096 Erfurt

Wirtschaftsrat der CDU e.V.  
Landesverband Thüringen  
Landesgeschäftsstelle  
Juri-Gagarin-Ring 152, 99084 Erfurt

11. Juli 2022

**Stellungnahme der Landesfachkommission (LFK) Gesundheitswirtschaft Thüringen im Wirtschaftsrat „Gesetz zur Änderung des Thüringer Rettungsdienstgesetzes“**

Gesetzentwurf der Fraktionen DIE LINKE, der SPD und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN Thüringer Landtag DS 7/5376  
Anhörungsverfahren des Innen- und Kommunalausschusses

**Sehr geehrte Damen und Herren,**

zunächst herzlichen Dank für die Möglichkeit zur Stellungnahme im Rahmen des Anhörungsverfahrens des Innen- und Kommunalausschusses.

Nach Sichtung der Unterlagen die der Landesfachkommission Gesundheit des Wirtschaftsrates Thüringen vorliegen, möchten wir Ihnen folgende Einschätzung übermitteln, indem die nun folgenden Fragen bewertet worden sind.

1. *Halten Sie es für fachlich begründet und notwendig, dass als Transportführende der in der Notfallrettung eingesetzten Rettungstransportwagen künftig ausschließlich Beschäftigte mit dem Berufsbild „Notfallsanitäter“ eingesetzt werden, um eine landesweite Qualitätssteigerung und ein einheitliches Versorgungsniveau zu erreichen?*

Der Gesetzgeber hat mit Inkrafttreten der entsprechenden Bundesgesetzgebung im Jahre 2013 den Notfallsanitäter als höchstes nichtärztliches Berufsbild definiert und in 2019 aus der Berufspraxis heraus aufgetretene Unklarheiten mittels Omnibus nachjustiert. Notfallsanitäter sind im Besonderen darauf geschult und trainiert, in unübersichtlichen oder kritischen Situationen durch systematische Abläufe und Algorithmen Gefahren zu erkennen, einzudämmen bzw. zu minimieren, um entsprechende Gegenmaßnahmen anzuwenden und einzuleiten, die expliziert während der Berufsausbildung zum Notfallsanitäter unterrichtet worden sind.

Das konsequente Abarbeiten dieser Algorithmen/Checklisten (in Thüringen über die AGTN e.V. als jährliche Verfahrensanweisungen herausgegeben) dienen neben der deutlichen Anhebung des Qualitätsniveaus auf Landes- und Bundesebene der Vermeidung von Nachfolgekosten im Gesundheitswesen als auch der Minimierung von

Krankheitsbildern, die durch ein nicht zielgerichtetes Ersterhebungsverfahren (ABCDE...) am Patienten übersehen werden könnten.

Nicht zuletzt dient die konsequente Umsetzung dieser Algorithmen der Grundlage einer rechtssicheren Einsatzdokumentation hinsichtlich der DGSVO als auch der Patientenrechtgesetzgebung.

– Daher ist diese Frage mit einem eindeutigen JA zu beantworten. –

Der Transportführende sollte auf jedem bodengebundenen Rettungsmittel (KTW/RTW/NEF/NAW/ITW) insbesondere aber auch im Bereich Luftrettung / Interhospitaltransfer (RTH/ITH) den Berufsabschluss „Notfallsanitäter“ führen, da sämtlich gewonnenen neuen Erkenntnisse aus Forschung und Wissenschaft wie medizinische Studien, Leitlinien in den jährlichen 24 h NotSan- Pflichtfortbildungen (\*1) Berücksichtigung finden. Weiterhin werden bei Notfallsanitätern durch elektronische oder schriftliche Dokumentation Fähigkeiten- und Fertigkeiten unterjährig dokumentiert, die mit Mindestmengen an Operationen und Strukturmerkmalen in Kliniken vergleichbar sind und damit durch die regelmäßige Überprüfung der Maßnahmen eine Qualitätssteigerung bedeuten.

(\*1) z. Bsp. Intubation/Larynxmaske, Thoraxdrainage, intraossäre Punktion, peripher venöse Zugänge, Medikamentengabe etc.

Dies schafft im Nebeneffekt Transparenz gegenüber dem im Rettungsdienstbereich fachlich zugeordneten ärztlichen Leiter Rettungsdienst.

2. *Ist aus Ihrer Sicht die dazu im Gesetzentwurf vorgeschlagene Anpassung zur Frist der Nachqualifizierung von Rettungsassistentinnen und Rettungsassistenten hin zu Notfallsanitäterinnen und Notfallsanitäter vom bisherigen Datum 31. Dezember 2022 zu 31. Dezember 2023 ein geeigneter Weg, um jenen Menschen, die noch nicht von der Möglichkeit der Nachqualifizierung Gebrauch gemacht haben, eine weitere Chance zu eröffnen, Planungssicherheit zu schaffen und Trägerinnen und Träger im Rettungswesen zu entlasten?*

Zunächst muss festgehalten werden, dass es in Deutschland mit Inkrafttreten des Berufsbildes „Notfallsanitäter“ eine fast zehnjährige Übergangsfrist zur Weiterqualifizierung gab. Aus dieser vom Gesetzgeber als sehr großzügig anzusehenden Übergangsfrist ergibt sich keine generelle Berechtigung zur Fristverlängerung für Rettungsassistenten oder Träger.

In Abwägung der Vereinheitlichung der Normen des Bundesrechtes im Vergleich zum Landesrecht und unter Berücksichtigung der Ausnahmesituation im Rahmen der Covid- 19 Pandemie (Lockdown, temporäre Schließung der Berufsschulen etc.) befürwortet die Landesfachkommission Gesundheit des Wirtschaftsrates die Fristverlängerung im Rahmen der Harmonisierung zwischen §32 Abs.2 des Notfallsanitätergesetzes im Vergleich zum §34 Abs.3 Satz 1 des Thüringer Rettungsdienstgesetzes.

Über diese Frist hinaus verbietet sich jede Art von Fristverlängerung gegenüber den vielen Notfallsanitätern, die im Rahmen der vergangenen Jahre eine Weiterqualifizierung zum Notfallsanitäter aus dem bisherigen Berufsbild Rettungsassistent zum Teil unter schwierigsten familiären Rahmenbedingungen als Fleißarbeit erfolgreich abgeschlossen haben.

3. *Wie bewerten Sie die Fokussierung dieser Frist im Gesetzentwurf auf die Transportführer der in der Notfallrettung eingesetzten Rettungstransportwagen, wodurch ab dem 1. Januar 2024 Rettungsassistentinnen und Rettungsassistenten weiter als Fahrerinnen und Fahrer der Rettungstransportwagen oder der Notarztein-satzfahrzeuge, als Transportführerinnen oder Transportführer der Krankentransportwagen und auf den Rettungstransporthubschraubern sowie im Disponentenbereich in den Leitstellen beschäftigt werden könnten, sollte der Landtag diese Regelung beschließen?*

Der Einsatz der Rettungsmittel erfolgt in ganz Deutschland nach einem strengen Indikationskatalog, der zunächst in Einsätze unterschiedlichster Schweregrade je nach Meldebild und Beschreibung des Anrufers im Rahmen einer Einsatzmeldung auf Rettungsleitstellen unterteilt wird. Daraus resultieren Alarmierungen von arztbesetzten und nicht arztbesetzten Rettungsmitteln im sogenannten primären Einsatz. In einer ganzen Reihe von Einsätzen ist es Sachstand, dass sich die Besatzung von Rettungsmitteln im Rahmen der Sichtung und medizinischen Erstversorgung auf die zu Versorgenden aufteilt, bis ausreichend Rettungsmittel am Einsatzort angekommen sind. Dabei wird dem Transportführer in dieser Situation mit der Sichtung und daraus resultierenden Abarbeitung eines Einsatzes eine besondere Aufgabe übertragen.

Der Fragesteller laut Frage 3 hat jedoch 2 unterschiedliche Fragestellungen in einer formuliert!

- a) Rettungsassistentinnen und Rettungsassistenten können weiterhin auf Rettungswagen (RTW) oder Krankentransportwagen (KTW) ab 01.01.2024 als Fahrerinnen und Fahrer eingesetzt werden, und unter Aufsicht einer Notfallsanitäterin oder Notfallsanitäters als Transportführer/- in tätig werden.
- b) Rettungsassistentinnen und Rettungsassistenten können ab dem 01.01.2024 nicht als Transportführer eingesetzt werden, da die fachliche Fortbildung nicht gegeben ist. Selbst langjährig berufserfahrene Rettungsassistentinnen und Rettungsassistenten haben ein Wissensdefizit im Vergleich zum Lehrplan der Notfallsanitäterausbildung. Auf bodengebundenen Fahrzeugen muss daher der Transportführer bzw. die Transportführerin ein Notfallsanitäter / eine Notfallsanitäterin sein.

Sonderfall Rettungsleitstelle:

Rettungsassistentinnen und Rettungsassistenten sollen auch weiterhin über den 01.01.2024 hinaus im Disponentenbereich von Rettungsleitstellen eingesetzt werden dürfen, da dieses Personal über zusätzliche Ausbildungsinhalte wie Telefonreanimation, Kommunikation oder auch Großschadenslagen als Leitstellendisponent verfügen.

Sonderfall Luftrettung/ Intensivverlegungen / Ambulanzflugdienst:

Alle in der Bundesrepublik Deutschland tätigen Luftrettungsorganisationen legen den Berufs des Notfallsanitäters / der Notfallsanitäterin als Grundlage jeglicher Tätigkeit in der Luftrettung, da durch den Einsatzradius eines Luftrettungsmittels oftmals auch Regionen außerhalb des eigenen Bundeslandes abgedeckt werden und bedingt durch den Föderalismus verschiedene Landesgesetze abgedeckt werden müssen. Zusätzlich werden Notfallsanitäter,-innen speziell für den Luftrettungsdienst zum TC- HEMS (Technical Crew Member- Helicopter Emergency Medical Services) fortgebildet und unterliegen damit wie Piloten weiteren Regularien des Luftfahrtbundesamtes als Besatzungsmitglied im Gegenteil zu einem in der Luftrettung eingesetzten Notarzt / einer Notärztin, die zum Kabinenpersonal zählen.

Daher ist der Einsatz eines Rettungsassistenten ohne Weiterqualifikation zum Notfallsanitäter ab dem 01. Januar 2024 im Bereich Luftrettung schlicht weg undenkbar bzw. verbietet sich bereits seit einigen Jahren bezogen auf die Schweregrade der Einsatzindikationen von Rettungs- und Intensivtransporthubschraubern bzw. deren Zusatzausbildungen.

Für Rückfragen stehen wir Ihnen gern weiter zur Verfügung.

Mit freundlichen Grüßen

THÜR. LANDTAG POST  
25.07.2022 09:49

1801412022 Anlage

**Formblatt zur Datenerhebung  
nach § 5 Abs. 1 des Thüringer Beteiligungstransparenzdokumentationsgesetzes**

Jede natürliche oder juristische Person, die sich mit einem schriftlichen Beitrag an einem Gesetzgebungsverfahren beteiligt hat, ist nach dem Thüringer Beteiligungstransparenzdokumentationsgesetz (ThürBeteilldokG) verpflichtet, die nachfolgend erbetenen Angaben – soweit für sie zutreffend – zu machen.

Die Informationen der folgenden Felder 1 bis 6 werden in jedem Fall als verpflichtende Mindestinformationen gemäß § 5 Abs. 1 ThürBeteilldokG in der Beteiligungstransparenzdokumentation veröffentlicht. Ihr inhaltlicher Beitrag wird zusätzlich nur dann auf den Internetseiten des Thüringer Landtags veröffentlicht, wenn Sie Ihre Zustimmung hierzu erteilen.

*Bitte gut leserlich ausfüllen und zusammen mit der Stellungnahme senden!*

Zu welchem Gesetzentwurf haben Sie sich schriftlich geäußert (Titel des Gesetzentwurfs)?		
Gesetz zur Änderung des Thüringer Rettungsdienstgesetzes		
Gesetzentwurf der Fraktionen DIE LINKE, der SPD und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN		
- Drucksache 7/5376 -		
1	Haben Sie sich als Vertreter einer juristischen Person geäußert, d. h. als Vertreter einer Vereinigung natürlicher Personen oder Sachen (z. B. Verein, GmbH, AG, eingetragene Genossenschaft oder öffentliche Anstalt, Körperschaft des öffentlichen Rechts, Stiftung des öffentlichen Rechts)? (§ 5 Abs. 1 Nr. 1, 2 ThürBeteilldokG; Hinweis: Wenn nein, dann weiter mit Frage 2. Wenn ja, dann weiter mit Frage 3.)	
	Name	
	Organisationsform	
	Verband der Erntehelfer e.V.	
	Geschäfts- oder Dienstadresse	
	Straße, Hausnummer (oder Postfach)	
	Postleitzahl, Ort	
	Lucas-Cranach-Platz 2	
	99097 Erfurt	
2	Haben Sie sich als natürliche Person geäußert, d. h. als Privatperson? (§ 5 Abs. 1 Nr. 1, 2 ThürBeteilldokG)	
	Name	
	Vorname	
	<input type="checkbox"/> Geschäfts- oder Dienstadresse <input type="checkbox"/> Wohnadresse	
	(Hinweis: Angaben zur Wohnadresse sind nur erforderlich, wenn keine andere Adresse benannt wird. Die Wohnadresse wird in keinem Fall veröffentlicht.)	
	Straße, Hausnummer	
	Postleitzahl, Ort	

3	Was ist der Schwerpunkt Ihrer inhaltlichen oder beruflichen Tätigkeit? (§ 5 Abs. 1 Nr. 3 ThürBeteilddokG)	
	Politische und berufliche Interessenvertretung der Erschlossenen in Thüringen	
4	Haben Sie in Ihrem schriftlichen Beitrag die entworfenen Regelungen insgesamt eher	
	<input checked="" type="checkbox"/> befürwortet, <input type="checkbox"/> abgelehnt, <input checked="" type="checkbox"/> ergänzungs- bzw. änderungsbedürftig eingeschätzt?	
	Bitte fassen Sie kurz die wesentlichen Inhalte (Kernaussage) Ihres schriftlichen Beitrages zum Gesetzgebungsverfahren zusammen! (§ 5 Abs. 1 Nr. 4 ThürBeteilddokG)	
	- Gefahrenhaft wird pub. Zustimm. - der verpllichtete Einsatz von Notfallschutts sollte auch bei motorisierte Rettungsmittel geltend - Zeitstellen disponieren sollten möglichst Notfalls anfallen sein.	
5	Wurden Sie vom Landtag gebeten, einen schriftlichen Beitrag zum Gesetzgebungsvorhaben einzureichen? (§ 5 Abs. 1 Nr. 5 ThürBeteilddokG)	
	<input checked="" type="checkbox"/> ja (Hinweis: weiter mit Frage 6) <input type="checkbox"/> nein	
	Wenn Sie die Frage 5 verneint haben: Aus welchem Anlass haben Sie sich geäußert?	
	In welcher Form haben Sie sich geäußert?	
	<input type="checkbox"/> per E-Mail <input checked="" type="checkbox"/> per Brief	
6	Haben Sie sich als Anwaltskanzlei im Auftrag eines Auftraggebers mit schriftlichen Beiträgen am Gesetzgebungsverfahren beteiligt? (§ 5 Abs. 1 Nr. 6 ThürBeteilddokG)	
	<input type="checkbox"/> ja <input type="checkbox"/> nein (weiter mit Frage 7)	
	Wenn Sie die Frage 6 bejaht haben: Bitte benennen Sie Ihren Auftraggeber!	

7.	Stimmen Sie einer Veröffentlichung Ihres schriftlichen Beitrages in der Beteiligtentransparenzdokumentation zu? (§ 5 Abs. 1 Satz 2 ThürBeteilldokG)	
	<input checked="" type="checkbox"/> ja	<input type="checkbox"/> nein

Mit meiner Unterschrift versichere ich die **Richtigkeit und Vollständigkeit der Angaben**. Änderungen in den mitgeteilten Daten werde ich unverzüglich und unaufgefordert bis zum Abschluss des Gesetzgebungsverfahrens mitteilen.

Ort, Datum	Unterschrift
<p>Coeln, d. 25.07.2022</p>	



THÜR. LANDTAG POST  
15.07.2022 08:20

18127/2022

Verband der Ersatzkassen e. V. • Postfach 90 04 16 • 99107 Erfurt



Thüringer Landtag  
Innen- und Kommunalausschuss  
Jürgen-Fuchs-Straße 1  
99096 Erfurt

Landesvertretung  
Thüringen

Leiter

Lucas-Cranach-Platz 2  
99097 Erfurt  
Tel.: 03 61 / 4 42 52 - 0  
Fax: 03 61 / 4 42 52 - 28  
[www.vdek.com](http://www.vdek.com)

Ihr Zeichen:

11. Juli 2022

**Gesetz zur Änderung des Thüringer Rettungsdienstgesetzes**  
Gesetzentwurf der Fraktionen DIE LINKE, der SPD und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN  
– Drucksache 7/5376 –

hier: Stellungnahme im Anhörungsverfahren gemäß § 79 der Geschäftsordnung des  
Thüringer Landtags

Sehr geehrter Herr Ministerialrat Stöffler,  
sehr geehrte Mitglieder des Innen- und Kommunalausschusses,

wir möchten als Verband der Ersatzkassen e. V. die Gelegenheit nutzen, uns im  
Rahmen der Anhörung zum Gesetzentwurf zur Änderung des Thüringer Rettungs-  
dienstgesetzes der Fraktionen DIE LINKE, der SPD und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN  
– Drucksache 7/5376 – zu äußern.

Der Verlängerung der Befristung des Einsatzes von Rettungsassistent:innen als  
Transportführende auf Rettungstransportwagen der Notfallrettung wird fachlich zu-  
gestimmt. Die Verlängerung bietet den Mitarbeitenden ein weiteres Jahr sich zur  
Notfallsanitäter:in zu qualifizieren. Ohne eine Anpassung der bislang geltenden  
Stichtagsregelung in Thüringen müssten die Rettungsassistent:innen eher aus dem

Einsatzdienst der Notfallrettung des bodengebundenen Rettungsdienst beziehungsweise dem Leitstellendienst ausscheiden, als sie sich nach Bundesrecht zum höherwertigen Berufsbild des Notfallsanitäters nachqualifizieren könnten. Aus Sicht der vdek-Landesvertretung Thüringen ist es daher sinnvoll, die Frist nach § 34 Abs. 3 S. 1 ThürRettG bis zum 31.12.2023 zu verlängern.

Dies bedeutet für den Einsatz der Rettungsassistent:innen ab 01.01.2024, dass Mitarbeitende dieses Personenkreises auf Rettungstransportwagen noch als Fahrer eingesetzt werden können. Die Mindestanforderung als Fahrer:in eines Rettungstransportwagens tätig zu sein ist eine Ausbildung als Rettungsanitäter:in. Die höherqualifizierten Notfallsanitäter:innen sollen künftig als Transportführende der Rettungstransportwagen die fachliche Verantwortung tragen.

Die Gesetzesänderung betrifft lediglich den verpflichtenden Einsatz von Notfallsanitäter:innen als Transportführer auf Rettungstransportwagen ab 01.01.2024. Ein Einsatz von Rettungsassissten:innen im Bereich des Leitstellendienstes und als Fahrer der Notarzteinsetzungsfahrzeuge soll entgegen dem bisherigen Gesetzestext unbefristet möglich sein. Auch der Einsatz von Rettungsassissten:innen auf Rettungshubschraubern soll weiterhin statthaft sein. Der Gesetzesentwurf ist damit für den Einsatz der Rettungsassissten:innen im Leitstellendienst sowie im Bereich der Notarzteinsetzungsfahrzeuge deutlich weniger ambitioniert als die bestehende gesetzliche Regelung.

Aus Sicht der vdek-Landesvertretung Thüringen sollte bei der Änderung des Rettungsdienstgesetzes auf die Ziele der Qualitätssteigerung und der Sicherstellung eines landesweit einheitlichen Versorgungsniveaus durch das Berufsbild des Notfallsanitäters besonderes Augenmerk gelegt werden. So kann es im Bereich der Notfallrettung Sinn ergeben, wenn in notärztlich besetzten Rettungsmitteln – den Notarzteinsetzungsfahrzeugen und den Rettungshubschraubern – sowie in den Zentralen Leitstellen ebenfalls das höherwertige Berufsbild des Notfallsanitäters landesweit Einzug erhält. Zur Umsetzung könnten ergänzende Fristen festgelegt werden, um die Planungssicherheit für die Aufgabenträger und Durchführenden zu gewährleisten und frühzeitig etwaig abzeichnenden Personalengpässen entgegenzuwirken.

Eine detaillierte Bewertung der Vor- und Nachteile des Einsatzes von Rettungsassistent:innen auf den Notarzteinsetzungsfahrzeugen, den Rettungshubschraubern und in den Zentralen Leitstelle sollte durch die Aufgabenträger, Durchführenden und die

Ärztenschaft erfolgen. Ein Vorteil der Besetzung aller Rettungsmittel der Notfallrettung mit mindestens einer Notfallsanitäter:in bzw. der Besetzung der Zentralen Leitstelle mit Notfallsanitäter:innen kann die erweiterte medizinische Beurteilung der jeweiligen Notfallsituation sein. Einen weiteren Vorteil des Einsatzes von Notfallsanitäter:innen in der Notfallrettung stellt die mögliche Durchführung ärztlich veranlasster Maßnahmen und auch die eigenständige Durchführung heilkundlicher Maßnahmen dar, sofern diese vom Ärztlichen Leiter Rettungsdienst vorgegeben, überprüft und verantwortet werden.

Die ergänzende Befristung des Einsatzes von Rettungsassistent:innen, in Anlehnung an die aktuelle gesetzliche Regelung, verfolgt das Ziel einer landesweit einheitlichen Qualitätssteigerung im Rettungswesen unbeachtlich des Gedankens der Harmonisierung in Bezug auf das Notfallsanitätergesetz.

Für den Gesetzestext wird folgende Anpassung von § 34 Abs. 3 des Thüringer Rettungsdienstgesetzes vorgeschlagen:

„(3) Der Einsatz von Rettungsassistenten als Transportführer der in der Notfallrettung eingesetzten Rettungstransportwagen ist bis einschließlich 31. Dezember 2023 zulässig. Der Einsatz von Rettungsassistenten nach § 14 Abs. 4 Satz 1 sowie auf Notarzteinsatzfahrzeugen ist bis einschließlich 31.12.2028 zulässig.“

Nachfolgend nehmen wir Bezug auf die in Anlage 3 beigefügten Fragestellungen des Innen- und Kommunalausschusses zum Gesetzentwurf in Drucksache 7/5376.

Zu 1.) Zur Erhöhung der landesweiten Qualitätssteigerung und Sicherstellung eines einheitlichen Versorgungsniveaus sollte das vorhandene und vom Bundesgesetzgeber geschaffene Berufsbild des Notfallsanitäters auch eingesetzt werden. Um das seit 2013 geschaffene Berufsbild in den Thüringer Rettungsdienst vollständig zu integrieren und die gewünschte landesweit einheitliche Qualitätssteigerung in allen Bereichen der Notfallrettung zu erreichen sollte aus unserer Sicht der bisherige Einsatz von Rettungsassistent:innen in notarztbesetzten Rettungsmitteln und in den Zentralen Leitstellen weiterhin befristet bleiben. Hierfür ist eine längere Frist denkbar, um die rettungsdienstliche Versorgung sicherzustellen.

- Zu 2.) Die vorgeschlagene Anpassung zur Frist der Nachqualifizierung von Rettungsassistent:innen hin zu Notfallsanitäter:innen ist geeignet, um die Aufgabenträger und Durchführenden im Rettungswesen zu entlasten. Den Mitarbeitenden wird mit der Verlängerung der Frist bis 31.12.2023 zur Nachqualifizierung die Möglichkeit gegeben die vom Notfallsanitätergesetz (gem. § 32 Abs. 2 NotSanG) vorgesehene Frist zur möglichen Qualifizierung vom Berufsbild des Rettungsassistenten zum Berufsbild Notfallsanitäter vollständig zu nutzen.
- Zu 3.) Der Gesetzgeber hat bislang das Ziel einer landesweit einheitlichen Qualitätssteigerung verfolgt und daher den Einsatz von Notfallsanitäter:innen ab 01.01.2023 verpflichtet. Der Verlängerung der Frist bis 31.12.2023 kann zugestimmt werden. Dass der Einsatz von Rettungsassistent:innen in notärztlich besetzten Rettungsmitteln und in den Zentralen Leitstellen unbefristet ermöglicht wird, widerspricht dem Ziel einer landesweiten einheitlichen Qualitätserhöhung im Rettungswesen. Der Innen- und Kommunalausschuss verweist implizit in Punkt B. (Lösung) des Gesetzesentwurfs darauf, dass insbesondere den Rettungsassistent:innen in den Zentralen Leitstellen eine unbefristete Weiterbeschäftigung ermöglicht werden soll. Als Grund für den unbefristeten Einsatz der Rettungsassistent:innen in den Zentralen Leitstellen kann eine allgemein angespannte Personalsituation angenommen werden. Zur Umsetzung der erzielten Qualitätssteigerung regen wir daher an, die Befristung nicht aufzuheben sondern den befristeten Einsatzes von Rettungsassistent:innen in den Zentralen Leitstellen und in den notärztlichen Rettungsfahrzeugen deutlich zu verlängern.

Mit freundlichen Grüßen

Leiter der  
Landesvertretung Thüringen

**Formblatt zur Datenerhebung**  
nach § 5 Abs. 1 des Thüringer Beteiligungstransparenz dokumentationsgesetzes

Jede natürliche oder juristische Person, die sich mit einem schriftlichen Beitrag an einem Gesetzgebungsverfahren beteiligt hat, ist nach dem Thüringer Beteiligungstransparenz dokumentationsgesetz (ThürBeteilldokG) verpflichtet, die nachfolgend erbetenen Angaben – soweit für sie zutreffend – zu machen.

Die Informationen der folgenden Felder 1 bis 6 werden in jedem Fall als verpflichtende Mindestinformationen gemäß § 5 Abs. 1 ThürBeteilldokG in der Beteiligungstransparenz dokumentation veröffentlicht. Ihr inhaltlicher Beitrag wird zusätzlich nur dann auf den Internetseiten des Thüringer Landtags veröffentlicht, wenn Sie Ihre Zustimmung hierzu erteilen.

*Bitte gut leserlich ausfüllen und zusammen mit der Stellungnahme senden!*

Zu welchem Gesetzentwurf haben Sie sich schriftlich geäußert (Titel des Gesetzentwurfs)?		
Gesetz zur Änderung des Thüringer Rettungsdienstgesetzes		
Gesetzentwurf der Fraktionen DIE LINKE, der SPD und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN		
- Drucksache 7/5376 -		
1.	Haben Sie sich als Vertreter einer juristischen Person geäußert, d. h. als Vertreter einer Vereinigung natürlicher Personen oder Sachen (z. B. Verein, GmbH, AG, eingetragene Genossenschaft oder öffentliche Anstalt, Körperschaft des öffentlichen Rechts, Stiftung des öffentlichen Rechts)? (§ 5 Abs. 1 Nr. 1, 2 ThürBeteilldokG; Hinweis: Wenn nein, dann weiter mit Frage 2; Wenn ja, dann weiter mit Frage 3.)	
1.	Name	Organisationsform
	AOK PLUS	Körperschaft öffentlichen Rechts
	Geschäfts- oder Dienstadresse	
	Straße, Hausnummer (oder Postfach)	
	Sternplatz 7	
	Postleitzahl, Ort	
	01067 Dresden	
2.	Haben Sie sich als natürliche Person geäußert, d. h. als Privatperson? (§ 5 Abs. 1 Nr. 1, 2 ThürBeteilldokG)	
2.	Name	Vorname
	<input type="checkbox"/> Geschäfts- oder Dienstadresse <input type="checkbox"/> Wohnadresse (Hinweis: Angaben zur Wohnadresse sind nur erforderlich, wenn keine andere Adresse benannt wird. Die Wohnadresse wird in keinem Fall veröffentlicht.)	
	Straße, Hausnummer	
	Postleitzahl, Ort	

3	Was ist der Schwerpunkt Ihrer inhaltlichen oder beruflichen Tätigkeit? (§ 5 Abs. 1 Nr. 3 ThürBeteilddokG)	
	Gesetzliche Krankenversicherung	
4	Haben Sie in Ihrem schriftlichen Beitrag die entworfenen Regelungen insgesamt eher <input type="checkbox"/> befürwortet, <input type="checkbox"/> abgelehnt, <input checked="" type="checkbox"/> ergänzungs- bzw. änderungsbedürftig eingeschätzt?	
	Bitte fassen Sie kurz die wesentlichen Inhalte (Kernaussage) Ihres schriftlichen Beitrages zum Gesetzgebungsverfahren zusammen! (§ 5 Abs. 1 Nr. 4 ThürBeteilddokG)	
	Eine Harmonisierung der Frist nach § 34 Abs. 3 S. 1 Thüringer Rettungsdienstgesetz (ThürRettG) mit der bundesrechtlichen Nachqualifizierungsfrist in § 32 Abs. 2 des Notfallsanitätergesetzes begrüßen die Kostenträger.	
	Die Verlängerung der Frist nach § 34 Abs. 3 S. 1 ThürRettG bis zum 31.12.2023 ist sachgerecht. Ab dem 01.01.2024 sind unseres Erachtens die Rettungsassistent:innen als Fahrer der Rettungstransportwagen und als Transportführer:in der Krankentransportwagen sowie im Disponentenbereich der Leitstellen einzusetzen. Deren Einsatz als Fahrer der Notarzteinsetzungsfahrzeuge sowie der Einsatzdienst in Rettungstransporthubschraubern widerspricht dem aktuellen Standard und dem Ziel einer landesweiten einheitlichen Qualitätserhöhung in der präklinischen Versorgung der Notfallrettung.	
5	Wurden Sie vom Landtag gebeten, einen schriftlichen Beitrag zum Gesetzgebungsvorhaben einzureichen? (§ 5 Abs. 1 Nr. 5 ThürBeteilddokG)	
	<input checked="" type="checkbox"/> ja (Hinweis: weiter mit Frage 6)	<input type="checkbox"/> nein
	Wenn Sie die Frage 5 verneint haben: Aus welchem Anlass haben Sie sich geäußert?	
	In welcher Form haben Sie sich geäußert?	
	<input type="checkbox"/> per E-Mail	
	<input type="checkbox"/> per Brief	
6	Haben Sie sich als Anwaltskanzlei im Auftrag eines Auftraggebers mit schriftlichen Beiträgen am Gesetzgebungsverfahren beteiligt? (§ 5 Abs. 1 Nr. 6 ThürBeteilddokG)	
	<input type="checkbox"/> ja	<input checked="" type="checkbox"/> nein (weiter mit Frage 7)
	Wenn Sie die Frage 6 bejaht haben: Bitte benennen Sie Ihren Auftraggeber!	

7.	Stimmen Sie einer Veröffentlichung Ihres schriftlichen Beitrages in der Beteiligte transparentendokumentation zu? (§ 6 Abs. 1 Satz 2 ThürBeteilldokG)	
	<input checked="" type="checkbox"/> ja	<input type="checkbox"/> nein

Mit meiner Unterschrift versichere ich die Richtigkeit und Vollständigkeit der Angaben. Änderungen in den mitgeteilten Daten werde ich unverzüglich und unaufgefordert bis zum Abschluss des Gesetzgebungsverfahrens mitteilen.

Ort, Datum	Unterschrift
21.07.2022	

~~AGM RLBS - Die Gesundheitskassen~~  
für Sachsen und Thüringen  
GB Hilfsmittel / Fahrkosten  
B Vertragsmanagement FK / RD  
Müllerstraße 41 • 09113 Chemnitz  
Postanschrift: 09099 Chemnitz

**Formblatt zur Datenerhebung**  
**nach § 5 Abs. 1 des Thüringer Beteiligungstransparenzdokumentationsgesetzes**

Jede natürliche oder juristische Person, die sich mit einem schriftlichen Beitrag an einem Gesetzgebungsverfahren beteiligt hat, ist nach dem Thüringer Beteiligungstransparenzdokumentationsgesetz (ThürBeteilldokG) verpflichtet, die nachfolgend erbetenen Angaben – soweit für sie zutreffend – zu machen.

Die Informationen der folgenden Felder 1 bis 6 werden in jedem Fall als verpflichtende Mindestinformationen gemäß § 5 Abs. 1 ThürBeteilldokG in der Beteiligungstransparenzdokumentation veröffentlicht. Ihr inhaltlicher Beitrag wird zusätzlich nur dann auf den Internetseiten des Thüringer Landtags veröffentlicht, wenn Sie Ihre Zustimmung hierzu erteilen.

*Bitte gut leserlich ausfüllen und zusammen mit der Stellungnahme senden!*

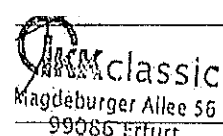
Zu welchem <b>Gesetzentwurf</b> haben Sie sich schriftlich geäußert (Titel des Gesetzentwurfs)?		
Gesetz zur Änderung des Thüringer Rettungsdienstgesetzes Gesetzentwurf der Fraktionen DIE LINKE, der SPD und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN - Drucksache 7/5376 -		
<b>1.</b>	Haben Sie sich als Vertreter einer <b>juristischen Person</b> geäußert, d. h. als Vertreter einer Vereinigung natürlicher Personen oder Sachen (z. B. Verein, GmbH, AG, eingetragene Genossenschaft oder öffentliche Anstalt, Körperschaft des öffentlichen Rechts, Stiftung des öffentlichen Rechts)? (§ 5 Abs. 1 Nr. 1, 2 ThürBeteilldokG; Hinweis: Wenn nein, dann weiter mit Frage 2. Wenn ja, dann weiter mit Frage 3.)	
	Name	Organisationsform
	IKK classic	Körperschaft des öffentlichen Rechts
	Geschäfts- oder Dienstadresse	IKK classic Landesvertragspolitik Mitte-Ost
	Straße, Hausnummer (oder Postfach)	Eislebener Straße 1
	Postleitzahl, Ort	99086 Erfurt
<b>2.</b>	Haben Sie sich als <b>natürliche Person</b> geäußert, d. h. als Privatperson? (§ 5 Abs. 1 Nr. 1, 2 ThürBeteilldokG)	
	Name	Vorname
	<input type="checkbox"/> Geschäfts- oder Dienstadresse <input type="checkbox"/> Wohnadresse (Hinweis: Angaben zur Wohnadresse sind nur erforderlich, wenn keine andere Adresse benannt wird. Die Wohnadresse wird in keinem Fall veröffentlicht.)	
	Straße, Hausnummer	
	Postleitzahl, Ort	



3.	Was ist der Schwerpunkt Ihrer inhaltlichen oder beruflichen Tätigkeit? (§ 5 Abs. 1 Nr. 3 ThürBeleiddokG)	
	Gesetzliche Krankenversicherung	
4.	Haben Sie in Ihrem schriftlichen Beitrag die entworfenen Regelungen insgesamt eher <input type="checkbox"/> befürwortet, <input type="checkbox"/> abgelehnt, <input checked="" type="checkbox"/> ergänzungs- bzw. änderungsbedürftig eingeschätzt?	
	<p>Bitte fassen Sie kurz die wesentlichen Inhalte (Kernaussage) Ihres schriftlichen Beitrages zum Gesetzgebungsverfahren zusammen! (§ 5 Abs. 1 Nr. 4 ThürBeleiddokG)</p> <p>Eine Harmonisierung der Frist nach § 34 Abs. 3 S. 1 Thüringer Rettungsdienstgesetz (ThürRettG) mit der bundesrechtlichen Nachqualifizierungsfrist in § 32 Abs. 2 des Notfallsanitätäergesetzes begrüßen die Kostenträger.</p> <p>Die Verlängerung der Frist nach § 34 Abs.3 S. 1 ThürRettG bis zum 31.12.2023 ist sachgerecht. Ab dem 01.01.2024 sind unseres Erachtens die Rettungsassistent:innen als Fahrer der Rettungstransportwagen und als Transportführer:in der Krankentransportwagen sowie im Disponentenbereich der Leitstellen einzusetzen. Deren Einsatz als Fahrer der Notarzteinsetzfahrzeuge sowie der Einsatzdienst in Rettungstransporthubschraubern widerspricht dem aktuellen Standard und dem Ziel einer landesweiten einheitlichen Qualitätserhöhung in der präklinischen Versorgung der Notfallrettung.</p>	
5.	Wurden Sie vom Landtag gebeten, einen schriftlichen Beitrag zum Gesetzgebungsvorhaben einzureichen? (§ 5 Abs. 1 Nr. 5 ThürBeleiddokG)	
	<input checked="" type="checkbox"/> ja (Hinweis: weiter mit Frage 6)	<input type="checkbox"/> nein
	Wenn Sie die Frage 5 verneint haben: Aus welchem Anlass haben Sie sich geäußert?	
	In welcher Form haben Sie sich geäußert?	
	<input type="checkbox"/> per E-Mail	
	<input type="checkbox"/> per Brief	
6.	Haben Sie sich als Anwaltskanzlei im Auftrag eines Auftraggebers mit schriftlichen Beiträgen am Gesetzgebungsverfahren beteiligt? (§ 5 Abs. 1 Nr. 6 ThürBeleiddokG)	
	<input type="checkbox"/> ja	<input type="checkbox"/> nein (weiter mit Frage 7)
	Wenn Sie die Frage 6 bejaht haben: Bitte benennen Sie Ihren Auftraggeber!	

7.	Stimmen Sie einer Veröffentlichung Ihres schriftlichen Beitrages in der Beteiligtransparenzdokumentation zu? (§ 5 Abs. 1 Satz 2 ThürBeteilDokG)	
	<input checked="" type="checkbox"/> ja	<input type="checkbox"/> nein

Mit meiner Unterschrift versichere ich die Richtigkeit und Vollständigkeit der Angaben. Änderungen in den mitgeteilten Daten werde ich unverzüglich und unaufgefordert bis zum Abschluss des Gesetzgebungsverfahrens mitteilen.

Ort, Datum	Unterschrift
Erfurt, 20. Juli 2022	

**Formblatt zur Datenerhebung**  
nach § 5 Abs. 1 des Thüringer Beteiligungstransparenzdocumentationsgesetzes

Jede natürliche oder juristische Person, die sich mit einem schriftlichen Beitrag an einem Gesetzgebungsverfahren beteiligt hat, ist nach dem Thüringer Beteiligungstransparenzdocumentationsgesetz (ThürBeteilldokG) verpflichtet, die nachfolgend erbetenen Angaben – soweit für sie zutreffend – zu machen.

Die Informationen der folgenden Felder 1 bis 6 werden in jedem Fall als verpflichtende Mindestinformationen gemäß § 5 Abs. 1 ThürBeteilldokG in der Beteiligungstransparenzdocumentation veröffentlicht. Ihr inhaltlicher Beitrag wird zusätzlich nur dann auf den Internetselten des Thüringer Landtags veröffentlicht, wenn Sie Ihre Zustimmung hierzu erteilen.

*Bitte gut leserlich ausfüllen und zusammen mit der Stellungnahme senden!*

<b>Zu welchem Gesetzentwurf haben Sie sich schriftlich geäußert (Titel des Gesetzentwurfs)?</b>															
Gesetz zur Änderung des Thüringer Rettungsdienstgesetzes															
Gesetzentwurf der Fraktionen DIE LINKE, der SPD und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN															
- Drucksache 7/5376 -															
<b>1.</b>	Haben Sie sich als Vertreter einer <b>juristischen Person</b> geäußert, d. h. als Vertreter einer Vereinigung natürlicher Personen oder Sachen (z. B. Verein, GmbH, AG, eingetragene Genossenschaft oder öffentliche Anstalt, Körperschaft des öffentlichen Rechts, Stiftung des öffentlichen Rechts)? (§ 5 Abs. 1 Nr. 1, 2 ThürBeteilldokG; Hinweis: Wenn nein, dann weiter mit Frage 2. Wenn ja, dann weiter mit Frage 3.)														
1.	<table border="1" style="width: 100%; border-collapse: collapse;"> <tr> <td style="width: 50%;">Name</td> <td style="width: 50%;">Organisationsform</td> </tr> <tr> <td>Sozialversicherung für Landwirtschaft, Forsten und Gartenbau</td> <td>Körperschaft öffentlichen Rechts</td> </tr> <tr> <td>Geschäfts- oder Dienstadresse</td> <td></td> </tr> <tr> <td>Straße, Hausnummer (oder Postfach)</td> <td></td> </tr> <tr> <td>Weißensteinstraße 70 - 72,</td> <td></td> </tr> <tr> <td>Postleitzahl, Ort</td> <td></td> </tr> <tr> <td>34131 Kassel</td> <td></td> </tr> </table>	Name	Organisationsform	Sozialversicherung für Landwirtschaft, Forsten und Gartenbau	Körperschaft öffentlichen Rechts	Geschäfts- oder Dienstadresse		Straße, Hausnummer (oder Postfach)		Weißensteinstraße 70 - 72,		Postleitzahl, Ort		34131 Kassel	
	Name	Organisationsform													
	Sozialversicherung für Landwirtschaft, Forsten und Gartenbau	Körperschaft öffentlichen Rechts													
	Geschäfts- oder Dienstadresse														
	Straße, Hausnummer (oder Postfach)														
	Weißensteinstraße 70 - 72,														
Postleitzahl, Ort															
34131 Kassel															
<b>2.</b>	Haben Sie sich als <b>natürliche Person</b> geäußert, d. h. als Privatperson? (§ 5 Abs. 1 Nr. 1, 2 ThürBeteilldokG)														
2.	<table border="1" style="width: 100%; border-collapse: collapse;"> <tr> <td style="width: 50%;">Name</td> <td style="width: 50%;">Vorname</td> </tr> <tr> <td colspan="2" style="height: 30px;"></td> </tr> <tr> <td colspan="2"> <input type="checkbox"/> Geschäfts- oder Dienstadresse      <input type="checkbox"/> Wohnadresse                      (Hinweis: Angaben zur Wohnadresse sind nur erforderlich, wenn keine andere Adresse benannt wird. Die Wohnadresse wird in keinem Fall veröffentlicht.)                 </td> </tr> <tr> <td>Straße, Hausnummer</td> <td></td> </tr> <tr> <td>Postleitzahl, Ort</td> <td></td> </tr> </table>	Name	Vorname			<input type="checkbox"/> Geschäfts- oder Dienstadresse <input type="checkbox"/> Wohnadresse (Hinweis: Angaben zur Wohnadresse sind nur erforderlich, wenn keine andere Adresse benannt wird. Die Wohnadresse wird in keinem Fall veröffentlicht.)		Straße, Hausnummer		Postleitzahl, Ort					
	Name	Vorname													
	<input type="checkbox"/> Geschäfts- oder Dienstadresse <input type="checkbox"/> Wohnadresse (Hinweis: Angaben zur Wohnadresse sind nur erforderlich, wenn keine andere Adresse benannt wird. Die Wohnadresse wird in keinem Fall veröffentlicht.)														
	Straße, Hausnummer														
Postleitzahl, Ort															

3.	Was ist der Schwerpunkt Ihrer inhaltlichen oder beruflichen Tätigkeit? (§ 5 Abs. 1 Nr. 3 ThürBeleiddokG)	
	Gesetzliche Krankenversicherung	
4.	Haben Sie in Ihrem schriftlichen Beitrag die entworfenen Regelungen insgesamt eher <input type="checkbox"/> befürwortet, <input type="checkbox"/> abgelehnt, <input checked="" type="checkbox"/> ergänzungs- bzw. änderungsbedürftig eingeschätzt?	
	<p><b>Bitte fassen Sie kurz die wesentlichen Inhalte (Kernaussage) Ihres schriftlichen Beitrages zum Gesetzgebungsverfahren zusammen!</b> (§ 5 Abs. 1 Nr. 4 ThürBeleiddokG)</p> <p>Eine Harmonisierung der Frist nach § 34 Abs. 3 S. 1 Thüringer Rettungsdienstgesetz (ThürRettG) mit der bundesrechtlichen Nachqualifizierungsfrist in § 32 Abs. 2 des Notfallsanitätäergesetzes begrüßen die Kostenträger.</p> <p>Die Verlängerung der Frist nach § 34 Abs.3 S. 1 ThürRettG bis zum 31.12.2023 ist sachgerecht. Ab dem 01.01.2024 sind unseres Erachtens die Rettungsassistent:innen als Fahrer der Rettungstransportwagen und als Transportführer:in der Krankentransportwagen sowie im Disponentenbereich der Leitstellen einzusetzen. Deren Einsatz als Fahrer der Notarzteinsatzfahrzeuge sowie der Einsatzdienst in Rettungstransporthubschraubern widerspricht dem aktuellen Standard und dem Ziel einer landesweiten einheitlichen Qualitätserhöhung in der präklinischen Versorgung der Notfallrettung.</p>	
5.	Wurden Sie vom Landtag gebeten, einen schriftlichen Beitrag zum Gesetzgebungsvorhaben einzureichen? (§ 5 Abs. 1 Nr. 5 ThürBeleiddokG)	
	<input checked="" type="checkbox"/> Ja (Hinweis: weiter mit Frage 6)	<input type="checkbox"/> nein
	Wenn Sie die Frage 5 verneint haben: Aus welchem Anlass haben Sie sich geäußert?	
	In welcher Form haben Sie sich geäußert?	
	<input type="checkbox"/> per E-Mail	
	<input type="checkbox"/> per Brief	
6.	Haben Sie sich als Anwaltskanzlei im Auftrag eines Auftraggebers mit schriftlichen Beiträgen am Gesetzgebungsverfahren beteiligt? (§ 5 Abs. 1 Nr. 6 ThürBeleiddokG)	
	<input type="checkbox"/> Ja	<input checked="" type="checkbox"/> nein (weiter mit Frage 7)
	Wenn Sie die Frage 6 bejaht haben: Bitte benennen Sie Ihren Auftraggeber!	

7.	Stimmen Sie einer Veröffentlichung Ihres schriftlichen Beitrages in der Beteiligtransparenzdokumentation zu? (§ 5 Abs. 1 Satz 2 ThürBeteilldokQ)
	<input checked="" type="checkbox"/> ja <input type="checkbox"/> nein

Mit meiner Unterschrift versichere ich die Richtigkeit und Vollständigkeit der Angaben. Änderungen in den mitgeteilten Daten werde ich unverzüglich und unaufgefordert bis zum Abschluss des Gesetzgebungsverfahrens mitteilen.

Ort, Datum	Unterschrift
21.07.2022	

SVLFG  
Landwirtschaftliche Krankenkasse  
Hauptverwaltung Kassel  
Weißensteinstraße 70-72  
34131 Kassel

**Formblatt zur Datenerhebung**  
**nach § 5 Abs. 1 des Thüringer Beteiligungstransparenzdocumentationsgesetzes**

Jede natürliche oder juristische Person, die sich mit einem schriftlichen Beitrag an einem Gesetzgebungsverfahren beteiligt hat, ist nach dem Thüringer Beteiligungstransparenzdocumentationsgesetz (ThürBeteilldokG) verpflichtet, die nachfolgend erbetenen Angaben – soweit für sie zutreffend – zu machen.

Die Informationen der folgenden Felder 1 bis 6 werden in jedem Fall als verpflichtende Mindestinformationen gemäß § 5 Abs. 1 ThürBeteilldokG in der Beteiligungstransparenzdocumentation veröffentlicht. Ihr inhaltlicher Beitrag wird zusätzlich nur dann auf den Internetseiten des Thüringer Landtags veröffentlicht, wenn Sie Ihre Zustimmung hierzu erteilen.

*Bitte gut leserlich ausfüllen und zusammen mit der Stellungnahme senden!*

<b>Zu welchem Gesetzentwurf haben Sie sich schriftlich geäußert (Titel des Gesetzentwurfs)?</b>		
Gesetz zur Änderung des Thüringer Rettungsdienstgesetzes		
Gesetzentwurf der Fraktionen DIE LINKE, der SPD und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN		
- Drucksache 7/5376 -		
<b>1.</b>	Haben Sie sich als Vertreter einer <b>juristischen Person</b> geäußert, d. h. als Vertreter einer Vereinigung natürlicher Personen oder Sachen (z. B. Verein, GmbH, AG, eingetragene Genossenschaft oder öffentliche Anstalt, Körperschaft des öffentlichen Rechts, Stiftung des öffentlichen Rechts)? <small>(§ 5 Abs. 1 Nr. 1, 2 ThürBeteilldokG; Hinweis: Wenn nein, dann weiter mit Frage 2. Wenn ja, dann weiter mit Frage 3.)</small>	
1.	Name	Organisationsform
	BKK Landesverband Mitte	Körperschaft des öffentlichen Rechts
	Geschäfts- oder Dienstadresse	
	Straße, Hausnummer (oder Postfach)	Pförtchenstraße 1
	Postleitzahl, Ort	99096 Erfurt
<b>2.</b>	Haben Sie sich als <b>natürliche Person</b> geäußert, d. h. als Privatperson? <small>(§ 5 Abs. 1 Nr. 1, 2 ThürBeteilldokG)</small>	
2.	Name	Vorname
	<input type="checkbox"/> Geschäfts- oder Dienstadresse <input type="checkbox"/> Wohnadresse <small>(Hinweis: Angaben zur Wohnadresse sind nur erforderlich, wenn keine andere Adresse benannt wird. Die Wohnadresse wird in keinem Fall veröffentlicht.)</small>	
	Straße, Hausnummer	
	Postleitzahl, Ort	

3.	Was ist der <b>Schwerpunkt Ihrer inhaltlichen oder beruflichen Tätigkeit?</b> (§ 5 Abs. 1 Nr. 3 ThürBeitlG)	
	Gesetzliche Krankenversicherung	
4.	Haben Sie in Ihrem schriftlichen Beitrag die entworfenen Regelungen insgesamt eher <input type="checkbox"/> befürwortet, <input type="checkbox"/> abgelehnt, <input checked="" type="checkbox"/> ergänzungs- bzw. änderungsbedürftig eingeschätzt?	
	<b>Bitte fassen Sie kurz die wesentlichen Inhalte (Kernaussage) Ihres schriftlichen Beitrages zum Gesetzgebungsverfahren zusammen!</b> (§ 5 Abs. 1 Nr. 4 ThürBeitlG) Eine Harmonisierung der Frist nach § 34 Abs. 3 S. 1 Thüringer Rettungsdienstgesetz (ThürRettG) mit der bundesrechtlichen Nachqualifizierungsfrist in § 32 Abs. 2 des Notfallsanitätäergesetzes begrüßen die Kostenträger. Die Verlängerung der Frist nach § 34 Abs.3 S. 1 ThürRettG bis zum 31.12.2023 ist sachgerecht. Ab dem 01.01.2024 sind unseres Erachtens die Rettungsassistent:innen als Fahrer der Rettungstransportwagen und als Transportführer:in der Krankentransportwagen sowie im Disponentenbereich der Leitstellen einzusetzen. Deren Einsatz als Fahrer der Notarzteinsetzfahrzeuge sowie der Einsatzdienst in Rettungstransporthubschraubern widerspricht dem aktuellen Standard und dem Ziel einer landesweiten einheitlichen Qualitätserhöhung in der präklinischen Versorgung der Notfallrettung.	
5.	Wurden Sie vom Landtag gebeten, einen schriftlichen Beitrag zum Gesetzgebungsvorhaben einzureichen? (§ 5 Abs. 1 Nr. 5 ThürBeitlG)	
	<input checked="" type="checkbox"/> ja (Hinweis: weiter mit Frage 6)	<input type="checkbox"/> nein
	Wenn Sie die Frage 5 verneint haben: Aus welchem <b>Anlass</b> haben Sie sich geäußert?	
	In welcher <b>Form</b> haben Sie sich geäußert?	
	<input type="checkbox"/> per E-Mail	
	<input type="checkbox"/> per Brief	
6.	Haben Sie sich als <b>Anwaltskanzlei im Auftrag</b> eines Auftraggebers mit schriftlichen Beiträgen am Gesetzgebungsverfahren beteiligt? (§ 5 Abs. 1 Nr. 6 ThürBeitlG)	
	<input type="checkbox"/> ja	<input checked="" type="checkbox"/> nein (weiter mit Frage 7)
	Wenn Sie die Frage 6 bejaht haben: Bitte benennen Sie Ihren <b>Auftraggeber!</b>	

7.	<b>Stimmen Sie einer Veröffentlichung Ihres schriftlichen Beitrages in der          Beteiligte(n)transparenzdokumentation zu?</b> (§ 6 Abs. 1 Satz 2 ThürBeteilldokG)	
	<input checked="" type="checkbox"/> ja	<input type="checkbox"/> nein

Mit meiner Unterschrift versichere ich die **Richtigkeit und Vollständigkeit der Angaben**. Änderungen in den mitgeteilten Daten werde ich unverzüglich und unaufgefordert bis zum Abschluss des Gesetzgebungsverfahrens mitteilen.

Ort, Datum	Unterschrift
Erfurt, 21.07.2022	



**Formblatt zur Datenerhebung**  
**nach § 5 Abs. 1 des Thüringer Beteiligungstransparenzdokumentationsgesetzes**

Jede natürliche oder juristische Person, die sich mit einem schriftlichen Beitrag an einem Gesetzgebungsverfahren beteiligt hat, ist nach dem Thüringer Beteiligungstransparenzdokumentationsgesetz (ThürBeteilldokG) verpflichtet, die nachfolgend erbetenen Angaben – soweit für sie zutreffend – zu machen.

Die Informationen der folgenden Felder 1 bis 6 werden in jedem Fall als verpflichtende Mindestinformationen gemäß § 5 Abs. 1 ThürBeteilldokG in der Beteiligungstransparenzdokumentation veröffentlicht. Ihr inhaltlicher Beitrag wird zusätzlich nur dann auf den Internetsiten des Thüringer Landtags veröffentlicht, wenn Sie Ihre Zustimmung hierzu erteilen.

*Bitte gut leserlich ausfüllen und zusammen mit der Stellungnahme senden!*

Zu welchem <b>Gesetzentwurf</b> haben Sie sich schriftlich geäußert (Titel des Gesetzentwurfs)?											
Gesetz zur Änderung des Thüringer Rettungsdienstgesetzes Gesetzentwurf der Fraktionen DIE LINKE, der SPD und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN - Drucksache 7/5376 -											
<b>1.</b>	Haben Sie sich als <b>Vertreter einer juristischen Person</b> geäußert, d. h. als Vertreter einer Vereinigung natürlicher Personen oder Sachen (z. B. Verein, GmbH, AG, eingetragene Genossenschaft oder öffentliche Anstalt, Körperschaft des öffentlichen Rechts, Stiftung des öffentlichen Rechts)? <small>(§ 5 Abs. 1 Nr. 1, 2 ThürBeteilldokG; Hinweis: Wenn nein, dann weiter mit Frage 2. Wenn ja, dann weiter mit Frage 3.)</small>										
	<table style="width: 100%; border: none;"> <tr> <td style="width: 50%; border: none;">Name</td> <td style="width: 50%; border: none;">Organisationsform</td> </tr> <tr> <td style="border: none;">Knappschaft</td> <td style="border: none;">Körperschaft des öffentlichen Rechts</td> </tr> <tr> <td style="border: none;">Geschäfts- oder Dienstadresse</td> <td style="border: none;">Regionaldirektion</td> </tr> <tr> <td style="border: none;">Straße, Hausnummer (oder Postfach)</td> <td style="border: none;">Galvanistr.31</td> </tr> <tr> <td style="border: none;">Postleitzahl, Ort</td> <td style="border: none;">60486 Frankfurt</td> </tr> </table>	Name	Organisationsform	Knappschaft	Körperschaft des öffentlichen Rechts	Geschäfts- oder Dienstadresse	Regionaldirektion	Straße, Hausnummer (oder Postfach)	Galvanistr.31	Postleitzahl, Ort	60486 Frankfurt
	Name	Organisationsform									
	Knappschaft	Körperschaft des öffentlichen Rechts									
	Geschäfts- oder Dienstadresse	Regionaldirektion									
	Straße, Hausnummer (oder Postfach)	Galvanistr.31									
Postleitzahl, Ort	60486 Frankfurt										
<b>2.</b>	Haben Sie sich als <b>natürliche Person</b> geäußert, d. h. als Privatperson? <small>(§ 5 Abs. 1 Nr. 1, 2 ThürBeteilldokG)</small>										
	<table style="width: 100%; border: none;"> <tr> <td style="width: 50%; border: none;">Name</td> <td style="width: 50%; border: none;">Vorname</td> </tr> <tr> <td style="border: none;"><input type="checkbox"/> Geschäfts- oder Dienstadresse</td> <td style="border: none;"><input type="checkbox"/> Wohnadresse</td> </tr> <tr> <td colspan="2" style="border: none;"><small>(Hinweis: Angaben zur Wohnadresse sind nur erforderlich, wenn keine andere Adresse benannt wird. Die Wohnadresse wird in keinem Fall veröffentlicht.)</small></td> </tr> <tr> <td style="border: none;">Straße, Hausnummer</td> <td style="border: none;"></td> </tr> <tr> <td style="border: none;">Postleitzahl, Ort</td> <td style="border: none;"></td> </tr> </table>	Name	Vorname	<input type="checkbox"/> Geschäfts- oder Dienstadresse	<input type="checkbox"/> Wohnadresse	<small>(Hinweis: Angaben zur Wohnadresse sind nur erforderlich, wenn keine andere Adresse benannt wird. Die Wohnadresse wird in keinem Fall veröffentlicht.)</small>		Straße, Hausnummer		Postleitzahl, Ort	
	Name	Vorname									
	<input type="checkbox"/> Geschäfts- oder Dienstadresse	<input type="checkbox"/> Wohnadresse									
	<small>(Hinweis: Angaben zur Wohnadresse sind nur erforderlich, wenn keine andere Adresse benannt wird. Die Wohnadresse wird in keinem Fall veröffentlicht.)</small>										
Straße, Hausnummer											
Postleitzahl, Ort											

3.	Was ist der <b>Schwerpunkt Ihrer inhaltlichen oder beruflichen Tätigkeit?</b> (§ 5 Abs. 1 Nr. 3 ThürBeteilldokG)	
	Gesetzliche Krankenversicherung	
4.	Haben Sie in Ihrem schriftlichen Beitrag die entworfenen Regelungen insgesamt eher <input type="checkbox"/> befürwortet, <input type="checkbox"/> abgelehnt, <input checked="" type="checkbox"/> ergänzungs- bzw. änderungsbedürftig eingeschätzt?	
	Bitte fassen Sie kurz die wesentlichen Inhalte (Kernaussage) Ihres schriftlichen Beitrages zum Gesetzgebungsverfahren zusammen! (§ 5 Abs. 1 Nr. 4 ThürBeteilldokG)	
	Eine Harmonisierung der Frist nach § 34 Abs. 3 S. 1 Thüringer Rettungsdienstgesetz (ThürRettG) mit der bundesrechtlichen Nachqualifizierungsfrist in § 32 Abs. 2 des Notfallsanitätsgesetzes begrüßen die Kostenträger.  Die Verlängerung der Frist nach § 34 Abs.3 S. 1 ThürRettG bis zum 31.12.2023 ist sachgerecht. Ab dem 01.01.2024 sind unseres Erachtens die Rettungsassistent:innen als Fahrer der Rettungstransportwagen und als Transportführer:in der Krankentransportwagen sowie im Disponentenbereich der Leitstellen einzusetzen. Deren Einsatz als Fahrer der Notarzteinsatzfahrzeuge sowie der Einsatzdienst in Rettungstransporthubschraubern widerspricht dem aktuellen Standard und dem Ziel einer landesweiten einheitlichen Qualitätserhöhung in der präklinischen Versorgung der Notfallrettung.	
5.	Wurden Sie vom Landtag gebeten, einen schriftlichen Beitrag zum Gesetzgebungsvorhaben einzureichen? (§ 5 Abs. 1 Nr. 5 ThürBeteilldokG)	
	<input checked="" type="checkbox"/> ja (Hinweis: weiter mit Frage 6)	<input type="checkbox"/> nein
	Wenn Sie die Frage 5 verneint haben: Aus welchem Anlass haben Sie sich geäußert?	
	In welcher Form haben Sie sich geäußert?	
	<input type="checkbox"/> per E-Mail	
	<input type="checkbox"/> per Brief	
6.	Haben Sie sich als <b>Anwaltskanzlei</b> im Auftrag eines Auftraggebers mit schriftlichen Beiträgen am Gesetzgebungsverfahren beteiligt? (§ 5 Abs. 1 Nr. 6 ThürBeteilldokG)	
	<input type="checkbox"/> ja	<input type="checkbox"/> nein (weiter mit Frage 7)
	Wenn Sie die Frage 6 bejaht haben: Bitte benennen Sie Ihren Auftraggeber!	

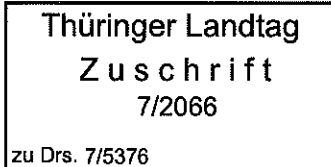
7.	Stimmen Sie einer Veröffentlichung Ihres schriftlichen Beitrages in der Beteiligtentransparenzdokumentation zu? (§ 5 Abs. 1 Satz 2 ThürBeteilldokG)
	<input checked="" type="checkbox"/> ja <input type="checkbox"/> nein

Mit meiner Unterschrift versichere ich die Richtigkeit und Vollständigkeit der Angaben. Änderungen in den mitgeteilten Daten werde ich unverzüglich und unaufgefordert bis zum Abschluss des Gesetzgebungsverfahrens mitteilen.

Ort, Datum	Unterschrift
25.07.2022	

AOK PLUS · 98523 Suhl

Thüringer Landtag  
Innen- und Kommunalausschuss  
Jürgen-Fuchs-Straße 1  
99096 Erfurt



AOK PLUS – Die Gesundheitskasse für  
Sachsen und Thüringen  
Hauptverwaltung  
Sternplatz 7, 01067 Dresden

BKK Landesverband Mitte  
Landesvertretung Thüringen  
Pförtchenstr. 1, 99096 Erfurt

IKK classic  
Landesvertragspolitik Mitte-Ost  
Eislebener Straße 1, 99086 Erfurt

KNAPPSCHAFT  
Regionaldirektion Frankfurt  
Galvanistr. 31, 60486 Frankfurt

Sozialversicherung für Landwirtschaft,  
Forsten und Gartenbau  
(SVLFG)  
Weißensteinstr. 70-72, 34131 Kassel

Datum  
3. August 2022

## **Gesetz zur Änderung des Thüringer Rettungsdienstes**

Drucksache 7/5376

hier: Stellungnahme im Anhörungsverfahren gemäß § 79 der Geschäftsordnung des Thüringer Landtags

Sehr geehrter Ministerialrat Stöffler,  
sehr geehrte Mitglieder des Innen- und Kommunalausschusses,

nachfolgend erhalten Sie die gemeinsame Stellungnahme der Landesverbände der Krankenkassen in Thüringen zu den geplanten Änderungen im Thüringer Rettungsdienstgesetz. Die im Briefkopf benannten Kostenträger in Thüringen haben sich entschlossen, diese bewährte Form der Anhörung bei Gesetzesvorhaben der Landesregierung zu nutzen. In Fragen des Rettungsdienstes sind die Krankenkassen gehalten, gemeinsam und einheitlich zu agieren. Somit können Sie bei der Bewertung der Stellungnahme der Kostenträger auf dieses Papier zurückgreifen.

Die Kostenträger begrüßen eine Harmonisierung der Frist nach § 34 Abs. 3 S. 1 Thüringer Rettungsdienstgesetz (ThürRettG) mit der bundesrechtlichen Nachqualifizierungsfrist in § 32 Abs. 2 des Notfallsanitätäergesetzes. Dies eröffnet den Rettungsassistenten die Möglichkeit der Nachqualifikation zum Notfallsanitäter bis zum 31.12.2023. Weiterhin wäre dadurch der Einsatz von Rettungsassistenten als Transportführende auf Rettungstransportwagen der Notfallrettung gestattet.

Die bisher geltende Thüringer Stichtagsregelung hätte anderenfalls bedeutet, dass Rettungsassistenten ein Jahr vor Ablauf der Nachqualifikationsfrist den Einsatzdienst in der Notfallrettung des bodengebundenen Rettungsdienstes oder dem Leitstellendienst nicht mehr wahrnehmen könnten.

Der Begründung ist zu entnehmen, dass mit der Gesetzesänderung neben der Harmonisierung oben genannter Fristen, mit dem befristeten Einsatz von Rettungsassistenten bis 31.12.2023 als Transportführer in der Notfallrettung, das Versorgungsniveau landesweit einheitlich gesteigert werden soll. Transportführende der Rettungstransportwagen sind somit ab 01.01.2024 ausschließlich Notfallsanitäter. Rettungsassistenten dürften dann im Einsatzdienst als Fahrer der Rettungstransportwagen, als Fahrer der Notarzfahrzeuge und als

Transportführende im Krankentransportwagen eingesetzt werden und im Rettungshubschrauber tätig sein. Daneben entfällt der Stichtag für den Einsatz von Rettungsassistenten in der Leitstelle gänzlich.

Im Hinblick auf die steigenden Anforderungen in der präklinischen Versorgung und dem bisherigen Qualifikationsanspruch für den Fahrer der Notarztfahrzeuge sowie im Einsatzdienst der Luftrettung, empfehlen wir das derzeitige Versorgungsniveau mit dem verpflichtenden Einsatz von höherqualifizierten Notfallsanitätern beizubehalten. Die Ankündigung des Bundesgesundheitsministeriums, die geplante Reform der Notfallversorgung mit kooperativen Strukturen sowie der Möglichkeit einer effizienten sektorenübergreifenden Notfallversorgung voranzutreiben, wird den Rettungsdienst vor weitere Herausforderungen stellen.

Die Assistenz des nichtärztlichen Rettungsdienstpersonals ist bei beiden Rettungsmitteln der Notfallversorgung besonders relevant. Insbesondere in den letzten Jahren wurden die Rettungstransportwagen und die Notarztfahrzeuge umfangreich mit zusätzlichen Hilfsmitteln ausgestattet, die die Versorgung durch den Rettungsdienst für die Hilfesuchenden in Diagnostik und daraus abzuleitenden Maßnahmen unterstützen. Die Kompetenzübertragung an Notfallsanitäter qualifiziert diese im arztfreien Intervall, heilkundliche Maßnahmen auszuüben. Die diesbezügliche Kontrollverantwortung der ärztlich Verantwortlichen im Rettungsdienst sowie die sich daraus ergebende Interaktion von Notärzten und Notfallsanitätern sind aus unserer Sicht Gründe, die für einen verpflichtenden Einsatz von Notfallsanitätern als Fahrer der Notarztfahrzeuge und den Einsatz dieses Personenkreises in der Luftrettung sprechen.

Für eine abschließende Beurteilung der vorgetragenen Ansicht könnten die Aufgabenträger und die verantwortlichen Ärzte einbezogen werden.

Weiterhin beantworten wir nachstehend die in der Anlage 3 der Drucksache 7/5376 aufgeführten Fragen.

1. Halten Sie es für fachlich begründet und notwendig, dass als Transportführende der in der Notfallrettung eingesetzten Rettungstransportwagen künftig ausschließlich Beschäftigte mit dem Berufsbild „Notfallsanitäter/-in“ eingesetzt werden, um eine landesweite Qualitätssteigerung und ein einheitliches Versorgungsniveau zu erreichen?

Im Rahmen der Anhörung des Innen- und Kommunalausschusses im Jahr 2018 zur Novelle des ThürRettG wurde die angemessene Befristung des Einsatzes von Rettungsassistenten besprochen. Der Fokus lag und liegt immer noch auf der landesweiten Qualitätssteigerung und Sicherstellung eines einheitlichen Versorgungsniveaus. Für dieses Ziel sollte in den Rettungstransportwagen der Transportführende ausschließlich ein Mitarbeitender mit dem Berufsbild „Notfallsanitäter/-in“ sein.

2. Ist aus Ihrer Sicht die dazu im Gesetzentwurf vorgeschlagene Anpassung zur Frist der Nachqualifizierung von Rettungsassistenten hin zu Notfallsanitätern vom bisherigen Datum 31.12.2022 zum 31.12.2023 ein geeigneter Weg, um jenen Menschen, die noch nicht von der Möglichkeit der Nachqualifizierung Gebrauch gemacht haben, eine weitere Chance zu eröffnen, Planungssicherheit zu schaffen und Träger im Rettungsdienst zu entlasten?

Die Anpassung der Frist um ein Jahr für die weitere Möglichkeit einer Nachqualifizierung von Rettungsassistenten hin zu Notfallsanitätern ist ein geeignetes Instrument, für die Mitarbeitenden und insbesondere für die Durchführenden in ihrer Funktion als Arbeitgeber. Die Rettungsassistenten erhielten noch eine um ein Jahr verlängerte niederschwellige Option, sich zu qualifizieren. Die betreffenden Arbeitgeber werden in die Lage versetzt, bis 2023 arbeitsrechtliche Verabredungen mit den Mitarbeitenden für den Zeitraum ab 01.01.2024 zu treffen.

3. Wie bewerten Sie die Fokussierung dieser Frist im Gesetzentwurf auf die Transportführer der in der Notfallrettung eingesetzten Rettungstransportwagen, wodurch ab dem 01.01.2024 Rettungsassistenten weiter als Fahrer der Rettungstransportwagen oder der Notarzteinsetzfahrzeuge, als Transportführer der Krankentransportwagen und auf den Rettungstransporthubschraubern sowie im Disponentenbereich in den Leitstellen beschäftigt werden könnten, sollte der Landtag diese Regelung beschließen?

Die Verlängerung der Frist nach § 34 Abs.3 S. 1 ThürRettG bis zum 31.12.2023 ist sachgerecht. Die Kostenträger stimmen dieser Entscheidung zu. Ab dem 01.01.2024 sind unseres Erachtens die Rettungsassistenten als Fahrer der Rettungstransportwagen und als Transportführer der Krankentransportwagen sowie im Disponentenbereich der Leitstellen einzusetzen. Deren Einsatz als Fahrer der Notarzteinsetzfahrzeuge sowie der Einsatzdienst in Rettungstransporthubschraubern widerspricht dem aktuellen Standard und dem Ziel einer landesweiten einheitlichen Qualitätserhöhung in der präklinischen Versorgung der Notfallrettung.

Für Rückfragen stehen Ihnen die bekannten Ansprechpartner zur Verfügung.

Freundliche Grüße

Geschäftsführerin Versorgung

Anlagen

**Formblatt zur Datenerhebung  
nach § 5 Abs. 1 des Thüringer Beteiligtentransparenzdokumentationsgesetzes**

Jede natürliche oder juristische Person, die sich mit einem schriftlichen Beitrag an einem Gesetzgebungsverfahren beteiligt hat, ist nach dem Thüringer Beteiligtentransparenzdokumentationsgesetz (ThürBeteilDokG) verpflichtet, die nachfolgend erbetenen Angaben – soweit für sie zutreffend – zu machen.

Die Informationen der folgenden Felder 1 bis 6 werden in jedem Fall als verpflichtende Mindestinformationen gemäß § 5 Abs. 1 ThürBeteilDokG in der Beteiligtentransparenzdokumentation veröffentlicht. Ihr inhaltlicher Beitrag wird zusätzlich nur dann auf den Internetseiten des Thüringer Landtags veröffentlicht, wenn Sie Ihre Zustimmung hierzu erteilen.

*Bitte gut leserlich ausfüllen und zusammen mit der Stellungnahme senden!*

Zu welchem <b>Gesetzentwurf</b> haben Sie sich schriftlich geäußert (Titel des Gesetzentwurfs)?											
<b>Gesetz zur Änderung des Thüringer Rettungsdienstgesetzes</b> Gesetzentwurf der Fraktionen DIE LINKE, der SPD und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN - Drucksache 7/5376 -											
1.	Haben Sie sich als Vertreter einer <b>juristischen Person</b> geäußert, d. h. als Vertreter einer Vereinigung natürlicher Personen oder Sachen (z. B. Verein, GmbH, AG, eingetragene Genossenschaft oder öffentliche Anstalt, Körperschaft des öffentlichen Rechts, Stiftung des öffentlichen Rechts)? <small>(§ 5 Abs. 1 Nr. 1, 2 ThürBeteilDokG; Hinweis: Wenn nein, dann weiter mit Frage 2. Wenn ja, dann weiter mit Frage 3.)</small>										
	<table style="width: 100%; border: none;"> <tr> <td style="width: 50%; border-bottom: 1px solid black; padding: 2px;">Name</td> <td style="width: 50%; border-bottom: 1px solid black; padding: 2px;">Organisationsform</td> </tr> <tr> <td style="border-bottom: 1px solid black; padding: 2px;">Landeskrankenhausgesellschaft e.V. Thüringen e.V.</td> <td style="border-bottom: 1px solid black; padding: 2px;"></td> </tr> <tr> <td style="border-bottom: 1px solid black; padding: 2px;">Geschäfts- oder Dienstadresse</td> <td style="border-bottom: 1px solid black; padding: 2px;"></td> </tr> <tr> <td style="border-bottom: 1px solid black; padding: 2px;">Straße, Hausnummer (oder Postfach)</td> <td style="border-bottom: 1px solid black; padding: 2px;">Friedrich-Ebert-Str. 63</td> </tr> <tr> <td style="border-bottom: 1px solid black; padding: 2px;">Postleitzahl, Ort</td> <td style="border-bottom: 1px solid black; padding: 2px;">99096 Erfurt</td> </tr> </table>	Name	Organisationsform	Landeskrankenhausgesellschaft e.V. Thüringen e.V.		Geschäfts- oder Dienstadresse		Straße, Hausnummer (oder Postfach)	Friedrich-Ebert-Str. 63	Postleitzahl, Ort	99096 Erfurt
	Name	Organisationsform									
	Landeskrankenhausgesellschaft e.V. Thüringen e.V.										
	Geschäfts- oder Dienstadresse										
	Straße, Hausnummer (oder Postfach)	Friedrich-Ebert-Str. 63									
Postleitzahl, Ort	99096 Erfurt										
2.	Haben Sie sich als <b>natürliche Person</b> geäußert, d. h. als Privatperson? <small>(§ 5 Abs. 1 Nr. 1, 2 ThürBeteilDokG)</small>										
	<table style="width: 100%; border: none;"> <tr> <td style="width: 50%; border-bottom: 1px solid black; padding: 2px;">Name</td> <td style="width: 50%; border-bottom: 1px solid black; padding: 2px;">Vorname</td> </tr> <tr> <td style="border-bottom: 1px solid black; padding: 2px;"></td> <td style="border-bottom: 1px solid black; padding: 2px;"></td> </tr> <tr> <td colspan="2" style="border-bottom: 1px solid black; padding: 2px;"> <input type="checkbox"/> Geschäfts- oder Dienstadresse      <input type="checkbox"/> Wohnadresse  <small>(Hinweis: Angaben zur Wohnadresse sind nur erforderlich, wenn keine andere Adresse benannt wird. Die Wohnadresse wird in keinem Fall veröffentlicht.)</small> </td> </tr> <tr> <td style="border-bottom: 1px solid black; padding: 2px;">Straße, Hausnummer</td> <td style="border-bottom: 1px solid black; padding: 2px;"></td> </tr> <tr> <td style="border-bottom: 1px solid black; padding: 2px;">Postleitzahl, Ort</td> <td style="border-bottom: 1px solid black; padding: 2px;"></td> </tr> </table>	Name	Vorname			<input type="checkbox"/> Geschäfts- oder Dienstadresse <input type="checkbox"/> Wohnadresse <small>(Hinweis: Angaben zur Wohnadresse sind nur erforderlich, wenn keine andere Adresse benannt wird. Die Wohnadresse wird in keinem Fall veröffentlicht.)</small>		Straße, Hausnummer		Postleitzahl, Ort	
	Name	Vorname									
	<input type="checkbox"/> Geschäfts- oder Dienstadresse <input type="checkbox"/> Wohnadresse <small>(Hinweis: Angaben zur Wohnadresse sind nur erforderlich, wenn keine andere Adresse benannt wird. Die Wohnadresse wird in keinem Fall veröffentlicht.)</small>										
	Straße, Hausnummer										
Postleitzahl, Ort											

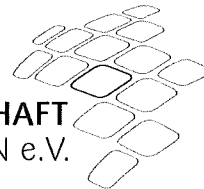
3.	Was ist der <b>Schwerpunkt Ihrer inhaltlichen oder beruflichen Tätigkeit?</b> (§ 5 Abs. 1 Nr. 3 ThürBeteilddokG)	
	Politische Kommunikation zu kranken haus relevanten Themen Leitung der Geschäftsstelle in der Funktion des Geschäftsführers	
4.	Haben Sie in Ihrem schriftlichen Beitrag die entworfenen Regelungen insgesamt eher	
	<input checked="" type="checkbox"/> befürwortet, <input type="checkbox"/> abgelehnt, <input type="checkbox"/> ergänzungs- bzw. änderungsbedürftig eingeschätzt?	
	<b>Bitte fassen Sie kurz die wesentlichen Inhalte (Kernaussage) Ihres schriftlichen Beitrages zum Gesetzgebungsverfahren zusammen!</b> (§ 5 Abs. 1 Nr. 4 ThürBeteilddokG)	
	- Unterstützung des vorliegenden Gesetzentwurfs	
5.	Wurden Sie vom Landtag gebeten, einen schriftlichen Beitrag zum Gesetzgebungsvorhaben einzureichen? (§ 5 Abs. 1 Nr. 5 ThürBeteilddokG)	
	<input checked="" type="checkbox"/> ja (Hinweis: weiter mit Frage 6)	<input type="checkbox"/> nein
	Wenn Sie die Frage 5 verneint haben: Aus welchem <b>Anlass</b> haben Sie sich geäußert?	
	In welcher <b>Form</b> haben Sie sich geäußert?	
	<input checked="" type="checkbox"/> per E-Mail (mit beigefügter Stellungnahme als pdf Datei) <input type="checkbox"/> per Brief	
6.	Haben Sie sich als <b>Anwaltskanzlei im Auftrag</b> eines Auftraggebers mit schriftlichen Beiträgen am Gesetzgebungsverfahren beteiligt? (§ 5 Abs. 1 Nr. 6 ThürBeteilddokG)	
	<input type="checkbox"/> ja	<input checked="" type="checkbox"/> nein (weiter mit Frage 7)
	Wenn Sie die Frage 6 bejaht haben: Bitte benennen Sie Ihren <b>Auftraggeber!</b>	



7.	<b>Stimmen Sie einer Veröffentlichung Ihres schriftlichen Beitrages in der Beteiligentransparenzdokumentation zu?</b> (§ 5 Abs. 1 Satz 2 ThürBeteilDokG)	
	<input checked="" type="checkbox"/> ja	<input type="checkbox"/> nein

Mit meiner Unterschrift versichere ich die **Richtigkeit und Vollständigkeit der Angaben**. Änderungen in den mitgeteilten Daten werde ich unverzüglich und unaufgefordert bis zum Abschluss des Gesetzgebungsverfahrens mitteilen.

Ort, Datum	Unterschrift
Erfurt, 15.08.2022	



LKHG Thüringen e.V. • Friedrich-Ebert-Str. 63 • 99096 Erfurt

Thüringer Landtag  
Innen- und Kommunalausschuss  
Jürgen-Fuchs-Straße 1  
99096 Erfurt

THÜR. LANDTAG POST  
18.08.2022 11:08  
20752/2022

Per E-Mail: [poststelle@thueringer-landtag.de](mailto:poststelle@thueringer-landtag.de)

Verband der Krankenhausträger  
in Thüringen

Friedrich-Ebert-Straße 63  
99096 Erfurt

Telefon:  
+49 (0) 361 558300

Telefax:  
+49 (0) 361 5583019

[www.lkhg-thueringen.de](http://www.lkhg-thueringen.de)

[post@lkhg-thueringen.de](mailto:post@lkhg-thueringen.de)

Ihre Nachricht vom	Unsere Nachricht vom	Telefon, Name	Datum
			17.08.2022

#### Anhörungsverfahren gemäß § 79 der Geschäftsordnung des Thüringer Landtags

Sehr geehrter Herr Ministerialrat Stöffler,  
sehr geehrte Damen und Herren,

vielen Dank für Ihr Schreiben vom 2. Juni 2022 mit dem Sie uns im Rahmen des o.g.  
Anhörungsverfahrens Gelegenheit geben, Stellung zu nehmen.

Die Landeskrankenhausgesellschaft Thüringen e.V. (LKHG) begrüßt ausdrücklich den Gesetzentwurf  
von LINKE, SPD und Bündnis 90/Die Grünen und unterstützt die damit vorgesehenen Anpassungen.

Mit freundlichen Grüßen

Geschäftsführer

23261/2022

**Formblatt zur Datenerhebung  
nach § 5 Abs. 1 des Thüringer Beteiligungstransparenzdokumentationsgesetzes**

Jede natürliche oder juristische Person, die sich mit einem schriftlichen Beitrag an einem Gesetzgebungsverfahren beteiligt hat, ist nach dem Thüringer Beteiligungstransparenzdokumentationsgesetz (ThürBeteilG) verpflichtet, die nachfolgend erbetenen Angaben – soweit für sie zutreffend – zu machen.

Die Informationen der folgenden Felder 1 bis 6 werden in jedem Fall als verpflichtende Mindestinformationen gemäß § 5 Abs. 1 ThürBeteilG in der Beteiligungstransparenzdokumentation veröffentlicht. Ihr inhaltlicher Beitrag wird zusätzlich nur dann auf den Internetseiten des Thüringer Landtags veröffentlicht, wenn Sie Ihre Zustimmung hierzu erteilen.

*Bitte gut leserlich ausfüllen und zusammen mit der Stellungnahme senden!*

Zu welchem <b>Gesetzentwurf</b> haben Sie sich schriftlich geäußert (Titel des Gesetzentwurfs)?													
siehe letzte Seite (Ausdrucken)													
1.	Haben Sie sich als <b>juristischen Person</b> geäußert, d. h. als Vertreter einer Vereinigung natürlicher Personen oder Sachen (z. B. Verein, GmbH, AG, eingetragene Genossenschaft oder öffentliche Anstalt, Körperschaft des öffentlichen Rechts, Stiftung des öffentlichen Rechts)? (§ 5 Abs. 1 Nr. 1, 2 ThürBeteilG; Hinweis: Wenn nein, dann weiter mit Frage 2. Wenn ja, dann weiter mit Frage 3.)												
	<table border="1"> <tr> <td>Name</td> <td>Organisationsform</td> </tr> <tr> <td>Stadtverwaltung Erfurt Amt für Brandschutz, Rettungsdienst und Katastrophenschutz</td> <td>Körperschaft des öffentlichen Rechts</td> </tr> <tr> <td>Geschäfts- oder Dienstadresse</td> <td></td> </tr> <tr> <td>Straße, Hausnummer (oder Postfach)</td> <td>St.-Florian-Str. 4</td> </tr> <tr> <td>Postleitzahl, Ort</td> <td>99092 Erfurt</td> </tr> </table>	Name	Organisationsform	Stadtverwaltung Erfurt Amt für Brandschutz, Rettungsdienst und Katastrophenschutz	Körperschaft des öffentlichen Rechts	Geschäfts- oder Dienstadresse		Straße, Hausnummer (oder Postfach)	St.-Florian-Str. 4	Postleitzahl, Ort	99092 Erfurt		
Name	Organisationsform												
Stadtverwaltung Erfurt Amt für Brandschutz, Rettungsdienst und Katastrophenschutz	Körperschaft des öffentlichen Rechts												
Geschäfts- oder Dienstadresse													
Straße, Hausnummer (oder Postfach)	St.-Florian-Str. 4												
Postleitzahl, Ort	99092 Erfurt												
2.	Haben Sie sich als <b>natürliche Person</b> geäußert, d. h. als Privatperson? (§ 5 Abs. 1 Nr. 1, 2 ThürBeteilG)												
	<table border="1"> <tr> <td>Name</td> <td>Vorname</td> </tr> <tr> <td></td> <td></td> </tr> <tr> <td>Geschäfts- oder Dienstadresse</td> <td>Wohnadresse</td> </tr> <tr> <td colspan="2">(Hinweis: Angaben zur Wohnadresse sind nur erforderlich, wenn keine andere Adresse benannt wird. Die Wohnadresse wird in keinem Fall veröffentlicht.)</td> </tr> <tr> <td>Straße, Hausnummer</td> <td></td> </tr> <tr> <td>Postleitzahl, Ort</td> <td></td> </tr> </table>	Name	Vorname			Geschäfts- oder Dienstadresse	Wohnadresse	(Hinweis: Angaben zur Wohnadresse sind nur erforderlich, wenn keine andere Adresse benannt wird. Die Wohnadresse wird in keinem Fall veröffentlicht.)		Straße, Hausnummer		Postleitzahl, Ort	
Name	Vorname												
Geschäfts- oder Dienstadresse	Wohnadresse												
(Hinweis: Angaben zur Wohnadresse sind nur erforderlich, wenn keine andere Adresse benannt wird. Die Wohnadresse wird in keinem Fall veröffentlicht.)													
Straße, Hausnummer													
Postleitzahl, Ort													

3.	<b>Was ist der Schwerpunkt Ihrer inhaltlichen oder beruflichen Tätigkeit?</b> (§ 5 Abs. 1 Nr. 3 ThürBeteilddokG)	
	Umsetzung des geltenden Rechts	
4.	Haben Sie in Ihrem schriftlichen Beitrag die entworfenen Regelungen insgesamt eher <input checked="" type="checkbox"/> befürwortet, <input type="checkbox"/> abgelehnt, <input type="checkbox"/> ergänzungs- bzw. änderungsbedürftig eingeschätzt?	
	<b>Bitte fassen Sie kurz die wesentlichen Inhalte (Kernaussage) Ihres schriftlichen Beitrages zum Gesetzgebungsverfahren zusammen!</b> (§ 5 Abs. 1 Nr. 4 ThürBeteilddokG)	
	Der Gesetzentwurf wird insgesamt befürwortet. Es besteht darüber hinaus Handlungsbedarf, auch über die im Gesetzentwurf benannte Frist (31.12.2023) hinaus, den Einsatz von Rettungsassistenten zur Sicherstellung der Notfallrettung zu prüfen und sicherzustellen. Dies sollte jedoch separat geprüft und diskutiert werden, da das gegenwärtige Gesetz eine Frist zum Jahresende vorsieht und die Durchführenden dringend Klarheit benötigen.	
5.	Wurden Sie vom Landtag gebeten, einen schriftlichen Beitrag zum Gesetzgebungsvorhaben einzureichen? (§ 5 Abs. 1 Nr. 5 ThürBeteilddokG)	
	<input checked="" type="checkbox"/> ja (Hinweis: weiter mit Frage 6)	<input type="checkbox"/> nein
	Wenn Sie die Frage 5 verneint haben: Aus welchem <b>Anlass</b> haben Sie sich geäußert?	
	In welcher <b>Form</b> haben Sie sich geäußert?	
	<input type="checkbox"/> per E-Mail <input checked="" type="checkbox"/> per Brief	
6.	Haben Sie sich <b>als Anwaltskanzlei im Auftrag</b> eines Auftraggebers mit schriftlichen Beiträgen am Gesetzgebungsverfahren beteiligt? (§ 5 Abs. 1 Nr. 6 ThürBeteilddokG)	
	<input type="checkbox"/> ja	<input checked="" type="checkbox"/> nein (weiter mit Frage 7)
	<b>Wenn Sie die Frage 6 bejaht haben:</b> Bitte benennen Sie Ihren <b>Auftraggeber!</b>	

7.	<b>Stimmen Sie einer Veröffentlichung Ihres schriftlichen Beitrages in der Beteiligtransparenzdokumentation zu?</b> (§ 5 Abs. 1 Satz 2 ThürBeteilldokG)	
	<input checked="" type="checkbox"/> ja	<input type="checkbox"/> nein

Mit meiner Unterschrift versichere ich die **Richtigkeit und Vollständigkeit der Angaben**.  
 Änderungen in den mitgeteilten Daten werde ich unverzüglich und unaufgefordert bis zum Abschluss  
 des Gesetzgebungsverfahrens mitteilen.

<b>Ort, Datum</b>	
Erfurt, 15.09.2022	

**Stadtverwaltung Erfurt**  
 Amt für Brandschutz,  
 Rettungsdienst  
 und Katastrophenschutz  
 St.-Florian-Str. 4  
 99092 Erfurt

Stadtverwaltung Erfurt . Amt 37 . 99111 Erfurt

Thüringer Landtag  
Innen- und Kommunalausschuss  
Jürgen-Fuchs-Straße 1  
99096 Erfurt

THÜR. LANDTAG POST  
19.08.2022 11:39

20833/2022

## Gesetz zur Änderung des Thüringer Rettungsdienstgesetzes Drucksache 7/5376

hier: Anhörungsverfahren gemäß § 79 der Geschäftsordnung des Thüringer Landtages 18. August 2022

Sehr geehrte Damen und Herren,

vielen Dank, dass Sie uns die Gelegenheit einräumen, zu der durchaus notwendigen Gesetzesnovelle Stellung zu beziehen.

Gerade vor dem Hintergrund, dass besondere Eile geboten ist, befürworten wir zum jetzigen Zeitpunkt den Gesetzesentwurf vollumfänglich, regen jedoch an, dass – unter weniger Zeitdruck – eine erneute Prüfung der Befristung des Einsatzes von Rettungsassistenten auf Rettungswagen stattfindet.

Zu den einzelnen Fragen:

Antwort zu 1.: Nein.

Erläuterung:

Selbst wenn es erweiterte Kompetenzen beim Einsatz von Notfallsanitätern gibt, ist die grundsätzliche Verfügbarkeit eines geeigneten Rettungsmittels elementar. Der aktuelle Gesetzesentwurf wird durch den – weiterhin – befristeten Einsatz von Rettungsassistenten als Transportführer auf den Rettungswagen die Versorgungssicherheit, wenn auch verzögert, gefährden; zielführend ist nur die dauerhafte Entfristung. Festzustellen ist, dass die Verfügbarkeit von Notfallsanitätern ein bundesweites Problem darstellt. So sind Rettungsdienstbereiche bekannt, in denen regelmäßig notwendige Dienste nicht besetzt werden können, es droht eine massive Unterversorgung. Spätestens mit dem Erstarken von Notfallsanitäterbörsen sollte auch dem Gesetzgeber bekannt sein, dass die Situation ernst bis bedrohlich ist. Im Nebensatz sei darauf verwiesen, dass Freelancer sowie sonstige nicht im Rettungsdienstbereich verortete Mitarbeiter zwar den formalen Voraussetzungen entsprechen, jedoch teils nicht dem Anspruch genügen.

Seite 1 von 2

Antwort zu 2.: Ja, zum aktuellen Zeitpunkt.

Erläuterung:

Da die Zeit drängt, ist die schnellstmögliche Umsetzung des Gesetzesentwurfs notwendig. Hier wird eine Planungssicherheit – temporär – gewährt. Bitte geben Sie sich nicht der Illusion hin, dass ernstzunehmende Nachqualifizierungen stattfinden werden und sodann die Problematik gelöst wäre. Vielmehr bleibt die bundesweite Verfügbarkeit von Notfallsanitätern und die grundhafte Ausbildung dieser der reglementierende Faktor.

Antwort zu 3.:

Der Einsatz von Rettungsassistenten als Fahrer auf den Rettungswagen wird die Qualifikationsinhaber, wenn auch mit Zeitverzug, auf das Einkommensniveau von Rettungssanitätern reduzieren. Gerade diejenigen Mitarbeiter, welche in den vergangenen Jahren die Notfallrettung sicherstellten und – mit Verlaub – einen guten Dienst an der Allgemeinheit leisteten, werden finanziell deutlich benachteiligt. Im Bereich des qualifizierten Krankentransports wird jedoch – mit Bezug zur aktuell geforderten Mindestqualifikation, welche wir grundsätzlich in Frage stellen – eine „Überqualifizierung“, somit ein Ungleichgewicht, generiert. Abzuwarten bleibt, wie die Kostenverhandlungen – bei Betrachtung der Tarifwerke der Durchführenden – durch die Kostenträger, in dieser Frage verlaufen werden. Inwieweit eine angemessene Refinanzierung der qualifizierten Berufsabschlüsse erfolgt, ist Teil der Tarifverhandlungen einzelner Durchführender sowie der Verhandlungsbereitschaft der Kostenträger. Die Wahrscheinlichkeit, dass die Rettungsassistenten finanziell schlechter gestellt werden, begründet sich auch aus den Ergebnissen der aktuell geführten Kostenverhandlungen. Leitstellendisponenten, welche über die Qualifikation des Rettungsassistenten verfügen, sind aus unserer Sicht ausreichend qualifiziert, da die praktische Anwendung der 1c und ggf. 2c-Maßnahmen nach NotSanG am Patienten nicht zum Einsatz erforderlich ist. Leitstellen, welche auch den für uns nachvollziehbaren kombinatorischen Einsatz in der Leitstelle und auf den Rettungsmitteln favorisieren, werden sowieso eine ausreichende Notfallsanitäterquote anstreben und – wegen der langfristigen Personalplanung – ausreichend Notfallsanitäter vorhalten.

21760/2022

**Formblatt zur Datenerhebung  
nach § 5 Abs. 1 des Thüringer Betelligtentransparenzdocumentationsgesetzes**

Jede natürliche oder juristische Person, die sich mit einem schriftlichen Beitrag an einem Gesetzgebungsverfahren beteiligt hat, ist nach dem Thüringer Betelligtentransparenzdocumentationsgesetz (ThürBeteilldokG) verpflichtet, die nachfolgend erbetenen Angaben – soweit für sie zutreffend – zu machen.

Die Informationen der folgenden Felder 1 bis 6 werden in jedem Fall als verpflichtende Mindestinformationen gemäß § 5 Abs. 1 ThürBeteilldokG in der Betelligtentransparenzdocumentation veröffentlicht. Ihr inhaltlicher Beitrag wird zusätzlich nur dann auf den Internetseiten des Thüringer Landtags veröffentlicht, wenn Sie Ihre Zustimmung hierzu erteilen.

*Bitte gut leserlich ausfüllen und zusammen mit der Stellungnahme senden!*

Zu welchem <b>Gesetzentwurf</b> haben Sie sich schriftlich geäußert (Titel des Gesetzentwurfs)?	
Gesetz zur Änderung des Thüringer Rettungsdienstgesetzes Gesetzentwurf der Fraktionen DIE LINKE, der SPD und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN - Drucksache 7/5376 -	
1.	Haben Sie sich als Vertreter einer <b>juristischen Person</b> geäußert, d. h. als Vertreter einer Vereinigung natürlicher Personen oder Sachen (z. B. Verein, GmbH, AG, eingetragene Genossenschaft oder öffentliche Anstalt, Körperschaft des öffentlichen Rechts, Stiftung des öffentlichen Rechts)? (§ 5 Abs. 1 Nr. 1, 2 ThürBeteilldokG; Hinweis: Wenn nein, dann weiter mit Frage 2. Wenn ja, dann weiter mit Frage 3.)
	Name
	Organisationsform
	Geschäfts- oder Dienstadresse
	Straße, Hausnummer (oder Postfach)
	Postleitzahl, Ort
2.	Haben Sie sich als <b>natürliche Person</b> geäußert, d. h. als Privatperson? (§ 5 Abs. 1 Nr. 1, 2 ThürBeteilldokG)
	Name
	Vorname
	<input type="checkbox"/> Geschäfts- oder Dienstadresse <input type="checkbox"/> Wohnadresse (Hinweis: Angaben zur Wohnadresse sind nur erforderlich, wenn keine andere Adresse benannt wird. Die Wohnadresse wird in keinem Fall veröffentlicht.)
	Straße, Hausnummer
	Postleitzahl, Ort



3.	Was ist der <b>Schwerpunkt Ihrer inhaltlichen oder beruflichen Tätigkeit?</b> (§ 5 Abs. 1 Nr. 3 ThürBetellG)	
	ärztliche Behandlung von Pat.	
4.	Haben Sie in Ihrem schriftlichen Beitrag die entworfenen Regelungen insgesamt eher	
	<input checked="" type="checkbox"/> befürwortet, <input type="checkbox"/> abgelehnt, <input type="checkbox"/> ergänzungs- bzw. änderungsbedürftig eingeschätzt?	
	<b>Bitte fassen Sie kurz die wesentlichen Inhalte (Kernaussage) Ihres schriftlichen Beitrages zum Gesetzgebungsverfahren zusammen!</b> (§ 5 Abs. 1 Nr. 4 ThürBetellG)	
	Volle Zustimmung dem Geset. zur Änderung des Thür. Kettenpolizeigesetzes	
5.	Wurden Sie vom Landtag gebeten, einen schriftlichen Beitrag zum Gesetzgebungsvorhaben einzureichen? (§ 5 Abs. 1 Nr. 5 ThürBetellG)	
	<input checked="" type="checkbox"/> ja (Hinweis: weiter mit Frage 6)	<input type="checkbox"/> nein
	Wenn Sie die Frage 5 verneint haben: Aus welchem <b>Anlass</b> haben Sie sich geäußert?	
	In welcher <b>Form</b> haben Sie sich geäußert?	
	<input checked="" type="checkbox"/> per E-Mail <input type="checkbox"/> per Brief	
6.	Haben Sie sich <b>als Anwaltskanzlei im Auftrag</b> eines Auftraggebers mit schriftlichen Beiträgen am Gesetzgebungsverfahren beteiligt? (§ 5 Abs. 1 Nr. 6 ThürBetellG)	
	<input type="checkbox"/> ja	<input checked="" type="checkbox"/> nein (weiter mit Frage 7)
	Wenn Sie die Frage 6 bejaht haben: Bitte benennen Sie Ihren <b>Auftraggeber!</b>	

7.	<b>Stimmen Sie einer Veröffentlichung Ihres schriftlichen Beitrages in der Beteiligientransparenzdokumentation zu?</b> (§ 5 Abs. 1 Satz 2 ThürBeteilldokG)	
	<input type="checkbox"/> ja	<input checked="" type="checkbox"/> nein

Mit meiner Unterschrift versichere ich die **Richtigkeit und Vollständigkeit der Angaben**. Änderungen in den mitgeteilten Daten werde ich unverzüglich und unaufgefordert bis zum ~~Abschluss~~ des Gesetzgebungsverfahrens mitteilen.

Ort, Datum	Unterschrift
Leitz 30.9.22	

22668/2022

**Formblatt zur Datenerhebung  
nach § 5 Abs. 1 des Thüringer Beteiligungstransparenzdocumentationsgesetzes**

Jede natürliche oder juristische Person, die sich mit einem schriftlichen Beitrag an einem Gesetzgebungsverfahren beteiligt hat, ist nach dem Thüringer Beteiligungstransparenzdocumentationsgesetz (ThürBeteilldokG) verpflichtet, die nachfolgend erbetenen Angaben – soweit für sie zutreffend – zu machen.

Die Informationen der folgenden Felder 1 bis 6 werden in jedem Fall als verpflichtende Mindestinformationen gemäß § 5 Abs. 1 ThürBeteilldokG in der Beteiligungstransparenzdocumentation veröffentlicht. Ihr inhaltlicher Beitrag wird zusätzlich nur dann auf den Internetseiten des Thüringer Landtags veröffentlicht, wenn Sie Ihre Zustimmung hierzu erteilen.

*Bitte gut leserlich ausfüllen und zusammen mit der Stellungnahme senden!*

Zu welchem <b>Gesetzentwurf</b> haben Sie sich schriftlich geäußert (Titel des Gesetzentwurfs)?		
Gesetz zur Änderung des Thüringer Rettungsdienstgesetzes Gesetzentwurf der Fraktionen DIE LINKE, der SPD und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN - Drucksache 7/5376 -		
1.	Haben Sie sich als Vertreter einer <b>juristischen Person</b> geäußert, d. h. als Vertreter einer Vereinigung natürlicher Personen oder Sachen (z. B. Verein, GmbH, AG, eingetragene Genossenschaft oder öffentliche Anstalt, Körperschaft des öffentlichen Rechts, Stiftung des öffentlichen Rechts)? (§ 5 Abs. 1 Nr. 1, 2 ThürBeteilldokG; Hinweis: Wenn nein, dann weiter mit Frage 2. Wenn ja, dann weiter mit Frage 3.)	
	Name	Organisationsform
	Lands anerkennung	Körperschaft
	Geschäfts- oder Dienstadresse	(in Sammel 33)
	Straße, Hausnummer (oder Postfach)	
	Postleitzahl, Ort	07551 Jena
2.	Haben Sie sich als <b>natürliche Person</b> geäußert, d. h. als Privatperson? (§ 5 Abs. 1 Nr. 1, 2 ThürBeteilldokG)	
	Name	Vorname
	<input type="checkbox"/> Geschäfts- oder Dienstadresse	<input type="checkbox"/> Wohnadresse
	(Hinweis: Angaben zur Wohnadresse sind nur erforderlich, wenn keine andere Adresse benannt wird. Die Wohnadresse wird in keinem Fall veröffentlicht.)	
	Straße, Hausnummer	
	Postleitzahl, Ort	

3.	Was ist der <b>Schwerpunkt Ihrer</b> inhaltlichen oder beruflichen <b>Tätigkeit</b> ? (§ 5 Abs. 1 Nr. 3 ThürBeteilldokG)	
4.	Haben Sie in Ihrem schriftlichen Beitrag die entworfenen Regelungen insgesamt eher	
	<input type="checkbox"/> befürwortet, <input type="checkbox"/> abgelehnt, <input checked="" type="checkbox"/> ergänzungs- bzw. änderungsbedürftig eingeschätzt?	
	<b>Bitte fassen Sie kurz die wesentlichen Inhalte</b> (Kernaussage) Ihres schriftlichen Beitrages zum Gesetzgebungsverfahren <b>zusammen!</b> (§ 5 Abs. 1 Nr. 4 ThürBeteilldokG)	
5.	Wurden Sie vom Landtag gebeten, einen schriftlichen Beitrag zum Gesetzgebungsvorhaben einzureichen? (§ 5 Abs. 1 Nr. 5 ThürBeteilldokG)	
	<input checked="" type="checkbox"/> ja (Hinweis: weiter mit Frage 6) <input type="checkbox"/> nein	
	Wenn Sie die Frage 5 verneint haben: Aus welchem <b>Anlass</b> haben Sie sich geäußert?	
	In welcher <b>Form</b> haben Sie sich geäußert?	
	<input checked="" type="checkbox"/> per E-Mail <input checked="" type="checkbox"/> per Brief	
6.	Haben Sie sich <b>als Anwaltskanzlei im Auftrag</b> eines Auftraggebers mit schriftlichen Beiträgen am Gesetzgebungsverfahren beteiligt? (§ 5 Abs. 1 Nr. 6 ThürBeteilldokG)	
	<input type="checkbox"/> ja <input checked="" type="checkbox"/> nein (weiter mit Frage 7)	
	Wenn Sie die Frage 6 bejaht haben: Bitte benennen Sie Ihren <b>Auftraggeber!</b>	

7.	<b>Stimmen Sie einer Veröffentlichung</b> Ihres schriftlichen Beitrages in der Beteiligentransparenzdokumentation <b>zu?</b> (§ 5 Abs. 1 Satz 2 ThürBeteilldokG)	
	<input checked="" type="checkbox"/> ja	<input type="checkbox"/> nein

Mit meiner Unterschrift versichere ich die **Richtigkeit und Vollständigkeit der Angaben**. Änderungen in den mitgeteilten Daten werde ich unverzüglich und unaufgefordert bis zum Abschluss des Gesetzgebungsverfahrens mitteilen.

<b>Ort, Datum</b>
9.9.22

Unser Zeichen:

Landesärztekammer Thüringen | Postfach 100740 | 07707 Jena

Thüringer Landtag  
Innen- und Kommunalausschuss  
Jürgen-Fuchs-Straße 1  
99096 Erfurt

THUR. LANDTAG POST  
25.08.2022 12:11

21138/22

Datum: 25.08.2022

**Gesetz zur Änderung des Thüringer Rettungsdienstgesetzes**

Gesetzentwurf der Fraktionen DIE LINKE, der SPD und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN

- Drucksache 7/5376 -

Sehr

geehrte Damen und Herren,

vielen Dank für die Möglichkeit, zu dem im Betreff genannten Antrag Stellung nehmen zu können.

Unsere Stellungnahme ist mit dem Ausschuss Rettungswesen und Notfallmedizin abgestimmt. Die Landesärztekammer Thüringen spricht sich gegen weitere Übergangs- und Sonderregeln für Rettungsassistenten aus. Die tägliche Praxis zeigt, dass die ärztliche Assistenz im Rettungsdienst einen hohen Qualifikationsstandard haben muss.

Diese Assistenz bezieht sich auch auf den Fahrer des RTW und des NEF. Ebenfalls ist die hohe Qualität, insbesondere im Dispatching, in den Leitstellen für einen indizierten Einsatz der Rettungsmittel aus unserer Sicht zwingend erforderlich. Zukünftig soll die Kompetenz des Notarztes zunehmend als Telekonsil (Telenotarzt) erfolgen. Dies erhöht erneut die Anforderungen an das nichtärztliche Personal in der Notfallrettung.

In dessen Folge spricht sich die Landesärztekammer Thüringen nicht für Übergangsfristen für Rettungsassistenten aus, die sich nicht umschulen lassen wollen bzw. sich auch dem Fachberuf des Notfallsanitäters nicht gewachsen fühlen, sondern für eine konsequente Umsetzung der Besetzung der Funktionsstellen mit Notfallsanitätern, um weiter die Qualität der notfallmedizinischen Versorgung unserer Thüringer Bevölkerung zu stärken. Insbesondere sehen wir die Gefahr bei der dem vorliegenden Entwurf, dass die verbliebenen Rettungsassistenten die ihren Einsatz als Disponenten in den Leitstellen finden.

Für weitere Fragen stehen wir Ihnen gern zur Verfügung.

Mit freundlichen Grüßen

**Kontakt**

Im Semmicht 33 | 07751 Jena  
Tel.: 03641 614 - 0  
Fax: 03641 614 - 169  
Mail: [post@laek-thueringen.de](mailto:post@laek-thueringen.de)  
Web: [www.laek-thueringen.de](http://www.laek-thueringen.de)

**Datenschutz**

Die Information nach der DS-GVO bei Datenerhebung- Datenschutzhinweise nach Art. 13 und 21 DS-GVO finden Sie auf unserer Homepage [www.laek-thueringen.de/datenschutz](http://www.laek-thueringen.de/datenschutz). Sollte es Ihnen nicht möglich sein, diese dort einzusehen, senden wir sie Ihnen gerne zu.

**Formblatt zur Datenerhebung  
nach § 5 Abs. 1 des Thüringer Beteiligungstransparenzdokumentationsgesetzes**

Jede natürliche oder juristische Person, die sich mit einem schriftlichen Beitrag an einem Gesetzgebungsverfahren beteiligt hat, ist nach dem Thüringer Beteiligungstransparenzdokumentationsgesetz (ThürBeteilldokG) verpflichtet, die nachfolgend erbetenen Angaben – soweit für sie zutreffend – zu machen.

Die Informationen der folgenden Felder 1 bis 6 werden in jedem Fall als verpflichtende Mindestinformationen gemäß § 5 Abs. 1 ThürBeteilldokG in der Beteiligungstransparenzdokumentation veröffentlicht. Ihr inhaltlicher Beitrag wird zusätzlich nur dann auf den Internetseiten des Thüringer Landtags veröffentlicht, wenn Sie Ihre Zustimmung hierzu erteilen.

*Bitte gut leserlich ausfüllen und zusammen mit der Stellungnahme senden!*

Zu welchem Gesetzentwurf haben Sie sich schriftlich geäußert (Titel des Gesetzentwurfs)?													
Gesetz zur Änderung des Thüringer Rettungsdienstgesetzes Gesetzentwurf der Fraktionen DIE LINKE, der SPD und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN - Drucksache 7/5376 -													
1.	Haben Sie sich als Vertreter einer <b>juristischen Person</b> geäußert, d. h. als Vertreter einer Vereinigung natürlicher Personen oder Sachen (z. B. Verein, GmbH, AG, eingetragene Genossenschaft oder öffentliche Anstalt, Körperschaft des öffentlichen Rechts, Stiftung des öffentlichen Rechts)? (§ 5 Abs. 1 Nr. 1, 2 ThürBeteilldokG; Hinweis: Wenn nein, dann weiter mit Frage 2. Wenn ja, dann weiter mit Frage 3.)												
	<table border="1"> <tr> <td>Name</td> <td>Organisationsform</td> </tr> <tr> <td>Kassenärztliche Vereinigung Thüringen</td> <td>Körperschaft des öffentlichen Rechts</td> </tr> <tr> <td>Geschäfts- oder Dienstadresse</td> <td></td> </tr> <tr> <td>Straße, Hausnummer (oder Postfach)</td> <td>Zum Hospitalgriesen 8</td> </tr> <tr> <td>Postleitzahl, Ort</td> <td>98425 Weimar</td> </tr> </table>	Name	Organisationsform	Kassenärztliche Vereinigung Thüringen	Körperschaft des öffentlichen Rechts	Geschäfts- oder Dienstadresse		Straße, Hausnummer (oder Postfach)	Zum Hospitalgriesen 8	Postleitzahl, Ort	98425 Weimar		
Name	Organisationsform												
Kassenärztliche Vereinigung Thüringen	Körperschaft des öffentlichen Rechts												
Geschäfts- oder Dienstadresse													
Straße, Hausnummer (oder Postfach)	Zum Hospitalgriesen 8												
Postleitzahl, Ort	98425 Weimar												
2.	Haben Sie sich als <b>natürliche Person</b> geäußert, d. h. als Privatperson? (§ 5 Abs. 1 Nr. 1, 2 ThürBeteilldokG)												
	<table border="1"> <tr> <td>Name</td> <td>Vorname</td> </tr> <tr> <td></td> <td></td> </tr> <tr> <td><input type="checkbox"/> Geschäfts- oder Dienstadresse</td> <td><input type="checkbox"/> Wohnadresse</td> </tr> <tr> <td colspan="2">(Hinweis: Angaben zur Wohnadresse sind nur erforderlich, wenn keine andere Adresse benannt wird. Die Wohnadresse wird in keinem Fall veröffentlicht.)</td> </tr> <tr> <td>Straße, Hausnummer</td> <td></td> </tr> <tr> <td>Postleitzahl, Ort</td> <td></td> </tr> </table>	Name	Vorname			<input type="checkbox"/> Geschäfts- oder Dienstadresse	<input type="checkbox"/> Wohnadresse	(Hinweis: Angaben zur Wohnadresse sind nur erforderlich, wenn keine andere Adresse benannt wird. Die Wohnadresse wird in keinem Fall veröffentlicht.)		Straße, Hausnummer		Postleitzahl, Ort	
Name	Vorname												
<input type="checkbox"/> Geschäfts- oder Dienstadresse	<input type="checkbox"/> Wohnadresse												
(Hinweis: Angaben zur Wohnadresse sind nur erforderlich, wenn keine andere Adresse benannt wird. Die Wohnadresse wird in keinem Fall veröffentlicht.)													
Straße, Hausnummer													
Postleitzahl, Ort													

3.	Was ist der Schwerpunkt Ihrer inhaltlichen oder beruflichen Tätigkeit? (§ 5 Abs. 1 Nr. 3 ThürBeteilldokG)	
	Geschäftsführung	
4.	Haben Sie in Ihrem schriftlichen Beitrag die entworfenen Regelungen insgesamt eher	
	<input checked="" type="checkbox"/> befürwortet, <input type="checkbox"/> abgelehnt, <input type="checkbox"/> ergänzungs- bzw. änderungsbedürftig eingeschätzt?	
	Bitte fassen Sie kurz die wesentlichen Inhalte (Kernaussage) Ihres schriftlichen Beitrages zum Gesetzgebungsverfahren zusammen! (§ 5 Abs. 1 Nr. 4 ThürBeteilldokG)	
	Der vorliegende Gesetzesentwurf wird von der KUT ausdrücklich befürwortet und sollte um die Weiterverwendung des Betreuungsassistenten über den 31.12.2023 erweitert werden. Die kostenintensive Versorgung soll durch eine Ergänzung des Thüringer Betreuungsgesetzes im § 7 Abs. 1 in dem Sicherheitsleistungszweig der KV für die notärztliche Versorgung aufgehoben werden.	
5.	Wurden Sie vom Landtag gebeten, einen schriftlichen Beitrag zum Gesetzgebungsvorhaben einzureichen? (§ 5 Abs. 1 Nr. 5 ThürBeteilldokG)	
	<input checked="" type="checkbox"/> ja (Hinweis: weiter mit Frage 6) <input type="checkbox"/> nein	
	Wenn Sie die Frage 5 verneint haben: Aus welchem Anlass haben Sie sich geäußert?	
	In welcher Form haben Sie sich geäußert?	
	<input type="checkbox"/> per E-Mail <input type="checkbox"/> per Brief	
6.	Haben Sie sich als Anwaltskanzlei im Auftrag eines Auftraggebers mit schriftlichen Beiträgen am Gesetzgebungsverfahren beteiligt? (§ 5 Abs. 1 Nr. 6 ThürBeteilldokG)	
	<input type="checkbox"/> ja <input checked="" type="checkbox"/> nein (weiter mit Frage 7)	
	Wenn Sie die Frage 6 bejaht haben: Bitte benennen Sie Ihren Auftraggeber!	



7.	<b>Stimmen Sie einer Veröffentlichung Ihres schriftlichen Beitrages in der Beteiligte transparenten Dokumentation zu?</b> (§ 5 Abs. 1 Satz 2 ThürBeteilldokG)	
	<input checked="" type="checkbox"/> ja	<input type="checkbox"/> nein

Mit meiner Unterschrift versichere ich die **Richtigkeit und Vollständigkeit der Angaben**. Änderungen in den mitgeteilten Daten werde ich unverzüglich und unaufgefordert bis zum Abschluss des Gesetzgebungsverfahrens mitteilen.

<b>Ort, Datum</b>	<b>Unterschrift</b>
Weimar, 25.08.2022	



Thüringer Landtag  
Innen- und Kommunalausschuss  
Jürgen-Fuchs-Str. 1  
99096 Erfurt

THÜR. LANDTAG POST  
26.08.2022 06:51

21234122

Hauptgeschäftsführer

Zum Hospitalgraben 8  
99425 Weimar  
Internet: [www.kvt.de](http://www.kvt.de)

Datum: 19.08.2022

**Gesetz zur Änderung des Thüringer Rettungsdienstgesetzes  
Gesetzentwurf der Fraktionen DIE LINKE, der SPD und BÜNDNIS 90/DIE  
GRÜNEN – Drucksache 7/5376**

Sehr geehrte Damen und Herren,

ich bedanke mich für die gegebene Möglichkeit, als Sachverständiger Stellung zu nehmen, und möchte Ihnen nachfolgend die Einschätzung der Kassenärztlichen Vereinigung Thüringen zum Antrag der Fraktionen DIE LINKE, der SPD und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN – Drucksache 7/5376 sowie zu den Fragestellungen des Innen- und Kommunalausschusses mitteilen.

Auf Basis der bestehenden Rechtsgrundlage Thüringer Rettungsdienstgesetz (ThürRettG) läuft mit Wirkung zum 01.01.2023 die Erlaubnis zum Einsatz von Rettungsassistenten in der Notfallrettung aus. Zum Einsatz kommen dann eine Kombination aus Rettungssanitäter und Notfallsanitäter. Für Rettungsassistenten besteht aktuell die Möglichkeit, sich mittels einer verkürzten Lehrgangsform zum Notfallsanitäter zu qualifizieren. Das geschieht meistens aus altersbedingten Gründen oder aus Gründen der "Prüfungsangst" etc. nicht. Ob eine Verlängerung der Nachqualifizierungszeit hier den gewünschten Effekt einer erhöhten Nachfrage nach Weiterbildungsoptionen zum Notfallsanitäter mit sich bringen wird, erscheint fraglich.

Gerade für die betreffenden Mitarbeiter mit Qualifikation Rettungsassistent (wie vor) bestand ausreichend Zeit einen Ergänzungslehrgang zu absolvieren. Davon abgesehen, besteht aus verschiedensten Gründen eine sich immer weiter zuspitzende Personalverknappung im Bereich des Rettungsdienstfachpersonals.

Unter diesem Hintergrund erscheint es im Sinne der Sicherstellung einer flächendeckenden perspektivischen Notfallversorgung nachhaltig, die aktuell im Thüringer Rettungsdienstgesetz vorherrschende Stichtagsregelung wie im Antrag der Fraktionen aufgeführt, um ein Jahr auf den 31.12.2023 zu verschieben.

Darüber hinaus erscheint es zielführend, neben neu ausgebildeten und nicht über die notwendige praktische Erfahrung und teilweise auch theoretischen Kenntnissen verfügenden Rettungssanitäter, diese Rettungsassistenten über den 31.12.2023 hinaus, neben dem Notfallsanitäter in der Notfallrettung einzusetzen und eine über den Stichtag hinausgehende Verwendung als Besatzungsmitglied innerhalb der Notfallrettung zu erwägen. Sollten diese Mitarbeiter aus dem aktiven Dienst ausscheiden, ergibt sich zu der aktuell vorherrschenden angespannten Situation ein weiteres eklatantes Personalproblem.



Der vorliegende Gesetzentwurf wird daher seitens der Kassenärztlichen Vereinigung Thüringen ausdrücklich befürwortet und angeregt, diesen um oben angeführte Weiterverwendung der Rettungsassistenten über den 31.12.2023 zu erweitern.

Als mögliche Option einer Änderung des § 34 Abs. 3 Thüringer Rettungsdienstgesetz (ThürRettG) könnte folgender Wortlaut verwendet werden:

**„(3) Der Einsatz von Rettungsassistenten als Transportführer der in der Notfallrettung eingesetzten Rettungstransportwagen ist bis einschließlich 31.12.2023 zulässig.“**

(4) (neu) Nach dem 31.12.2023 ist der Einsatz von Rettungsassistenten als Fahrzeugführer zulässig.

§ 16 Abs 2. des Thüringer Rettungsdienstgesetzes ist entsprechend anzupassen. Abs. 2 Satz 2 wird dahingehend geändert.

**„Nach Ablauf der Stichtagsregelung gemäß § 34 Abs. 3 Satz 1 müssen in der Notfallrettung eingesetzte Fahrzeuge mit einem Rettungssanitäter oder Rettungsassistenten und einem Notfallsanitäter im Sinne des § 14 Abs. 4 Satz 1 besetzt sein.“**

#### Telenotärztliche Versorgung

Neben der personellen Unterdeckung an Rettungsfachpersonal kann im notärztlichen Sektor eine gleichlautende Entwicklung verzeichnet werden. Neben der bereits aus dem klinischen Bereich bekannten Situation des Ärztemangels, greift diese auch zunehmend auf den präklinischen Sektor über. Unterschiedliche Gründe, demografische Entwicklung, Work-Life-Balance und auch abnehmendes Interesse jüngerer Ärzte am aktiven Notarztdienst teilzunehmen, führen zu einer immer angespannteren Situation, Notarztdienste durchgehend zu besetzen. Es ist daher zu befürchten, dass für die kommenden Jahre mit einer zunehmenden Zahl nicht zu besetzender Dienste zu rechnen ist.

Die Kassenärztliche Vereinigung Thüringen zeichnet sich, gemäß § 7 Thüringer Rettungsdienstgesetz (ThürRettG), seit 2009 für die Sicherstellung der notärztlichen Versorgung in Thüringen verantwortlich und konnte seit dieser Zeit der ihr übertragenen Aufgabe jederzeit gerecht werden. Nunmehr ist zu verzeichnen, dass, insbesondere im ärztlichen Berufsnachwuchs, das Interesse an einer Tätigkeit als Notarzt rückläufig ist. Mit Ausscheiden bisheriger Leistungsträger aus dem aktiven Dienst ergeben sich dadurch perspektivisch Planungslücken, die nur schwer zu kompensieren sind und letztlich zu einer Unterversorgung der Bevölkerung mit notärztlicher Expertise führen kann. Es ist daher förderlich, die Krankenhausstrukturen verstärkt in die regelhafte notärztliche Besetzung einzubinden. Die ausschließliche Besetzung in freiberuflicher Tätigkeit des Notarztdienstes wurde nicht zuletzt durch die Entscheidung des Bundessozialgerichtes (BSG) Az.: B 12 KR 29/19 R vom 19.10.2021 als nicht tragfähig angesehen und stellt auf ein abhängiges Beschäftigungsverhältnis ab. Dies steht selbstredend in Widerspruch zu einer bereits abhängigen Beschäftigung des Notarztes in einer klinischen Einrichtung und ist, neben der finanziellen Tragweite für den Notarzt, auch mit elementaren Auswirkungen auf die Vorgaben des Arbeitszeitgesetzes einhergehend. Hier ist die Kassenärztliche Vereinigung bemüht, über die zuständigen Arbeitsschutzbehörden einen entsprechenden Ausnahmetatbestand im Arbeitszeitgesetz für den Notarztdienst und damit die Aufrechterhaltung der notärztlichen Versorgung zu erwirken.

Aktuell ist diese Entwicklung und die damit einhergehenden Auswirkungen auf die notärztliche Sicherstellung nicht absehbar.

Bereits im Zuge der Corona-Pandemie wurde durch die Kassenärztliche Vereinigung ein Konzept zur Beherrschung eines akuten Notarztausfalls entwickelt, welches in der 3. Eskalationsstufe in einer telenotärztlichen Konsultation mündete. Durch die Vorhaltung telemedizinischer Komponenten kann innerhalb kürzester Zeit die Erreichbarkeit eines Notarztes mittels telemedizinischer Systeme gewährleistet werden. Notwendige notärztliche Expertise kann so den vor Ort befindlichen Rettungskräften zeitnah zur Verfügung gestellt werden. Die Vorhaltung einer telenotärztlichen Struktur stellt nach den gemachten Erfahrungen aus den Pandemie Jahren ein wertvolles Unterstützungstool zur Kompensierung spontaner Notarztausfälle dar und gewährleistet bis zum Eintreffen eines physischen Notarztes das Vorhandensein ärztlicher Kompetenz und Rechtssicherheit für das am Notfallort tätige Rettungsfachpersonal.



Insbesondere unter dem Aspekt vorgenannter Personalentwicklungen im notärztlichen Sektor, der aktuell bestehenden Reaktionsmöglichkeiten auf einen akuten Notarztausfall und zur Aufrechterhaltung einer permanenten notärztlichen Expertise ist anzuraten, bereits in anderen Bundesländern gemachte Erfahrungen mit telenotärztlichen Unterstützungssystemen ebenfalls in die Thüringer Landesgesetzgebung aufzunehmen und dadurch die Möglichkeit zu schaffen, das bestehende Reservekonzept dauerhaft einzusetzen und anhand bestehender Bedürfnisse und wissenschaftlicher Erkenntnisse weiterzuentwickeln.

Die bereits gegebene Aufgabenträgerschaft der Kassenärztlichen Vereinigung Thüringen für die notärztliche Versorgung implementiert auch die Amtshaftung nach § 839 Bürgerliches Gesetzbuch (BGB) i.V.m. Art. 34 Grundgesetz (GG). Bei telemedizinischer Versorgung durch einen Notarzt handelt es sich ebenfalls um eine hoheitliche Tätigkeit, für die der Aufgabenträger der notärztlichen Versorgung bei etwaigen, aus notärztlicher Behandlung resultierenden Ansprüchen eintrittspflichtig ist. Daher ist es zwingend anzuraten, die gesetzliche Grundlage, neben der bereits gegebenen Zuweisung der Aufgabenträgerschaft für die notärztliche Versorgung, um den Aspekt einer telenotärztlichen Versorgung zu präzisieren.

Hierfür würden wir folgenden Formulierungsvorschlag unterbreiten:

§ 7 Thüringer Rettungsdienstgesetz, Abs. 1 wird wie folgt geändert

„(1) Die Kassenärztliche Vereinigung Thüringen stellt die bedarfsgerechte und flächendeckende notärztliche und **telenotärztliche** Versorgung im bodengebundenen Rettungsdienst sicher. Dies schließt die Erstellung der Notarztdienstpläne und die Überwachung der notärztlichen, **auch telenotärztlichen** Versorgung ein. Bei der Erfüllung dieser Aufgabe wirkt die Kassenärztliche Vereinigung Thüringen mit den Krankenhäusern, der Arbeitsgemeinschaft der in Thüringen tätigen Notärzte e. V., der Landesärztekammer Thüringen, den Aufgabenträgern nach § 5 Abs. 1 und den Kostenträgern und ihren Verbänden zusammen.“

Neben der Stärkung der bereits bestehenden Struktur der notärztlichen Versorgung, kann durch den dauerhaften Einsatz einer telemedizinischen Unterstützung eine deutliche Stabilisierung der gesamtheitlichen präklinischen Notfallversorgung erzielt werden und in der Endkonsequenz zu einer stabilen und effizienten Notfallversorgung der Bevölkerung in Thüringen einen erheblichen Beitrag leisten. Wir bitten Sie, unseren Vorschlag im Rahmen der Novellierung des Thüringer Rettungsdienstgesetzes zu berücksichtigen.

Ich hoffe, Ihre Fragen damit zur Zufriedenheit beantwortet haben zu können, und stehe Ihnen für Rückfragen gerne zur Verfügung.

Mit freundlichen Grüßen

**Formblatt zur Datenerhebung**  
**nach § 5 Abs. 1 des Thüringer Beteiligungstransparenzdokumentationsgesetzes**

Jede natürliche oder juristische Person, die sich mit einem schriftlichen Beitrag an einem Gesetzgebungsverfahren beteiligt hat, ist nach dem Thüringer Beteiligungstransparenzdokumentationsgesetz (ThürBeteilDokG) verpflichtet, die nachfolgend erbetenen Angaben – soweit für sie zutreffend – zu machen.

Die Informationen der folgenden Felder 1 bis 6 werden in jedem Fall als verpflichtende Mindestinformationen gemäß § 5 Abs. 1 ThürBeteilDokG in der Beteiligungstransparenzdokumentation veröffentlicht. Ihr inhaltlicher Beitrag wird zusätzlich nur dann auf den Internetseiten des Thüringer Landtags veröffentlicht, wenn Sie Ihre Zustimmung hierzu erteilen.

*Bitte gut leserlich ausfüllen und zusammen mit der Stellungnahme senden!*

Zu welchem <b>Gesetzentwurf</b> haben Sie sich schriftlich geäußert (Titel des Gesetzentwurfs)?		
Gesetz zur Änderung des Thüringer Rettungsdienstgesetzes Gesetzentwurf der Fraktionen DIE LINKE, der SPD und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN <span style="float: right;">+</span>		
1.	Haben Sie sich als Vertreter einer <b>juristischen Person</b> geäußert, d. h. als Vertreter einer Vereinigung natürlicher Personen oder Sachen (z. B. Verein, GmbH, AG, eingetragene Genossenschaft oder öffentliche Anstalt, Körperschaft des öffentlichen Rechts, Stiftung des öffentlichen Rechts)? (§ 5 Abs. 1 Nr. 1, 2 ThürBeteilDokG; Hinweis: Wenn nein, dann weiter mit Frage 2. Wenn ja, dann weiter mit Frage 3.)	
	<div style="flex: 1;">Name</div> <div style="flex: 1;">Organisationsform</div>	
	<div style="flex: 1;">Gemeinde- und Städtebund Thüringen</div> <div style="flex: 1;">Eingetragener Verein</div>	
	<div style="flex: 1;">Geschäfts- oder Dienstadresse</div> <div style="flex: 1;"></div>	
	<div style="flex: 1;">Straße, Hausnummer (oder Postfach)</div> <div style="flex: 1;">Richard-Breslau-Straße 14</div>	
	<div style="flex: 1;">Postleitzahl, Ort</div> <div style="flex: 1;">99094 Erfurt</div>	
2.	Haben Sie sich als <b>natürliche Person</b> geäußert, d. h. als Privatperson? (§ 5 Abs. 1 Nr. 1, 2 ThürBeteilDokG)	
	<div style="flex: 1;">Name</div> <div style="flex: 1;">Vorname</div>	
	<div style="flex: 1;"></div> <div style="flex: 1;"></div>	
	<div style="flex: 1;"> <input type="checkbox"/> Geschäfts- oder Dienstadresse         </div> <div style="flex: 1;"> <input type="checkbox"/> Wohnadresse         </div>	
	(Hinweis: Angaben zur Wohnadresse sind nur erforderlich, wenn keine andere Adresse benannt wird. Die Wohnadresse wird in keinem Fall veröffentlicht.)	
	<div style="flex: 1;">Straße, Hausnummer</div> <div style="flex: 1;"></div>	
<div style="flex: 1;">Postleitzahl, Ort</div> <div style="flex: 1;"></div>		

3.	Was ist der <b>Schwerpunkt Ihrer</b> inhaltlichen oder beruflichen <b>Tätigkeit</b> ? (§ 5 Abs. 1 Nr. 3 ThürBeteilddokG)	
	Kommunaler Spitzenverband i.S.v. §§ 126, 127 ThürKO, Art. 91 Abs. 4 ThürVerf	
4.	Haben Sie in Ihrem schriftlichen Beitrag die entworfenen Regelungen insgesamt eher	
	<input checked="" type="checkbox"/> befürwortet, <input type="checkbox"/> abgelehnt, <input type="checkbox"/> ergänzungs- bzw. änderungsbedürftig eingeschätzt?	
	<b>Bitte fassen Sie kurz die wesentlichen Inhalte</b> (Kernaussage) Ihres schriftlichen Beitrages zum Gesetzgebungsverfahren <b>zusammen!</b> (§ 5 Abs. 1 Nr. 4 ThürBeteilddokG)	
5.	Wurden Sie vom Landtag gebeten, einen schriftlichen Beitrag zum Gesetzgebungsvorhaben einzureichen? (§ 5 Abs. 1 Nr. 5 ThürBeteilddokG)	
	<input checked="" type="checkbox"/> ja (Hinweis: weiter mit Frage 6)	<input type="checkbox"/> nein
	Wenn Sie die Frage 5 verneint haben: Aus welchem <b>Anlass</b> haben Sie sich geäußert?	
	In welcher <b>Form</b> haben Sie sich geäußert?	
	<input type="checkbox"/> per E-Mail <input checked="" type="checkbox"/> per Brief	
6.	Haben Sie sich <b>als Anwaltskanzlei im Auftrag</b> eines Auftraggebers mit schriftlichen Beiträgen am Gesetzgebungsverfahren beteiligt? (§ 5 Abs. 1 Nr. 6 ThürBeteilddokG)	
	<input type="checkbox"/> ja	<input type="checkbox"/> nein (weiter mit Frage 7)
	Wenn Sie die Frage 6 bejaht haben: Bitte benennen Sie Ihren <b>Auftraggeber!</b>	

7.	<b>Stimmen Sie einer Veröffentlichung Ihres schriftlichen Beitrages in der Beteiligentransparenzdokumentation zu?</b> (§ 5 Abs. 1 Satz 2 ThürBeteilDokG)	
	<input type="checkbox"/> ja	<input checked="" type="checkbox"/> nein

Mit meiner Unterschrift versichere ich die **Richtigkeit und Vollständigkeit der Angaben**.  
 Änderungen in den mitgeteilten Daten werde ich unverzüglich und unaufgefordert bis zum Abschluss  
 des Gesetzgebungsverfahrens mitteilen.

Ort, Datum	Unterschrift

**Formblatt zur Datenerhebung  
nach § 5 Abs. 1 des Thüringer Beteiligungstransparenz dokumentationsgesetzes**

Jede natürliche oder juristische Person, die sich mit einem schriftlichen Beitrag an einem Gesetzgebungsverfahren beteiligt hat, ist nach dem Thüringer Beteiligungstransparenz dokumentationsgesetz (ThürBeteilldokG) verpflichtet, die nachfolgend erbetenen Angaben – soweit für sie zutreffend – zu machen.

Die Informationen der folgenden Felder 1 bis 6 werden in jedem Fall als verpflichtende Mindestinformationen gemäß § 5 Abs. 1 ThürBeteilldokG in der Beteiligungstransparenz dokumentation veröffentlicht. Ihr inhaltlicher Beitrag wird zusätzlich nur dann auf den Internetseiten des Thüringer Landtags veröffentlicht, wenn Sie Ihre Zustimmung hierzu erteilen.

*Bitte gut leserlich ausfüllen und zusammen mit der Stellungnahme senden!*

<b>Zu welchem Gesetzentwurf haben Sie sich schriftlich geäußert (Titel des Gesetzentwurfs)?</b>											
Gesetz zur Änderung des Thüringer Rettungsdienstgesetzes Gesetzentwurf der Fraktionen DIE LINKE, der SPD und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN - Drucksache 7/5376 -											
<b>1.</b>	Haben Sie sich als Vertreter einer juristischen Person geäußert, d. h. als Vertreter einer Vereinigung natürlicher Personen oder Sachen (z. B. Verein, GmbH, AG, eingetragene Genossenschaft oder öffentliche Anstalt, Körperschaft des öffentlichen Rechts, Stiftung des öffentlichen Rechts)? (§ 5 Abs. 1 Nr. 1, 2 ThürBeteilldokG; Hinweis: Wenn nein, dann weiter mit Frage 2. Wenn ja, dann weiter mit Frage 3.)										
	<table border="1"> <tr> <td>Name</td> <td>Organisationsform</td> </tr> <tr> <td>Thüringer Feuerwehr-Verband e.V.</td> <td>eingetragener Verein</td> </tr> <tr> <td>Geschäfts- oder Dienstadresse</td> <td></td> </tr> <tr> <td>Straße, Hausnummer (oder Postfach)</td> <td>Magdeburger Allee 4</td> </tr> <tr> <td>Postleitzahl, Ort</td> <td>99086 Erfurt</td> </tr> </table>	Name	Organisationsform	Thüringer Feuerwehr-Verband e.V.	eingetragener Verein	Geschäfts- oder Dienstadresse		Straße, Hausnummer (oder Postfach)	Magdeburger Allee 4	Postleitzahl, Ort	99086 Erfurt
Name	Organisationsform										
Thüringer Feuerwehr-Verband e.V.	eingetragener Verein										
Geschäfts- oder Dienstadresse											
Straße, Hausnummer (oder Postfach)	Magdeburger Allee 4										
Postleitzahl, Ort	99086 Erfurt										
<b>2.</b>	Haben Sie sich als natürliche Person geäußert, d. h. als Privatperson? (§ 5 Abs. 1 Nr. 1, 2 ThürBeteilldokG)										
	<table border="1"> <tr> <td>Name</td> <td>Vorname</td> </tr> <tr> <td></td> <td></td> </tr> <tr> <td colspan="2"> <input type="checkbox"/> Geschäfts- oder Dienstadresse      <input type="checkbox"/> Wohnadresse  (Hinweis: Angaben zur Wohnadresse sind nur erforderlich, wenn keine andere Adresse benannt wird. Die Wohnadresse wird in keinem Fall veröffentlicht.) </td> </tr> <tr> <td>Straße, Hausnummer</td> <td></td> </tr> <tr> <td>Postleitzahl, Ort</td> <td></td> </tr> </table>	Name	Vorname			<input type="checkbox"/> Geschäfts- oder Dienstadresse <input type="checkbox"/> Wohnadresse (Hinweis: Angaben zur Wohnadresse sind nur erforderlich, wenn keine andere Adresse benannt wird. Die Wohnadresse wird in keinem Fall veröffentlicht.)		Straße, Hausnummer		Postleitzahl, Ort	
Name	Vorname										
<input type="checkbox"/> Geschäfts- oder Dienstadresse <input type="checkbox"/> Wohnadresse (Hinweis: Angaben zur Wohnadresse sind nur erforderlich, wenn keine andere Adresse benannt wird. Die Wohnadresse wird in keinem Fall veröffentlicht.)											
Straße, Hausnummer											
Postleitzahl, Ort											



3.	Was ist der <b>Schwerpunkt</b> Ihrer inhaltlichen oder beruflichen Tätigkeit? (§ 5 Abs. 1 Nr. 3 ThürBetellG)	
	Interessenvertretung	
4.	Haben Sie in Ihrem schriftlichen Beitrag die entworfenen Regelungen insgesamt eher	
	<input checked="" type="checkbox"/> befürwortet, <input type="checkbox"/> abgelehnt, <input type="checkbox"/> ergänzungs- bzw. änderungsbedürftig eingeschätzt?	
	<b>Bitte fassen Sie kurz die wesentlichen Inhalte (Kernaussage) Ihres schriftlichen Beitrages zum Gesetzgebungsverfahren zusammen!</b> (§ 5 Abs. 1 Nr. 4 ThürBetellG)	
	Der Gesetzentwurf wird insgesamt befürwortet. Es besteht jedoch darüber hinaus Handlungsbedarf, auch über die im Gesetzentwurf benannte Frist (31.12.2023) hinaus, den Einsatz von Rettungsassistenten zur Sicherstellung der Notfallrettung zu prüfen und sicherzustellen. Dies sollte jedoch separat geprüft und diskutiert werden, da das gegenwärtige Gesetz eine Frist zum Jahresende vorsieht und die Durchführenden d r i n g e n d Klarheit benötigen.	
5.	Wurden Sie vom Landtag gebeten, einen schriftlichen Beitrag zum Gesetzgebungsvorhaben einzureichen? (§ 5 Abs. 1 Nr. 5 ThürBetellG)	
	<input checked="" type="checkbox"/> ja (Hinweis: weiter mit Frage 6)	<input type="checkbox"/> nein
	Wenn Sie die Frage 5 verneint haben: Aus welchem Anlass haben Sie sich geäußert?	
	In welcher Form haben Sie sich geäußert?	
	<input checked="" type="checkbox"/> per E-Mail <input checked="" type="checkbox"/> per Brief	
6.	Haben Sie sich als <b>Anwaltskanzlei</b> im Auftrag eines Auftraggebers mit schriftlichen Beiträgen am Gesetzgebungsverfahren beteiligt? (§ 5 Abs. 1 Nr. 6 ThürBetellG)	
	<input type="checkbox"/> ja	<input checked="" type="checkbox"/> nein (weiter mit Frage 7)
	Wenn Sie die Frage 6 bejaht haben: Bitte benennen Sie Ihren Auftraggeber!	

7.	Stimmen Sie einer Veröffentlichung Ihres schriftlichen Beitrages in der Beteiligentransparenzdokumentation zu? (§ 5 Abs. 1 Satz 2 ThürBeteilldokG)	
	<input checked="" type="checkbox"/> ja	<input type="checkbox"/> nein

Mit meiner Unterschrift versichere ich die Richtigkeit und Vollständigkeit der Angaben. Änderungen in den mitgeteilten Daten werde ich unverzüglich und unaufgefordert bis zum Abschluss des Gesetzgebungsverfahrens mitteilen.

Ort, Datum	Unterschrift
Erfurt, 29. August 2022	



# THÜRINGER FEUERWEHR-VERBAND e.V.



Thüringer Feuerwehr-Verband · Magdeburger Allee 4 · 99086 Erfurt

Thüringer Landtag  
Innen- und Kommunalausschuss  
Jürgen-Fuchs-Straße 1

99096 Erfurt

THUR. LANDTAG POST  
29.08.2022 10:36

21378/2022

## Gesetz zur Änderung des Thüringer Rettungsdienstgesetzes (Gesetzesentwurf der Fraktionen DIE LINKE, SPD und Bündnis90/Die Grünen, Drs. 7/5376)

Erfurt  
29. August 2022

*hier: Stellungnahme des Thüringer Feuerwehr-Verbandes*

Sehr geehrter Vorsitzender Bilay,  
werte Abgeordnete,

wir danken Ihnen für die Beteiligung unseres Verbandes am Anhörungsverfahren zum Entwurf für ein Gesetz zur Änderung des Thüringer Rettungsdienstgesetzes (ThürRettG) vom 27. April 2022 (Drs. 7/5376) und nehmen hierzu sowie zu den ergänzenden Fragen (Anlage 3) des Ausschusses wie folgt Stellung:

Gerade vor dem Hintergrund, dass besondere Eile geboten ist (da die Frist zum Jahresende verstreicht), **befürworten** wir zum jetzigen Zeitpunkt **den vorgelegten Gesetzesentwurf** vollumfänglich, regen jedoch an, dass – unter weniger Zeitdruck – eine erneute Prüfung der Befristung des Einsatzes von Rettungsassistenten auf Rettungswagen stattfindet. Wichtig ist gegenwärtig jedoch, dass der Gesetzgeber die avisierte Fristverlängerung schnellstmöglich rechtswirksam werden lässt, damit die Aufgabenträger Klarheit über die Einsatzmöglichkeiten der Rettungsassistenten erhalten und entsprechend planen können.

### **Zu den einzelnen Fragen (Anlage 3):**

**Frage 1:** Wir halten es **nicht** für zwingend erforderlich, dass als Transportführende der in der Notfallrettung eingesetzten Rettungswagen künftig ausschließlich Beschäftigte mit der Qualifikation als Notfallsanitäter/-in zum Einsatz kommen.

**Erläuterung:** Selbst, wenn es erweiterte Kompetenzen beim Einsatz von Notfallsanitätern gibt, ist die grundsätzliche Verfügbarkeit eines geeigneten Rettungsmittels elementar. Die Regelung im aktuellen Gesetzesentwurf wird durch den weiterhin befristeten Einsatz von Rettungsassistenten als Transportführende auf den Rettungswagen die Versorgungssicherheit, wenn auch mit aufschiebender Wirkung, gefährden. Festzustellen ist, dass die Verfügbarkeit von Notfallsanitätern/-innen ein bundesweites Problem darstellt. Bereits jetzt sind Rettungsdienst-

bereiche bekannt, in denen regelmäßig notwendige Dienste nicht abgesichert werden können. Zukünftig droht eine massive Unterversorgung. Wegen des akuten Personalmangels haben sogenannte Notfallsanitäterbörsen vermehrt Zulauf. „Freelancer“ werden für viel Geld eingekauft, um die Rettungsmittel überhaupt noch besetzen zu können. Diese verfügen zwar über die formelle Qualifikation, ihnen fehlen aber die Erfahrungen und Kenntnisse aus dem jeweiligen Rettungsdienstbereich, zudem mangelt es teils an der Motivation, was in der Summe zu deutlichen Qualitätsdefiziten führt. Ganz davon abgesehen, dass die Kosten hierdurch immens steigen, was die Durchführenden längerfristig nicht durchhalten können.

Wenn die Frist für die Einsatzmöglichkeit der Rettungsassistenten/-innen als Transportführende abläuft, wird es daher zwangsweise zu einem erheblichen Qualitäts- und Verfügbarkeitsproblem kommen. Eine Qualitätssteigerung und ein einheitliches Versorgungsniveau sind so nicht zu erreichen, da mit keiner bedeutenden Zahl von Weiterqualifizierungen von Rettungsassistenten zu Notfallsanitäter/-innen zu rechnen ist (siehe Frage 2).

**Frage 2:** Ja, zum aktuellen Zeitpunkt.

**Erläuterung:** Da die Zeit drängt, ist die schnellstmögliche Umsetzung des Gesetzesentwurfs notwendig. Hier wird eine Planungssicherheit – wenn auch nur temporär – gewährt. Es wäre allerdings illusorisch zu glauben, dass ernstzunehmende Nachqualifizierungen stattfinden werden und sodann die Problematik gelöst wäre. Vielmehr bleibt die bundesweite Verfügbarkeit von Notfallsanitätern und die grundhafte Ausbildung dieser der reglementierende Faktor. Lösungsorientiert sind hier nur Ansätze, welche die grundhafte Ausbildung von Notfallsanitätern/-innen und deren Verfügbarkeit für den Rettungsdienst stärken (z. B. um auch Abwanderungen von Notfallsanitätern/-innen in andere medizinische Bereiche entgegenzuwirken).

**Frage 3:**

Der Einsatz von Rettungsassistenten/-innen als Fahrer auf den Rettungswagen wird die Qualifikationsinhaber, wenn auch mit Zeitverzug, auf das Einkommensniveau von Rettungssanitätern reduzieren – und damit „degradieren“ und demotivieren. Gerade diejenigen Mitarbeitenden, welche in den vergangenen Jahren die Notfallrettung sicherstellten und – mit Verlaub – einen guten Dienst an der Allgemeinheit leisteten, werden finanziell deutlich benachteiligt.

Im Bereich des qualifizierten Krankentransports wird jedoch – mit Bezug zur aktuell geforderten Mindestqualifikation, welche wir grundsätzlich in Frage stellen –

eine „Überqualifizierung“, somit ein Ungleichgewicht, generiert. Abzuwarten bleibt, wie die Kostenverhandlungen – bei Betrachtung der Tarifwerke der Durchführenden – durch die Kostenträger, in dieser Frage verlaufen werden. Inwieweit eine angemessene Refinanzierung der qualifizierten Berufsabschlüsse erfolgt, ist Teil der Tarifverhandlungen einzelner Durchführender sowie der Verhandlungsbereitschaft der Kostenträger. Die Wahrscheinlichkeit, dass die Rettungsassistenten finanziell schlechter gestellt werden, begründet sich auch aus den Ergebnissen der aktuell geführten Kostenverhandlungen.

Leitstellendisponenten, welche über die Qualifikation des Rettungsassistenten verfügen, sind aus unserer Sicht ausreichend qualifiziert, da die praktische Anwendung der 1c- und ggf. 2c-Maßnahmen nach dem Notfallsanitättergesetz am nicht erforderlich ist. Leitstellen, welche auch den für uns nachvollziehbaren kombinatorischen Einsatz in der Leitstelle und auf den Rettungsmitteln favorisieren, werden sowieso eine ausreichende „Notfallsanitärquote“ anstreben und – wegen der langfristigen Personalplanung – ausreichend Notfallsanitäter/-innen vorhalten, sodass hier keinem zusätzlichen Steuerungsmittel bedarf.

Gerne stehen wir Ihnen für Rückfragen zur Verfügung.

**Formblatt zur Datenerhebung  
nach § 5 Abs. 1 des Thüringer Beteiligungstransparenz dokumentationsgesetzes**

Jede natürliche oder juristische Person, die sich mit einem schriftlichen Beitrag an einem Gesetzgebungsverfahren beteiligt hat, ist nach dem Thüringer Beteiligungstransparenz dokumentationsgesetz (ThürBeteilldokG) verpflichtet, die nachfolgend erbetenen Angaben – soweit für sie zutreffend – zu machen.

Die Informationen der folgenden Felder 1 bis 6 werden in jedem Fall als verpflichtende Mindestinformationen gemäß § 5 Abs. 1 ThürBeteilldokG in der Beteiligungstransparenz dokumentationsdokumentation veröffentlicht. Ihr inhaltlicher Beitrag wird zusätzlich nur dann auf den Internetseiten des Thüringer Landtags veröffentlicht, wenn Sie Ihre Zustimmung hierzu erteilen.

*Bitte gut leserlich ausfüllen und zusammen mit der Stellungnahme senden!*

Zu welchem Gesetzentwurf haben Sie sich schriftlich geäußert (Titel des Gesetzentwurfs)?											
Gesetz zur Änderung des Thüringer Rettungsdienstgesetzes Gesetzentwurf der Fraktionen DIE LINKE, der SPD und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN - Drucksache 7/5376 -											
1.	Haben Sie sich als Vertreter einer juristischen Person geäußert, d. h. als Vertreter einer Vereinigung natürlicher Personen oder Sachen (z. B. Verein, GmbH, AG, eingetragene Genossenschaft oder öffentliche Anstalt, Körperschaft des öffentlichen Rechts, Stiftung des öffentlichen Rechts)? (§ 5 Abs. 1 Nr. 1, 2 ThürBeteilldokG; Hinweis: Wenn nein, dann weiter mit Frage 2. Wenn ja, dann weiter mit Frage 3.)										
	<table border="1"> <tr> <td>Name</td> <td>Organisationsform</td> </tr> <tr> <td><i>Verband der Privatkliniken in Thüringen e.V.</i></td> <td><i>e.V.</i></td> </tr> <tr> <td>Geschäfts- oder Dienstadresse</td> <td><i>c/o Helios Fachkliniken Hildburghausen GmbH</i></td> </tr> <tr> <td>Straße, Hausnummer (oder Postfach)</td> <td><i>Eisfelder Straße 41</i></td> </tr> <tr> <td>Postleitzahl, Ort</td> <td><i>98646 Hildburghausen</i></td> </tr> </table>	Name	Organisationsform	<i>Verband der Privatkliniken in Thüringen e.V.</i>	<i>e.V.</i>	Geschäfts- oder Dienstadresse	<i>c/o Helios Fachkliniken Hildburghausen GmbH</i>	Straße, Hausnummer (oder Postfach)	<i>Eisfelder Straße 41</i>	Postleitzahl, Ort	<i>98646 Hildburghausen</i>
Name	Organisationsform										
<i>Verband der Privatkliniken in Thüringen e.V.</i>	<i>e.V.</i>										
Geschäfts- oder Dienstadresse	<i>c/o Helios Fachkliniken Hildburghausen GmbH</i>										
Straße, Hausnummer (oder Postfach)	<i>Eisfelder Straße 41</i>										
Postleitzahl, Ort	<i>98646 Hildburghausen</i>										
2.	Haben Sie sich als natürliche Person geäußert, d. h. als Privatperson? (§ 5 Abs. 1 Nr. 1, 2 ThürBeteilldokG)										
	<table border="1"> <tr> <td>Name</td> <td>Vorname</td> </tr> <tr> <td></td> <td></td> </tr> <tr> <td colspan="2"> <input type="checkbox"/> Geschäfts- oder Dienstadresse      <input type="checkbox"/> Wohnadresse  (Hinweis: Angaben zur Wohnadresse sind nur erforderlich, wenn keine andere Adresse benannt wird. Die Wohnadresse wird in keinem Fall veröffentlicht.) </td> </tr> <tr> <td>Straße, Hausnummer</td> <td></td> </tr> <tr> <td>Postleitzahl, Ort</td> <td></td> </tr> </table>	Name	Vorname			<input type="checkbox"/> Geschäfts- oder Dienstadresse <input type="checkbox"/> Wohnadresse (Hinweis: Angaben zur Wohnadresse sind nur erforderlich, wenn keine andere Adresse benannt wird. Die Wohnadresse wird in keinem Fall veröffentlicht.)		Straße, Hausnummer		Postleitzahl, Ort	
Name	Vorname										
<input type="checkbox"/> Geschäfts- oder Dienstadresse <input type="checkbox"/> Wohnadresse (Hinweis: Angaben zur Wohnadresse sind nur erforderlich, wenn keine andere Adresse benannt wird. Die Wohnadresse wird in keinem Fall veröffentlicht.)											
Straße, Hausnummer											
Postleitzahl, Ort											

3.	Was ist der Schwerpunkt Ihrer inhaltlichen oder beruflichen Tätigkeit? (§ 5 Abs. 1 Nr. 3 ThürBetellG)	
	<i>Interessenvertretung der Akut- und Reha-Kliniken in privater Trägerschaft in Thüringen</i>	
4.	Haben Sie in Ihrem schriftlichen Beitrag die entworfenen Regelungen insgesamt eher	
	<input checked="" type="checkbox"/> befürwortet, <input type="checkbox"/> abgelehnt, <input type="checkbox"/> ergänzungs- bzw. änderungsbedürftig eingeschätzt?	
	Bitte fassen Sie kurz die wesentlichen Inhalte (Kernaussage) Ihres schriftlichen Beitrages zum Gesetzgebungsverfahren zusammen! (§ 5 Abs. 1 Nr. 4 ThürBetellG)	
	<i>Befürwortung der Forderungslösung ADEN: Kein Einsatz in Rettungssanitätsstellen assistieren als Transportfahrer oder auf Rettungs- oder Transport- Hubhelikoptern</i>	
5.	Wurden Sie vom Landtag gebeten, einen schriftlichen Beitrag zum Gesetzgebungsvorhaben einzureichen? (§ 5 Abs. 1 Nr. 5 ThürBetellG)	
	<input checked="" type="checkbox"/> ja (Hinweis: weiter mit Frage 6)	<input type="checkbox"/> nein
	Wenn Sie die Frage 5 verneint haben: Aus welchem Anlass haben Sie sich geäußert?	
	In welcher Form haben Sie sich geäußert?	
	<input type="checkbox"/> per E-Mail <input checked="" type="checkbox"/> per Brief	
6.	Haben Sie sich als Anwaltskanzlei im Auftrag eines Auftraggebers mit schriftlichen Beiträgen am Gesetzgebungsverfahren beteiligt? (§ 5 Abs. 1 Nr. 6 ThürBetellG)	
	<input type="checkbox"/> ja	<input checked="" type="checkbox"/> nein (weiter mit Frage 7)
	Wenn Sie die Frage 6 bejaht haben: Bitte benennen Sie Ihren Auftraggeber!	

7.	Stimmen Sie einer Veröffentlichung Ihres schriftlichen Beitrages in der Beteiligientransparenzdokumentation zu? (§ 5 Abs. 1 Satz 2 ThürBeteilldokG)	
	<input checked="" type="checkbox"/> ja	<input type="checkbox"/> nein

Mit meiner Unterschrift versichere ich die Richtigkeit und Vollständigkeit der Angaben. Änderungen in den mitgeteilten Daten werde ich unverzüglich und unaufgefordert bis zum Abschluss des Gesetzgebungsverfahrens mitteilen.

Ort, Datum	Unterschrift
Hildburghausen, 29.08.2022	

Das Dokument wurde zum Zweck der Veröffentlichung in der BTD bearbeitet.



Verband der Privatkliniken in Thüringen e.V.  
Thüringer Landtag  
Innen- und  
Kommunalausschuss  
Herrn Ministerialrat Stöffler  
Referatsleiter  
Jürgen-Fuchs-Straße 1  
99096 Erfurt

Telefon: 03685/ 776 800  
Telefax: 03685/ 776 940  
E-Mail: [gf@vpkt.de](mailto:gf@vpkt.de)  
Internet: [www.vpkt.de](http://www.vpkt.de)

THÜR. LANDTAG POST  
29.08.2022 09:57

21369/22

28. August 2022

### Gesetz zur Änderung des Thüringer Rettungsdienstgesetzes

Gesetzentwurf der Fraktionen DIE LINKE, der SPD und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN  
- Drucksache 7/5376 -

Anhörungsverfahren gemäß § 79 der Geschäftsordnung des Thüringer Landtags

Den Mitgliedern des

Sehr geehrter Herr Ministerialrat Stöffler,  
sehr geehrte Damen und Herren,

..... *InnVA* .....

wir bedanken uns für die Möglichkeit, zu dem im Betreff genannten Gesetzentwurf der Fraktionen DIE LINKE, der SPD und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN im Thüringer Landtag Stellung nehmen zu können. Dem kommen wir im Folgenden gern nach und beantworten die Fragestellungen des Innen- und Kommunalausschusses des Thüringer Landtags zum Gesetzentwurf in Drucksache 7/5376 wie folgt:

#### Zu Anlage 3, Frage 1.

Ja, wir halten es für zwingend erforderlich, dass als Transportführende der in der Notfallrettung eingesetzten Rettungstransportwagen (RTW) künftig ausschließlich Beschäftigte mit dem Berufsbild „Notfallsanitäter“ eingesetzt werden.

Bei dieser Bewertung haben wir insbesondere berücksichtigt, dass das Team des RTW häufig zuerst am Einsatzort eintrifft und bereits ohne Anwesenheit eines Arztes schnell und kompetent Entscheidungen zur Versorgung des Patienten oder Unfallopfers treffen muss. Dieser Notwendigkeit hat der Gesetzgeber auf Bundesebene mit der Schaffung des Berufsbilds des Notfallsanitäters Rechnung getragen. Im Unterschied zu den Rettungsassistenten sind die Notfallsanitäter zur Bewältigung solcher Herausforderungen ausgebildet. Es wäre verantwortungslos, auch in Zukunft noch einen RTW mit einem Transportführer ohne die notwendige Qualifikation zum Einsatzort zu schicken.

Seiten 1 von 2

### **Zu Anlage 3, Frage 2.**

Mit dem Inkrafttreten des Berufsbildes Notfallsanitäter hatte der Gesetzgeber mit der vorgesehenen Übergangsfrist bis zum 31.12.2022 einen bereits fast 10-jährigen Zeitraum für die notwendige Nachqualifizierung gewährt. An sich ist dieser großzügig bemessen und damit ausreichend. Wegen der auf Bundesebene vollzogenen Fristverlängerung bis zum 31.12.2023 halten wir es allerdings für gerechtfertigt, auch in Thüringen diesen Weg zu gehen, wobei wir bereits jetzt festhalten wollen, dass wir eine darüberhinausgehende nochmalige Fristverlängerung – falls eine solche Diskussion aufkommen sollte – keinesfalls unterstützen würden.

### **Zu Anlage 3, Frage 3.**

Den Einsatz auf den verschiedenen Rettungsmitteln sowie in den Leitstellen sehen wir differenziert. Generell halten wir es für notwendig, dass die Transportführer – egal auf welchem Rettungsmittel – nach dem Ende der Übergangsfrist über die Qualifikation als Notfallsanitäter verfügen. Rettungsassistenten können unter der Weisungsbefugnis von Notfallsanitätern weiter als Fahrer auf bodengebundenen Rettungsmitteln tätig sein. Bei dem auf den Rettungstransporthubschraubern eingesetzten Personal sehen wir wegen der in der Regel bestehenden Schwere der Krankheit/Verletzung die Notwendigkeit, ausnahmslos Notfallsanitäter einzusetzen.

Gegen den weiteren Einsatz von Rettungsassistenten im Disponentenbereich von Rettungsleitstellen erheben wir keine Einwände, sofern die konkreten Personen an Qualifikationsmaßnahmen zum Erwerb der notwendigen zusätzlichen Ausbildungsinhalte, wie Telefonreanimation, Kommunikation oder auch Großschadenslagen erfolgreich teilgenommen haben.

### **Ergänzender Hinweis:**

Es ist uns bewusst, dass die Abdeckung mit rettungsdienstlichen Mitteln von der vorgeschlagenen Gesetzesänderung nicht berührt wird. Dennoch gestatten Sie uns bitte, den Blick der Abgeordneten Thüringer Landtags auch auf dieses Thema zu lenken. Dies begründet sich wie folgt: Die Besetzung der Rettungsmittel mit qualifiziertem Personal ist die eine notwendige Voraussetzung – sozusagen die eine Seite der Medaille – für eine qualitätsgerechte Versorgung der Bevölkerung auf dem Gebiet des Rettungswesens. Gleichmaßen wichtig sind die ausreichende Anzahl und Verfügbarkeit der Rettungsmittel – die andere Seite der Medaille.

Wir bitten den Landtag daher, sich dieser zweiten Seite ebenfalls intensiv zu widmen.

**Formblatt zur Datenerhebung**  
**nach § 5 Abs. 1 des Thüringer Beteiligtentransparenzdokumentationsgesetzes**

Jede natürliche oder juristische Person, die sich mit einem schriftlichen Beitrag an einem Gesetzgebungsverfahren beteiligt hat, ist nach dem Thüringer Beteiligtentransparenzdokumentationsgesetz (ThürBeteilDokG) verpflichtet, die nachfolgend erbetenen Angaben – soweit für sie zutreffend – zu machen.

Die Informationen der folgenden Felder 1 bis 6 werden in jedem Fall als verpflichtende Mindestinformationen gemäß § 5 Abs. 1 ThürBeteilDokG in der Beteiligtentransparenzdokumentation veröffentlicht. Ihr inhaltlicher Beitrag wird zusätzlich nur dann auf den Internetseiten des Thüringer Landtags veröffentlicht, wenn Sie Ihre Zustimmung hierzu erteilen.

*Bitte gut leserlich ausfüllen und zusammen mit der Stellungnahme senden!*

Zu welchem <b>Gesetzentwurf</b> haben Sie sich schriftlich geäußert (Titel des Gesetzentwurfs)?		
Gesetz zur Änderung des Thüringer Rettungsdienstgesetzes		
1.	Haben Sie sich als <b>Vertreter einer juristischen Person</b> geäußert, d. h. als Vertreter einer Vereinigung natürlicher Personen oder Sachen (z. B. Verein, GmbH, AG, eingetragene Genossenschaft oder öffentliche Anstalt, Körperschaft des öffentlichen Rechts, Stiftung des öffentlichen Rechts)? (§ 5 Abs. 1 Nr. 1, 2 ThürBeteilDokG; Hinweis: Wenn nein, dann weiter mit Frage 2. Wenn ja, dann weiter mit Frage 3.)	
	<div style="flex: 1;">Name</div> <div style="flex: 1;">Organisationsform</div>	
	<div style="flex: 1;">Arbeitsgemeinschaft der in Thüringen tätigen Notärzte e.V.</div> <div style="flex: 1;">eingetragener Verein (gemeinnützig)</div>	
	<div style="flex: 1;">Geschäfts- oder Dienstadresse</div> <div style="flex: 1;">Geschäftsadresse</div>	
	<div style="flex: 1;">Straße, Hausnummer (oder Postfach)</div> <div style="flex: 1;">Zum Hospitalgraben 8</div>	
	<div style="flex: 1;">Postleitzahl, Ort</div> <div style="flex: 1;">99425 Weimar</div>	
2.	Haben Sie sich als <b>natürliche Person</b> geäußert, d. h. als Privatperson? (§ 5 Abs. 1 Nr. 1, 2 ThürBeteilDokG)	
	<div style="flex: 1;">Name</div> <div style="flex: 1;">Vorname</div>	
	<div style="flex: 1;">Geschäfts- oder Dienstadresse</div> <div style="flex: 1;">Wohnadresse</div>	
	(Hinweis: Angaben zur Wohnadresse sind nur erforderlich, wenn keine andere Adresse benannt wird. Die Wohnadresse wird in keinem Fall veröffentlicht.)	
	<div style="flex: 1;">Straße, Hausnummer</div> <div style="flex: 1;"></div>	
	<div style="flex: 1;">Postleitzahl, Ort</div> <div style="flex: 1;"></div>	

3.	Was ist der <b>Schwerpunkt Ihrer inhaltlichen oder beruflichen Tätigkeit?</b> (§ 5 Abs. 1 Nr. 3 ThürBeteilldokG)	
	Förderung von Wissenschaft und Forschung, Bildung und Erziehung der im Notarzdienst tätigen Ärzte und deren medizinischen Helfer	
4.	Haben Sie in Ihrem schriftlichen Beitrag die entworfenen Regelungen insgesamt eher	
	<input checked="" type="checkbox"/> befürwortet, Frage 1 + 2 <input type="checkbox"/> abgelehnt, <input checked="" type="checkbox"/> ergänzungs- bzw. änderungsbedürftig eingeschätzt? Frage 3	
	<b>Bitte fassen Sie kurz die wesentlichen Inhalte (Kernaussage) Ihres schriftlichen Beitrages zum Gesetzgebungsverfahren zusammen!</b> (§ 5 Abs. 1 Nr. 4 ThürBeteilldokG)	
	Die AGTN e.V. begrüßt die Harmonisierung der Frist nach § 34 Abs. 3 Satz 1 Thüringer Rettungsdienstgesetz (ThürRettG) mit der bundesrechtlichen Nachqualifizierungsfrist in § 32 Abs. 2 des Notfallsanitätergesetzes. Damit wird eine Verlängerung des landesgesetzlichen Einsatzstichtags von Rettungsassistenten bis zum 31. Dezember 2023 erreicht. Auf der Bundesebene wird das Ziel verfolgt, die Notfallmedizinische Versorgung von Notfallpatienten in Deutschland zu verbessern. Ab dem 01.01.2024 sind nach unserer fachlichen Beurteilung die Rettungsassistenten als Fahrer der Rettungstransportwagen und als Transportführer der Krankentransportwagen einzusetzen. Der Einsatz der Rettungsassistenten als Fahrer der Notarzteinsetzfahrzeuge oder im Disponentenbereich der Leitstellen sowie auf Rettungstransporthubschraubern widerspricht dem Ziel einer landesweiten einheitlichen Qualitätserhöhung in der präklinischen Versorgung der Notfallpatienten.	
5.	Wurden Sie vom Landtag gebeten, einen schriftlichen Beitrag zum Gesetzgebungsvorhaben einzureichen? (§ 5 Abs. 1 Nr. 5 ThürBeteilldokG)	
	<input checked="" type="checkbox"/> ja (Hinweis: weiter mit Frage 6) <input type="checkbox"/> nein	
	Wenn Sie die Frage 5 verneint haben: Aus welchem <b>Anlass</b> haben Sie sich geäußert?	
	In welcher <b>Form</b> haben Sie sich geäußert?	
	<input checked="" type="checkbox"/> per E-Mail <input checked="" type="checkbox"/> per Brief	
6.	<b>Haben Sie sich als Anwaltskanzlei im Auftrag eines Auftraggebers mit schriftlichen Beiträgen am Gesetzgebungsverfahren beteiligt?</b> (§ 5 Abs. 1 Nr. 6 ThürBeteilldokG)	
	<input type="checkbox"/> ja <input checked="" type="checkbox"/> nein (weiter mit Frage 7)	
	Wenn Sie die Frage 6 bejaht haben: Bitte benennen Sie Ihren <b>Auftraggeber!</b>	

7.	<b>Stimmen Sie einer Veröffentlichung Ihres schriftlichen Beitrages in der Beteiligtentransparenzdokumentation zu?</b> (§ 5 Abs. 1 Satz 2 ThürBeteilDG)	
	<input checked="" type="checkbox"/> ja	<input type="checkbox"/> nein

Mit meiner Unterschrift versichere ich die **Richtigkeit und Vollständigkeit der Angaben**. Änderungen in den mitgeteilten Daten werde ich unverzüglich und unaufgefordert bis zum Abschluss des Gesetzgebungsverfahrens mitteilen.

Ort, Datum	Unterschrift
Weimar, 28.08.2022	

**Arbeitsgemeinschaft der in Thüringen tätigen Notärzte (agtn e.V.)**  
(Vorstand)

Geschäftsstelle agtn e.V. • Zum Hospitalgraben 8 • 99425 Weimar

Thüringer Landtag  
Innen- und Kommunalausschuss  
Jürgen-Fuchs-Straße 1  
99096 Erfurt

THÜR. LANDTAG POST  
01.09.2022 07:14

21663/22



Datum: 28.08.2022

**Gesetz zur Änderung des Thüringer Rettungsdienstgesetzes**  
Gesetzentwurf der Fraktionen DIE LINKE, der SPD und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN  
- Drucksache 7/5376 -

hier: Stellungnahme im Anhörungsverfahren gemäß § 79 der Geschäftsordnung des  
Thüringer Landtags

Vorstand

Vorstandsvorsitzender

sehr geehrte Mitglieder des Innen- und Kommunalausschusses,

wir möchten als **Arbeitsgemeinschaft der in Thüringen tätigen Notärzte** (AGTN e. V.) die Gelegenheit nutzen, uns im Rahmen der Anhörung zum Gesetzentwurf zur Änderung des Thüringer Rettungsdienstgesetzes der Fraktionen DIE LINKE, der SPD und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN - Drucksache 7/5376 - zu äußern.

Aus Gründen der besseren Lesbarkeit wird auf die gleichzeitige Verwendung der Sprachformen männlich, weiblich und divers (m/w/d) verzichtet. Sämtliche Personenbezeichnungen gelten gleichermaßen für alle Geschlechter.

Der Verlängerung der Befristung des Einsatzes von Rettungsassistenten als Transportführende auf Rettungstransportwagen der Notfallrettung, als Fahrer der NEF, auf Rettungstransporthubschraubern sowie im Disponentenbereich der Leitstellen wird fachlich zugestimmt. Die Verlängerung bietet den Mitarbeitenden ein weiteres Jahr Zeit, sich zu Notfallsanitätern zu qualifizieren.

Damit wird der Harmonisierung des § 34 Abs. 3 Satz 1 ThürRettG mit der bundesrechtlichen Nachqualifizierungsfrist in § 32 Abs. 2 des Notfallsanitättergesetzes, bis zum 31. Dezember 2023 Rechnung getragen.

Aus Sicht des Vorstandes der AGTN e.V. ist es sinnvoll, die Frist nach § 34 Abs. 3 Satz 1 ThürRettG bis zum 31.12.2023 zu verlängern.

Email:

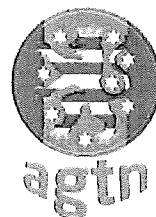
Internet:  
<http://www.agtn.de>

Geschäftsstelle  
c/o Vorstand agtn e.V.  
Zum Hospitalgraben 8  
99425 Weimar

Arbeitsgemeinschaft der in Thüringen tätigen Notärzte (agtn e.V.)  
(Vorstand)

Nachfolgend nehmen wir Bezug auf die in Anlage 3 beigefügten Fragestellungen des Innen- und Kommunalausschusses zum Gesetzentwurf in Drucksache 7/5376.

1. Halten Sie es für fachlich begründet und notwendig, dass als Transportführende der in der Notfallrettung eingesetzten Rettungstransportwagen künftig ausschließlich Beschäftigte mit dem Berufsbild „Notfallsanitäter“ eingesetzt werden, um eine landesweite Qualitätssteigerung und ein einheitliches Versorgungsniveau zu erreichen?



**Antwort:** Zustimmung

**Begründung:**

Mit dem Einsatz von Notfallsanitätern als Transportführer im Rettungsdienst haben wesentliche strukturelle Veränderungen im Rettungsdienst der Bundesrepublik begonnen. Mit der eigenständigen Durchführung von heilkundlichen Maßnahmen sowie dem eigenverantwortlichen Durchführen auch invasiver medizinischer Maßnahmen – jeweils unter bestimmten definierten Bedingungen – erleben wir einen Qualitätssprung in der präklinischen Versorgung von Notfallpatienten. Vor diesem Hintergrund wurden beispielsweise die Voraussetzungen dafür geschaffen, dass die medikamentöse – auch intravenöse – Behandlung akuter Schmerzen im Rettungsdienst im Rahmen von nicht vital bedrohlichen Krankheitsbildern nicht mehr ausschließlich an die Anwesenheit eines Notarztes gebunden ist. In Fällen in denen keine zeitgerechte notärztliche Versorgung möglich ist, kann durch die Maßnahmen der Notfallsanitäter das therapiefreien Intervalls bis zum Eintreffen des Notarztes verkürzt werden. Das ist lebensrettend und kann schwere Gesundheitsschäden abwehren. Die AGTN e.V. ist Herausgeber der Verfahrensanweisungen für den Thüringer Rettungsdienst mit 52 Handlungsempfehlungen (Algorithmen) für die Notfallsanitäter und setzt sich für die Anpassung des Notarztindikationskatalogs an die Kompetenz der Notfallsanitäter ein. Mit dem Berufsbild „Notfallsanitäter“ wurde eine wesentliche Voraussetzung für die Implementierung von telemedizinischen Unterstützungssystemen (Telenotarzt) geschaffen. Die Voraussetzungen für die Delegation ärztlicher Leitungen von einem Telenotarzt auf nichtärztliches Personal sind streng. Um das Haftungsrisiko zu minimieren, unterliegen die Notfallsanitäter einem strengen Prozess der jährlichen Überprüfung und Zertifizierung. Der Telenotarzt darf darauf vertrauen, dass der Notfallsanitäter die jeweiligen Maßnahmen durchführen kann.



Arbeitsgemeinschaft der in Thüringen tätigen Notärzte (agtn e.V.)  
(Vorstand)

2. *Ist aus Ihrer Sicht die dazu im Gesetzentwurf vorgeschlagene Anpassung zur Frist der Nachqualifizierung von Rettungsassistenten hin zu Notfallsanitätern vom bisherigen Datum 31.12.2022 zum 31.12.2023 ein geeigneter Weg, um jenen Menschen, die noch nicht von der Möglichkeit der Nachqualifizierung Gebrauch gemacht haben, eine weitere Chance zu eröffnen, Planungssicherheit zu schaffen und Träger im Rettungsdienst zu entlasten?*

**Antwort:** Zustimmung

**Begründung:**

Das Thüringer Ministeriums für Inneres und Kommunales (TMIK) berichtete zum Zwecke der Evaluierung der Stichtagsregelung in § 34 Abs. 3 Satz 1 Thüringer Rettungsdienstgesetz (ThürRettG) dem Innen- und Kommunalausschuss des Thüringer Landtags im Jahr 2021 über den Stand der Ausbildung von Notfallsanitätern in Thüringen und der Nachqualifizierung von Rettungsassistenten zu Notfallsanitätern. Bis Ende 2020 waren bei der LAG in Thüringen 215,5 Rettungsassistenten ohne Nachqualifizierung beschäftigt. Nach Ansicht des TMIK, der Arbeitsgruppe Rettungsdienst beim Thüringischen Landkreistag und der LAG Thüringen werden unter Berücksichtigung des Soll-/Ist-Vergleichs und der geringen Fluktuation aller Voraussicht nach in Thüringen genügend Notfallsanitäter zur Verfügung stehen, um bis zum Stichtag 31.12.2022 den landesweiten Bedarf an Notfallsanitätern decken und somit die gesetzlichen (Mindest-) Besetzungsregelungen durch die Aufgabenträger erfüllen zu können. Eine Verlängerung der Nachqualifizierungsfrist um ein Jahr dient in erster Linie einer Harmonisierung des ThürRettG mit dem Notfallsanitätergesetz. Ein deutliches Abschmelzen der Rettungsassistenten ohne Nachqualifizierung hin zum Berufsbild „Notfallsanitäter“ ist auch bei weiteren Fristverlängerungen nicht erwartbar. Der Anteil der über 50jährigen Rettungsassistenten ohne Nachqualifizierung lag zum Zeitpunkt des Berichts bei zwei Drittel.

3. *Wie bewerten Sie die Fokussierung dieser Frist im Gesetzentwurf auf die Transportführer der in der Notfallrettung eingesetzten Rettungstransportwagen, wodurch ab dem 01.01.2024 Rettungsassistenten weiter als Fahrer der Rettungstransportwagen oder der Notarzteinsetzfahrzeuge, als Transportführer der Krankentransportwagen und auf den Rettungstransporthubschraubern sowie im Disponentenbereich in den Leitstellen.*

**Antwort:** Keine Zustimmung

**Begründung:**

Die Fokussierung der Nachqualifizierungsfrist für Rettungsassistenten im Gesetzentwurf auf die Transportführer der in der Notfallrettung eingesetzten Rettungstransportwagen entspricht nicht dem Qualitätsanspruch den wir für einen modernen Rettungsdienst in Thüringen erwarten. Ab dem 01.01.2024 dürfen Rettungsassistenten weiter als Fahrer der Rettungstransportwagen oder als Transportführer der Krankentransportwagen eingesetzt werden. Der Einsatz von Rettungsassistenten nach dem Stichtag als Fahrer der Notarzteinsetzfahrzeuge, auf





Arbeitsgemeinschaft der in Thüringen tätigen Notärzte (agtn e.V.)  
(Vorstand)

den Rettungstransporthubschraubern oder im Disponentenbereich in den Leitstellen widerspricht dem Ziel der landesweiten Qualitätserhöhung im Rettungsdienst.

Eine Schlüsselfunktion bei der Disposition von Rettungsmittel (oder auch bei der Zuordnung eines „Telenotarztes“) spielt die Leitstelle, die anhand der eingehenden Notrufe über die Entsendung geeigneter Rettungsmittel entscheiden muss. Zukünftig werden die Leitstellen ihre Disposition nicht mehr (nur) anhand einzelner Stichworte, sondern im Verlauf einer strukturierten Notrufabfrage treffen. Für die Einschätzung des Lagebilds, Entscheidung für die Anleitung von Erste-Hilfe- und Sicherheitsanweisungen, die Telefon-Reanimation, die Implementierung des Telenotarztes und Kenntnisse der Kompetenzen von Notfallsanitätern stellt das Berufsbild „Notfallsanitäter“ die Arbeit im Disponentenbereich der Leitstellen auf eine professionelle Basis.

Als Fahrer der Notarzteinsatzfahrzeuge oder als TC- HEMS (Technical Crew Member- Helicopter Emergency Medical Services) von Rettungshubschraubern verfügen Notfallsanitäter über Kenntnisse der spezifischen Ausrüstung (Betäubungsmittel, mechanisches Reanimationsgerät, Videolaryngoskop), die nur auf notarztbesetzten Rettungsmitteln vorgehalten wird. Bei Großschadensereignissen übernehmen die Fahrer der Notarzteinsatzfahrzeuge oder die TC- HEMS der Rettungshubschrauber bis zum Eintreffen der medizinischen Einsatzleitung wesentliche Führungsaufgaben.

Für Rückfragen stehen wir Ihnen gern zur Verfügung.

Mit freundlichen Grüßen



**Formblatt zur Datenerhebung**  
**nach § 5 Abs. 1 des Thüringer Betelligtentransparenz dokumentationsgesetzes**

Jede natürliche oder juristische Person, die sich mit einem schriftlichen Beitrag an einem Gesetzgebungsverfahren beteiligt hat, ist nach dem Thüringer Betelligtentransparenz dokumentationsgesetz (ThürBetell dokG) verpflichtet, die nachfolgend erbetenen Angaben – soweit für sie zutreffend – zu machen.

Die Informationen der folgenden Felder 1 bis 6 werden in jedem Fall als verpflichtende Mindestinformationen gemäß § 5 Abs. 1 ThürBetell dokG in der Betelligtentransparenz dokumentation veröffentlicht. Ihr inhaltlicher Beitrag wird zusätzlich nur dann auf den Internetseiten des Thüringer Landtags veröffentlicht, wenn Sie Ihre Zustimmung hierzu erteilen.

*Bitte gut leserlich ausfüllen und zusammen mit der Stellungnahme senden!*

Zu welchem <b>Gesetzentwurf</b> haben Sie sich schriftlich geäußert (Titel des Gesetzentwurfs)?											
<b>Gesetz zur Änderung des Thüringer Rettungsdienstgesetzes</b> Gesetzentwurf der Fraktionen DIE LINKE, der SPD und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN - Drucksache 7/5376 -											
<b>1.</b>	Haben Sie sich als <b>juristische Person</b> geäußert, d. h. als Vertreter einer Vereinigung natürlicher Personen oder Sachen (z. B. Verein, GmbH, AG, eingetragene Genossenschaft oder öffentliche Anstalt, Körperschaft des öffentlichen Rechts, Stiftung des öffentlichen Rechts)? <small>(§ 5 Abs. 1 Nr. 1, 2 ThürBetell dokG; Hinweis: Wenn nein, dann weiter mit Frage 2. Wenn ja, dann weiter mit Frage 3.)</small>										
	<table style="width: 100%; border-collapse: collapse;"> <tr> <td style="width: 50%; border-bottom: 1px solid black; padding: 2px;">Name</td> <td style="width: 50%; border-bottom: 1px solid black; padding: 2px;">Organisationsform</td> </tr> <tr> <td style="border-bottom: 1px solid black; padding: 2px;">Bundesvereinigung der Arbeitsgemeinschaften Notärzte Deutschlands (BAND) e.V.</td> <td style="border-bottom: 1px solid black; padding: 2px;">eingetragener Verein</td> </tr> <tr> <td style="border-bottom: 1px solid black; padding: 2px;">Geschäfts- oder Dienstadresse</td> <td style="border-bottom: 1px solid black; padding: 2px;"></td> </tr> <tr> <td style="border-bottom: 1px solid black; padding: 2px;">Straße, Hausnummer (oder Postfach)</td> <td style="border-bottom: 1px solid black; padding: 2px;">Axel-Springer-Straße 52</td> </tr> <tr> <td style="border-bottom: 1px solid black; padding: 2px;">Postleitzahl, Ort</td> <td style="border-bottom: 1px solid black; padding: 2px;">10969 Berlin</td> </tr> </table>	Name	Organisationsform	Bundesvereinigung der Arbeitsgemeinschaften Notärzte Deutschlands (BAND) e.V.	eingetragener Verein	Geschäfts- oder Dienstadresse		Straße, Hausnummer (oder Postfach)	Axel-Springer-Straße 52	Postleitzahl, Ort	10969 Berlin
	Name	Organisationsform									
	Bundesvereinigung der Arbeitsgemeinschaften Notärzte Deutschlands (BAND) e.V.	eingetragener Verein									
	Geschäfts- oder Dienstadresse										
	Straße, Hausnummer (oder Postfach)	Axel-Springer-Straße 52									
Postleitzahl, Ort	10969 Berlin										
<b>2.</b>	Haben Sie sich als <b>natürliche Person</b> geäußert, d. h. als Privatperson? <small>(§ 5 Abs. 1 Nr. 1, 2 ThürBetell dokG)</small>										
	<table style="width: 100%; border-collapse: collapse;"> <tr> <td style="width: 50%; border-bottom: 1px solid black; padding: 2px;">Name</td> <td style="width: 50%; border-bottom: 1px solid black; padding: 2px;">Vorname</td> </tr> <tr> <td style="border-bottom: 1px solid black; padding: 2px;"></td> <td style="border-bottom: 1px solid black; padding: 2px;"></td> </tr> <tr> <td colspan="2" style="padding: 2px;"> <input type="checkbox"/> Geschäfts- oder Dienstadresse      <input type="checkbox"/> Wohnadresse  <small>(Hinweis: Angaben zur Wohnadresse sind nur erforderlich, wenn keine andere Adresse benannt wird. Die Wohnadresse wird in keinem Fall veröffentlicht.)</small> </td> </tr> <tr> <td style="border-bottom: 1px solid black; padding: 2px;">Straße, Hausnummer</td> <td style="border-bottom: 1px solid black; padding: 2px;"></td> </tr> <tr> <td style="border-bottom: 1px solid black; padding: 2px;">Postleitzahl, Ort</td> <td style="border-bottom: 1px solid black; padding: 2px;"></td> </tr> </table>	Name	Vorname			<input type="checkbox"/> Geschäfts- oder Dienstadresse <input type="checkbox"/> Wohnadresse <small>(Hinweis: Angaben zur Wohnadresse sind nur erforderlich, wenn keine andere Adresse benannt wird. Die Wohnadresse wird in keinem Fall veröffentlicht.)</small>		Straße, Hausnummer		Postleitzahl, Ort	
	Name	Vorname									
	<input type="checkbox"/> Geschäfts- oder Dienstadresse <input type="checkbox"/> Wohnadresse <small>(Hinweis: Angaben zur Wohnadresse sind nur erforderlich, wenn keine andere Adresse benannt wird. Die Wohnadresse wird in keinem Fall veröffentlicht.)</small>										
	Straße, Hausnummer										
Postleitzahl, Ort											

3.	Was ist der <b>Schwerpunkt Ihrer inhaltlichen oder beruflichen Tätigkeit?</b> (§ 5 Abs. 1 Nr. 3 ThürBeteilldokG)	
	Vertretung der überregionalen Interessen und Koordinierung der Aktivitäten der Notarzarbeitsgemeinschaften für eine kontinuierliche Verbesserung der notfallmedizinischen Versorgung der Bevölkerung.	
4.	Haben Sie in Ihrem schriftlichen Beitrag die entworfenen Regelungen insgesamt eher	
	<input checked="" type="checkbox"/> befürwortet, <input type="checkbox"/> abgelehnt, <input type="checkbox"/> ergänzungs- bzw. änderungsbedürftig eingeschätzt?	
	<b>Bitte fassen Sie kurz die wesentlichen Inhalte (Kernaussage) Ihres schriftlichen Beitrages zum Gesetzgebungsverfahren zusammen!</b> (§ 5 Abs. 1 Nr. 4 ThürBeteilldokG)	
	Wir halten es für sinnvoll, die Funktion des Transportführers auf RTW mit Notfall-sanitäter:innen zu besetzen und auf arztbesetzten Rettungsmitteln sowie in der Einsatzleitstelle weiterhin Rettungsassistent:innen einzusetzen. Die Verlängerung der Übergangsfrist, um die Weiterqualifizierung zum NotSan zu machen, halten wir ebenfalls für sinnvoll. Insgesamt stimmen wir dem vorgelegten Gesetzentwurf zu.	
5.	Wurden Sie vom Landtag gebeten, einen schriftlichen Beitrag zum Gesetzgebungsvorhaben einzureichen? (§ 5 Abs. 1 Nr. 5 ThürBeteilldokG)	
	<input checked="" type="checkbox"/> Ja (Hinweis: weiter mit Frage 6) <input type="checkbox"/> nein	
	Wenn Sie die Frage 5 verneint haben: Aus welchem Anlass haben Sie sich geäußert?	
	In welcher Form haben Sie sich geäußert?	
	<input checked="" type="checkbox"/> per E-Mail <input type="checkbox"/> per Brief	
6.	Haben Sie sich als <b>Anwaltskanzlei im Auftrag</b> eines Auftraggebers mit schriftlichen Beiträgen am Gesetzgebungsverfahren beteiligt? (§ 5 Abs. 1 Nr. 6 ThürBeteilldokG)	
	<input type="checkbox"/> Ja <input checked="" type="checkbox"/> nein (weiter mit Frage 7)	
	Wenn Sie die Frage 6 bejaht haben: Bitte benennen Sie Ihren Auftraggeber!	

7.	<b>Stimmen Sie einer Veröffentlichung Ihres schriftlichen Beitrages in der Beteiligientransparenzdokumentation zu?</b> (§ 5 Abs. 1 Satz 2 ThürBeteilldokG)	
	<input checked="" type="checkbox"/> ja	<input type="checkbox"/> nein

Mit meiner Unterschrift versichere ich die **Richtigkeit und Vollständigkeit der Angaben**. Änderungen in den mitgeteilten Daten werde ich unverzüglich und unaufgefordert bis zum Abschluss des Gesetzgebungsverfahrens mitteilen.

Ort, Datum	Unterschrift
Berlin, 31.08.2022	

X

BAND e.V. | Axel-Springer-Straße 52 | 10969 Berlin

Thüringer Landtag  
Innen- und Kommunalausschuss  
Jürgen-Fuchs-Straße 1  
99096 Erfurt

Per Email: [poststelle@thueringer-landtag.de](mailto:poststelle@thueringer-landtag.de)

Vorsitzender

Bundesvereinigung der  
Arbeitsgemeinschaften Notärzte  
Deutschlands (BAND) e.V.

Axel-Springer-Straße 52  
10969 Berlin

Tel.: (0 30) 25 89 99 86  
Fax: (0 30) 89 04 91 51

Ihr Zeichen:

Unser Zeichen:

Datum:  
31.08.2022

**Statement der BAND zum Gesetzentwurf zur Änderung des Thüringer  
Rettungsdienstgesetzes, Drs. 7/5376**

Sehr geehrter Herr

Sehr geehrte Damen und Herren,

wir bedanken uns herzlich für die Möglichkeit, zu der o.g. Gesetzesänderung angehört zu werden und senden Ihnen in der Anlage unser diesbezügliches Statement sowie das Formblatt zur Datenerhebung nach § 5 Abs. 1 des Thüringer Beteiligungstransparenz dokumentationsgesetzes zu.

Mit freundlichen Grüßen

Vorsitzender der BAND e.V.

Thüringer Landtag  
**Z u s c h r i f t**  
7/2112

zu Drs. 7/5376

Vorsitzender;  
I

Schatzmeisterin;

Stellvertretende Vorsitzende;  
Schriftführer

## Gesetz zur Änderung des Thüringer Rettungsdienstgesetzes

### BAND-Statement im Rahmen des Anhörungsverfahrens zur Drucksache 7/5376

Die BAND e.V. bedankt sich für die Möglichkeit, in der o.g. Angelegenheit angehört zu werden und beteiligt sich mit dem folgenden Beitrag an der Anhörung.

1. *Halten sie es für fachlich begründet und notwendig, dass als Transportführende der in der Notfallrettung eingesetzten Rettungstransportwagen künftig ausschließlich Beschäftigte mit dem Berufsbild „Notfallsanitäter“ eingesetzt werden, um eine landesweite Qualitätssteigerung und ein einheitliches Versorgungsniveau zu erreichen?*

Mit Blick auf die im Notfallsanitätergesetz genannten, auch heilkundlichen Maßnahmen, die Notfallsanitäterinnen und Notfallsanitäter (NotSan) erlernen und beherrschen sollen, halten wir es für fachlich begründet und notwendig, dass es angestrebt wird, als Transportführer künftig ausschließlich Beschäftigte mit dem Berufsbild „Notfallsanitäter“ einzusetzen. NotSan sollen sehr viel stärker als Rettungsassistentinnen und Rettungsassistenten (RettAss) bestimmte Krankheitsbilder im Wege der Vorabdelegation eigenständig und dort, wo eine ärztliche Behandlung noch nicht möglich ist, auch eigenverantwortlich behandeln. Hierfür ist zum einen die verlängerte und sehr viel strukturiertere Ausbildung der NotSan erforderlich, zum anderen ist regelmäßige Schulung und Kompetenzüberprüfung wichtig. Um den Besatzungen von Rettungstransportwagen (RTW) ein einheitliches Vorgehen und den Leitstellen eine einfachere Disposition zu ermöglichen, sollte bei der Besetzung der RTW ein einheitliches, hohes Qualifikationsniveau angestrebt werden.

2. *Ist aus Ihrer Sicht die dazu im Gesetzentwurf vorgeschlagene Anpassung zur Frist der Nachqualifizierung von Rettungsassistentinnen und Rettungsassistenten hin zu Notfallsanitäterinnen und Notfallsanitätern vom bisherigen Datum 31. Dezember 2022 zum 31. Dezember 2023 ein geeigneter Weg, um jenen Menschen, die noch nicht von der Möglichkeit der Nachqualifizierung Gebrauch gemacht haben, eine weitere Chance zu eröffnen, Planungssicherheit zu schaffen und Trägerinnen und Träger im Rettungswesen zu entlasten?*

Ja, wir halten die Anpassung der Frist für sinnvoll.

3. *Wie bewerten Sie die Fokussierung dieser Frist im Gesetzentwurf auf die Transportführer der in der Notfallrettung eingesetzten Rettungstransportwagen, wodurch ab dem 1. Januar 2024 Rettungsassistentinnen und Rettungsassistenten weiter als Fahrerinnen und Fahrer der Rettungstransportwagen oder der Notarzteinsetzungsfahrzeuge, als Transportführerinnen oder Transportführer der Krankentransportwagen und auf den Rettungstransporthubschraubern sowie im Disponentenbereich in den Leitstellen beschäftigt werden könnten, sollte der Landtag diese Regelung beschließen?*

Überall dort, wo Rettungsfachpersonal eigenständig oder gar eigenverantwortlich auch komplexe, teils heilkundliche Maßnahmen bei Patientinnen und Patienten anwenden können soll, die von akuter vitaler Gefährdung oder schweren Folgeschäden bedroht sind, halten wir es für unbedingt erforderlich, die bestmögliche Qualifizierung der verantwortlichen Transportführerinnen und Transportführer sicherzustellen. Demzufolge sind auf RTW nur NotSan als Transportführende sinnvoll und zeitgemäß. Dabei geht es in gleicher Weise um die Patientensicherheit wie um den Schutz der behandelnden Mitarbeitenden. Zur Sicherstellung der Funktionsfähigkeit des Rettungsdienstes gerade in den aktuellen Zeiten zunehmender Ressourcenknappheit halten wir daher die Steigerung

der Ausbildungskapazitäten für NotSan für ebenso wichtig wie deren bewussten Einsatz sowohl die planerische Besetzung der Rettungsmittel als auch deren zielgerichtete Disposition betreffend für geboten. Überall dort, wo Rettungsfachpersonal nicht unmittelbar in der verantwortlichen Funktion des Transportführenden eingesetzt wird, halten wir den Einsatz von RettAss auch nach dem 1. Januar 2024 für statthaft. Mitarbeitende, die heute als RettAss tätig sind, verfügen über eine mehrjährige Einsatzerfahrung und umfangreiches Wissen und sind dadurch in der Funktion des Teammitglieds eine wichtige Unterstützung auf arztbesetzten Rettungsmitteln. Hier halten wir den weiteren Einsatz von RettAss im Sinne der Patientensicherheit und supportiver Teamarbeit für wesentlich zielführender als eine grundsätzliche Absenkung des Qualifikationsniveaus auf Rettungssanitäterinnen und Rettungssanitäter, da diese durch ihre kurze, nicht bundeseinheitliche Ausbildung die Funktion des Teammitglieds auf dem arztbesetzten Rettungsmittel auf die eines Fahrers reduzieren, was weit ab der Einsatzrealität und der sich daraus ergebenden Notwendigkeit ist. Die Berufserfahrung der RettAss ist unseres Erachtens auch für die Tätigkeit im Disponentenbereich in den Leitstellen eine gebotene aber ausreichende Grundqualifikation.

Insgesamt können wir dem Landtag empfehlen, die im Gesetzentwurf vorgeschlagenen Änderungen zu beschließen.

Berlin im August 2022

Vorsitzender der BAND e.V.

#### Über die BAND e.V.

Die Bundesvereinigung der Arbeitsgemeinschaften der Notärzte Deutschlands (BAND) e.V. ist die Dachorganisation der 12 deutschen Notarztarbeitsgemeinschaften. Satzungsgemäß wahrt sie die überregionalen Interessen aller Mitgliedsarbeitsgemeinschaften als deren einheitliche berufspolitische Vertretung in der Notfallmedizin, koordiniert die Aktivitäten der Mitgliedsarbeitsgemeinschaften, wirkt auf eine kontinuierliche Verbesserung der notfallmedizinischen Versorgung der Bevölkerung und eine bundesweit einheitliche Qualifikation der Notärzte hin und leistet die zentrale Öffentlichkeitsarbeit in der Notfallmedizin für alle Mitgliedsarbeitsgemeinschaften. Insgesamt vertritt sie so die Interessen der rund 12.000 Notärztinnen und Notärzten, die Mitglieder in den Arbeitsgemeinschaften sind.

Weitere Informationen erhalten Sie im Internet unter [www.band-online.de](http://www.band-online.de).

**Formblatt zur Datenerhebung**  
**nach § 5 Abs. 1 des Thüringer Beteiligungstransparenz dokumentationsgesetzes**

Jede natürliche oder juristische Person, die sich mit einem schriftlichen Beitrag an einem Gesetzgebungsverfahren beteiligt hat, ist nach dem Thüringer Beteiligungstransparenz dokumentationsgesetz (ThürBeteilldokG) verpflichtet, die nachfolgend erbetenen Angaben – soweit für sie zutreffend – zu machen.

Die Informationen der folgenden Felder 1 bis 6 werden in jedem Fall als verpflichtende Mindestinformationen gemäß § 5 Abs. 1 ThürBeteilldokG in der Beteiligungstransparenz dokumentation veröffentlicht. Ihr inhaltlicher Beitrag wird zusätzlich nur dann auf den Internetseiten des Thüringer Landtags veröffentlicht, wenn Sie Ihre Zustimmung hierzu erteilen.

*Bitte gut leserlich ausfüllen und zusammen mit der Stellungnahme senden!*

Zu welchem <b>Gesetzentwurf</b> haben Sie sich schriftlich geäußert (Titel des Gesetzentwurfs)?											
<b>Gesetz zur Änderung des Thüringer Rettungsdienstgesetzes</b> Gesetzentwurf der Fraktionen DIE LINKE, der SPD und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN - Drucksache 7/5376 -											
<b>1.</b>	Haben Sie sich als <b>Vertreter einer juristischen Person</b> geäußert, d. h. als Vertreter einer Vereinigung natürlicher Personen oder Sachen (z. B. Verein, GmbH, AG, eingetragene Genossenschaft oder öffentliche Anstalt, Körperschaft des öffentlichen Rechts, Stiftung des öffentlichen Rechts)? (§ 5 Abs. 1 Nr. 1, 2 ThürBeteilldokG; Hinweis: Wenn nein, dann weiter mit Frage 2. Wenn ja, dann weiter mit Frage 3.)										
	<table style="width: 100%; border: none;"> <tr> <td style="width: 50%; border: none;">Name</td> <td style="width: 50%; border: none;">Organisationsform</td> </tr> <tr> <td style="border: none;"><i>Regiomed-Kliniken</i></td> <td style="border: none;"><i>GmbH</i></td> </tr> <tr> <td style="border: none;">Geschäfts- oder Dienstadresse</td> <td style="border: none;"></td> </tr> <tr> <td style="border: none;">Straße, Hausnummer (oder Postfach)</td> <td style="border: none;"><i>Gustav-Hirschfeld-Ring 3</i></td> </tr> <tr> <td style="border: none;">Postleitzahl, Ort</td> <td style="border: none;"><i>96450 Coburg</i></td> </tr> </table>	Name	Organisationsform	<i>Regiomed-Kliniken</i>	<i>GmbH</i>	Geschäfts- oder Dienstadresse		Straße, Hausnummer (oder Postfach)	<i>Gustav-Hirschfeld-Ring 3</i>	Postleitzahl, Ort	<i>96450 Coburg</i>
	Name	Organisationsform									
	<i>Regiomed-Kliniken</i>	<i>GmbH</i>									
	Geschäfts- oder Dienstadresse										
	Straße, Hausnummer (oder Postfach)	<i>Gustav-Hirschfeld-Ring 3</i>									
Postleitzahl, Ort	<i>96450 Coburg</i>										
<b>2.</b> Haben Sie sich als <b>natürliche Person</b> geäußert, d. h. als Privatperson? (§ 5 Abs. 1 Nr. 1, 2 ThürBeteilldokG)											
	<table style="width: 100%; border: none;"> <tr> <td style="width: 50%; border: none;">Name</td> <td style="width: 50%; border: none;">Vorname</td> </tr> <tr> <td style="border: none;"></td> <td style="border: none;"></td> </tr> <tr> <td colspan="2" style="border: none;"> <input type="checkbox"/> Geschäfts- oder Dienstadresse      <input type="checkbox"/> Wohnadresse            (Hinweis: Angaben zur Wohnadresse sind nur erforderlich, wenn keine andere Adresse benannt wird. Die Wohnadresse wird in keinem Fall veröffentlicht.)         </td> </tr> <tr> <td style="border: none;">Straße, Hausnummer</td> <td style="border: none;"></td> </tr> <tr> <td style="border: none;">Postleitzahl, Ort</td> <td style="border: none;"></td> </tr> </table>	Name	Vorname			<input type="checkbox"/> Geschäfts- oder Dienstadresse <input type="checkbox"/> Wohnadresse (Hinweis: Angaben zur Wohnadresse sind nur erforderlich, wenn keine andere Adresse benannt wird. Die Wohnadresse wird in keinem Fall veröffentlicht.)		Straße, Hausnummer		Postleitzahl, Ort	
	Name	Vorname									
	<input type="checkbox"/> Geschäfts- oder Dienstadresse <input type="checkbox"/> Wohnadresse (Hinweis: Angaben zur Wohnadresse sind nur erforderlich, wenn keine andere Adresse benannt wird. Die Wohnadresse wird in keinem Fall veröffentlicht.)										
	Straße, Hausnummer										
Postleitzahl, Ort											



3.	<b>Was ist der Schwerpunkt Ihrer inhaltlichen oder beruflichen Tätigkeit?</b> (§ 5 Abs. 1 Nr. 3 ThürBetellG)	
	<i>Gesundheitswesen: Führung von Krankenhäusern, Alten- und Pflegeheimen, MVZ und badengeb. Rettungsdienst</i>	
4.	<b>Haben Sie in Ihrem schriftlichen Beitrag die entworfenen Regelungen insgesamt eher</b>	
	<input checked="" type="checkbox"/> befürwortet, <input type="checkbox"/> abgelehnt, <input type="checkbox"/> ergänzungs- bzw. änderungsbedürftig eingeschätzt?	
	<b>Bitte fassen Sie kurz die wesentlichen Inhalte (Kernaussage) Ihres schriftlichen Beitrages zum Gesetzgebungsverfahren zusammen!</b> (§ 5 Abs. 1 Nr. 4 ThürBetellG)	
	<i>Die Gesetzesänderung wird befürwortet. Auf die Verbesserung der Qualität und den gleichzeitigen Arbeitskräftemangel wurde hingewiesen, um die finanzielle Sicherung wird gebeten.</i>	
5.	<b>Wurden Sie vom Landtag gebeten, einen schriftlichen Beitrag zum Gesetzgebungsvorhaben einzureichen?</b> (§ 5 Abs. 1 Nr. 5 ThürBetellG)	
	<input checked="" type="checkbox"/> ja (Hinweis: weiter mit Frage 6)	<input type="checkbox"/> nein
	<b>Wenn Sie die Frage 5 verneint haben: Aus welchem Anlass haben Sie sich geäußert?</b>	
	<b>In welcher Form haben Sie sich geäußert?</b>	
	<input type="checkbox"/> per E-Mail <input type="checkbox"/> per Brief	
6.	<b>Haben Sie sich als Anwaltskanzlei im Auftrag eines Auftraggebers mit schriftlichen Beiträgen am Gesetzgebungsverfahren beteiligt?</b> (§ 5 Abs. 1 Nr. 6 ThürBetellG)	
	<input type="checkbox"/> ja	<input checked="" type="checkbox"/> nein (weiter mit Frage 7)
	<b>Wenn Sie die Frage 6 bejaht haben: Bitte benennen Sie Ihren Auftraggeber!</b>	

7.	Stimmen Sie einer Veröffentlichung Ihres schriftlichen Beitrages in der Beteiligtransparenzdokumentation zu? (§ 5 Abs. 1 Satz 2 ThürBeteilldokG)	
	<input checked="" type="checkbox"/> ja	<input type="checkbox"/> nein

Mit meiner Unterschrift versichere ich die **Richtigkeit und Vollständigkeit der Angaben**. Änderungen in den mitgeteilten Daten werde ich unverzüglich und unaufgefordert bis zum Abschluss des Gesetzgebungsverfahrens mitteilen.

Ort, Datum
24. AUG. 2022

REGIOMED-KLINIKEN GmbH Zentralverwaltung Gustav-Hirschfeld-Ring 3 96450 Coburg

Thüringer Landtag  
Innen- und Kommunalausschuss  
Jürgen-Fuchs-Straße 1  
99096 Erfurt

THÜR. LANDTAG POST  
01.09.2022 16:12

21759/2022

Durchwahl

Unser Zeichen:

Coburg, 23.08.2022

## **Gesetz zur Änderung des Thüringer Rettungsdienstgesetzes, schriftliche Anhörung zur Drucksache 7/5376**

Sehr geehrte Damen und Herren,

die Einführung des Berufsbildes „Notfallsanitäter/ Notfallsanitäterin“, die 3jährige Ausbildung und die damit verbundene Qualitätssteigerung im Rettungsdienst sind weiterhin ausdrücklich zu begrüßen. Es ist auch zu begrüßen, dass sich der Freistaat Thüringen der Anpassung der landesrechtlichen Gesetzgebung an die Bundesgesetzgebung stellt und zugleich die allgemeine Lage des Arbeitsmarktes beachtet.

Mit den Möglichkeiten des § 32 NotSanG wurde den Rettungsassistenten und Rettungsassistentinnen der Weg eröffnet, sich im Berufsleben auf die höhere Qualifikation vorzubereiten und diese zu erlangen. Gleichzeitig stand allerdings ein „Quasi-Berufsverbot,“ für diejenigen Mitarbeiter und Mitarbeiterinnen im Raum, die diese Qualifikationsmöglichkeiten nicht wahrnehmen wollen oder die Erfordernisse der Ergänzungsprüfung nicht erfüllen konnten. Dies betrifft vorwiegend ältere Mitarbeiter.

Mit der vorliegenden Änderung des Thüringer Rettungsdienstgesetzes wird sowohl den Anpassungserfordernissen an die Bundesgesetzgebung als auch den Möglichkeiten der weiteren Berufsausübung der Rettungsassistenten und Rettungsassistentinnen Rechnung getragen.

Notfallsanitäter und Notfallsanitäterinnen werden ab dem 01. Januar 2024 (bei Möglichkeit auch früher) als Transportführer auf dem Rettungstransportwagen eingesetzt. Der Einsatz von Rettungsassistenten und Rettungsassistentinnen wird über den 31.12. 2023 als Fahrer der Rettungstransportwagen, als Fahrer der Notarzteinsetzungsfahrzeuge, als Transportführer der Krankentransportwagen und auf dem Rettungstransporthubschrauber erlaubt.

Es ist bedauerlich, dass sich das Thüringer Parlament erst in der zweiten Hälfte des Jahres 2022 mit dieser Situation im Thüringer Rettungsdienstgesetz befasst.

Die Klärung der bisherigen Beschränkung der Einsatzmöglichkeiten der Rettungsassistenten und Rettungsassistentinnen in Thüringen nach dem 31.12.2022 hätte einer früheren Lösung bedurft. Es entstand unnötiger Druck auf diese Mitarbeiter, der sich in Zukunftsangst, zusätzlichen Verweigerungen zur Weiterbildung und verstärkten Prüfungsstress äußerte.

Die entsprechenden Aufgabenträger und Durchführenden im Rettungsdienst kämpfen mit der entstandenen mangelnden Planungssicherheit.

Deshalb stellt sich die Frage, ob der Freistaat Thüringen nicht grundsätzlich eine Verlängerung des Einsatzes von Rettungsassistenten und Rettungsassistentinnen auf derzeitiger Basis bis zum Ende des 31.12.2023 erlaubt und danach die Reduzierung der Einsatzmöglichkeiten von Rettungsassistenten und Rettungsassistentinnen auf die Bereiche Fahrer der Rettungstransportwagen, Fahrer der Notarzteinsatzfahrzeuge, Transportführer der Krankentransportwagen und auf dem Rettungstransporthubschrauber vornimmt.

Nun zu den Fragestellungen aus der Anlage 3 des Anhörungsschreibens:

1. Das Notfallsanitätergesetz der Bundesrepublik Deutschland weist in eine richtige Richtung. Es ermöglicht neben einer Qualitätssteigerung im Rettungsdienst auch eine wichtige Aufwertung der Tätigkeiten der Mitarbeiter des Rettungsdienstes. Es steigert die Attraktivität des Rettungsdienstes, bietet aber auch Alternativen für eine spätere Entwicklung der Mitarbeiter. Zugleich stellt es hohe Anforderungen an die kontinuierliche Qualifikation und Weiterbildung. Deshalb ist der Einsatz eines Notfallsanitäters (höchste Qualifikationsstufe im Rettungsdienst) fachlich begründet und notwendig. Dies trifft speziell auf Einsätze zu, wo der Notarzt nicht anwesend sein kann.
2. Die vorgeschlagene Anpassung der Frist der Nachqualifizierung von Rettungsassistenten und Rettungsassistentinnen hin zu Notfallsanitätern und Notfallsanitäterinnen ist nur im Einzelfall ein geeigneter Weg zum Erhalt der Möglichkeit der Qualifikation. Ein späterer Qualifikationswunsch von Rettungsassistenten und Rettungsassistentinnen bleibt offen. Dies betrifft nicht nur bestehende Mitarbeiter sondern auch Wiedereinsteiger in den Beruf.
3. Die Fokussierung der Frist auf den Transportführer der in der Notfallrettung eingesetzten Rettungswagen sollte aus Qualitätsgründen bleiben. Gleichzeitig sollte allerdings das zuständige Ministerium beauftragt werden, für eine finanzielle Sicherung von Rettungsassistenten und Rettungsassistentinnen für die Bereiche als Fahrer der Rettungstransportwagen, Fahrer der Notarzteinsatzfahrzeuge, Transportführer der Krankentransportwagen und auf dem Rettungstransporthubschrauber zu sorgen. Teure Rettungsassistenten und Rettungsassistentinnen könnten durch billigere Rettungssanitäter und Rettungssanitäterinnen mit der Begründung zur Einhaltung des Wirtschaftlichkeitsgebotes ausgetauscht werden. Die Tarifparteien des öffentlichen Dienstes haben dieser Situation bisher keine Beachtung geschenkt.

Mit freundlichen Grüßen

21839/22

Formblatt zur Datenerhebung

nach § 5 Abs. 1 des Thüringer Beteiligungstransparenz dokumentationsgesetzes

Jede natürliche oder juristische Person, die sich mit einem schriftlichen Beitrag an einem Gesetzgebungsverfahren beteiligt hat, ist nach dem Thüringer Beteiligungstransparenz dokumentationsgesetz (ThürBeteilldokG) verpflichtet, die nachfolgend erbetenen Angaben – soweit für sie zutreffend – zu machen.

Die Informationen der folgenden Felder 1 bis 6 werden in jedem Fall als verpflichtende Mindestinformationen gemäß § 5 Abs. 1 ThürBeteilldokG in der Beteiligungstransparenz dokumentation veröffentlicht. Ihr inhaltlicher Beitrag wird zusätzlich nur dann auf den Internetseiten des Thüringer Landtags veröffentlicht, wenn Sie Ihre Zustimmung hierzu erteilen.

Bitte gut leserlich ausfüllen und zusammen mit der Stellungnahme senden!

Zu welchem <b>Gesetzentwurf</b> haben Sie sich schriftlich geäußert (Titel des Gesetzentwurfs)?											
Gesetz zur Änderung des Thüringer Rettungsdienstgesetzes Gesetzentwurf der Fraktionen DIE LINKE, der SPD und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN - Drucksache 7/5376 -											
1.	Haben Sie sich als <b>Vertreter einer juristischen Person</b> geäußert, d. h. als Vertreter einer Vereinigung natürlicher Personen oder Sachen (z. B. Verein, GmbH, AG, eingetragene Genossenschaft oder öffentliche Anstalt, Körperschaft des öffentlichen Rechts, Stiftung des öffentlichen Rechts)? (§ 5 Abs. 1 Nr. 1, 2 ThürBeteilldokG; Hinweis: Wenn nein, dann weiter mit Frage 2. Wenn ja, dann weiter mit Frage 3.)										
	<table border="1"> <tr> <td>Name</td> <td>Organisationsform</td> </tr> <tr> <td>Thüringischer Landkreistag</td> <td>e. V.</td> </tr> <tr> <td>Geschäfts- oder Dienstadresse</td> <td></td> </tr> <tr> <td>Straße, Hausnummer (oder Postfach)</td> <td>Richard-Breslau - Str. 13</td> </tr> <tr> <td>Postleitzahl, Ort</td> <td>39094 Erxleben</td> </tr> </table>	Name	Organisationsform	Thüringischer Landkreistag	e. V.	Geschäfts- oder Dienstadresse		Straße, Hausnummer (oder Postfach)	Richard-Breslau - Str. 13	Postleitzahl, Ort	39094 Erxleben
Name	Organisationsform										
Thüringischer Landkreistag	e. V.										
Geschäfts- oder Dienstadresse											
Straße, Hausnummer (oder Postfach)	Richard-Breslau - Str. 13										
Postleitzahl, Ort	39094 Erxleben										
2.	Haben Sie sich als <b>natürliche Person</b> geäußert, d. h. als Privatperson? (§ 5 Abs. 1 Nr. 1, 2 ThürBeteilldokG)										
	<table border="1"> <tr> <td>Name</td> <td>Vorname</td> </tr> <tr> <td></td> <td></td> </tr> <tr> <td colspan="2"> <input type="checkbox"/> Geschäfts- oder Dienstadresse      <input type="checkbox"/> Wohnadresse  (Hinweis: Angaben zur Wohnadresse sind nur erforderlich, wenn keine andere Adresse benannt wird. Die Wohnadresse wird in keinem Fall veröffentlicht.) </td> </tr> <tr> <td>Straße, Hausnummer</td> <td></td> </tr> <tr> <td>Postleitzahl, Ort</td> <td></td> </tr> </table>	Name	Vorname			<input type="checkbox"/> Geschäfts- oder Dienstadresse <input type="checkbox"/> Wohnadresse (Hinweis: Angaben zur Wohnadresse sind nur erforderlich, wenn keine andere Adresse benannt wird. Die Wohnadresse wird in keinem Fall veröffentlicht.)		Straße, Hausnummer		Postleitzahl, Ort	
Name	Vorname										
<input type="checkbox"/> Geschäfts- oder Dienstadresse <input type="checkbox"/> Wohnadresse (Hinweis: Angaben zur Wohnadresse sind nur erforderlich, wenn keine andere Adresse benannt wird. Die Wohnadresse wird in keinem Fall veröffentlicht.)											
Straße, Hausnummer											
Postleitzahl, Ort											

3.	Was ist der Schwerpunkt Ihrer inhaltlichen oder beruflichen Tätigkeit? (§ 5 Abs. 1 Nr. 3 ThürBetellG)	
	kommunales Spitzenverband iSv. §§ 126, 127 ThürKO Art 91 Abs. 4 ThürVerf.	
4.	Haben Sie in Ihrem schriftlichen Beitrag die entworfenen Regelungen insgesamt eher	
	<input type="checkbox"/> befürwortet, <input type="checkbox"/> abgelehnt, <input type="checkbox"/> ergänzungs- bzw. änderungsbedürftig eingeschätzt?	
	Bitte fassen Sie kurz die wesentlichen Inhalte (Kernaussage) Ihres schriftlichen Beitrages zum Gesetzgebungsverfahren zusammen! (§ 5 Abs. 1 Nr. 4 ThürBetellG)	
	Bewertung des Gesetzentwurfes aus kreislicher Perspektive	
5.	Wurden Sie vom Landtag gebeten, einen schriftlichen Beitrag zum Gesetzgebungsvorhaben einzureichen? (§ 5 Abs. 1 Nr. 5 ThürBetellG)	
	<input checked="" type="checkbox"/> Ja (Hinweis: weiter mit Frage 6)	<input type="checkbox"/> nein
	Wenn Sie die Frage 5 verneint haben: Aus welchem Anlass haben Sie sich geäußert?	
	In welcher Form haben Sie sich geäußert?	
	<input type="checkbox"/> per E-Mail <input type="checkbox"/> per Brief	
6.	Haben Sie sich als Anwaltskanzlei im Auftrag eines Auftraggebers mit schriftlichen Beiträgen am Gesetzgebungsverfahren beteiligt? (§ 5 Abs. 1 Nr. 6 ThürBetellG)	
	<input type="checkbox"/> Ja	<input checked="" type="checkbox"/> nein (weiter mit Frage 7)
	Wenn Sie die Frage 6 bejaht haben: Bitte benennen Sie Ihren Auftraggeber!	

7.	Stimmen Sie einer Veröffentlichung Ihres schriftlichen Beitrages in der Beteiligientransparenzdokumentation zu? (§ 5 Abs. 1 Satz 2 ThürBeteilldokG)	
	<input type="checkbox"/> ja	<input checked="" type="checkbox"/> nein

Mit meiner Unterschrift versichere ich die **Richtigkeit und Vollständigkeit der Angaben**. Änderungen in den mitgeteilten Daten werde ich unverzüglich und unaufgefordert bis zum Abschluss des Gesetzgebungsverfahrens mitteilen.

Ort, Datum
Erfurt 31.08.2022

22619/2022

**Formblatt zur Datenerhebung  
nach § 5 Abs. 1 des Thüringer Beteiligentransparenzdocumentationsgesetzes**

Jede natürliche oder juristische Person, die sich mit einem schriftlichen Beitrag an einem Gesetzgebungsverfahren beteiligt hat, ist nach dem Thüringer Beteiligentransparenzdocumentationsgesetz (ThürBeteilldokG) verpflichtet, die nachfolgend erbetenen Angaben – soweit für sie zutreffend – zu machen.

Die Informationen der folgenden Felder 1 bis 6 werden in jedem Fall als verpflichtende Mindestinformationen gemäß § 5 Abs. 1 ThürBeteilldokG in der Beteiligentransparenzdocumentation veröffentlicht. Ihr inhaltlicher Beitrag wird zusätzlich nur dann auf den Internetseiten des Thüringer Landtags veröffentlicht, wenn Sie Ihre Zustimmung hierzu erteilen.

*Bitte gut lesbar ausfüllen und zusammen mit der Stellungnahme senden!*

Zu welchem Gesetzentwurf haben Sie sich schriftlich geäußert (Titel des Gesetzentwurfs)?											
Gesetz zur Änderung des Thüringer Rettungsdienstgesetzes Gesetzentwurf der Fraktionen DIE LINKE, der SPD und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN - Drucksache 7/5376 -											
1.	Haben Sie sich als Vertreter einer juristischen Person geäußert, d. h. als Vertreter einer Vereinigung natürlicher Personen oder Sachen (z. B. Verein, GmbH, AG, eingetragene Genossenschaft oder öffentliche Anstalt, Körperschaft des öffentlichen Rechts, Stiftung des öffentlichen Rechts)? (§ 5 Abs. 1 Nr. 1, 2 ThürBeteilldokG; Hinweis: Wenn nein, dann weiter mit Frage 2. Wenn ja, dann weiter mit Frage 3.)										
	<table border="1"> <tr> <td>Name</td> <td>Organisationsform</td> </tr> <tr> <td></td> <td>Landeserbeitsgemeinschaft des Hilfsberufsdienstes Vorsitz: Malteser Hilfsdienst e. V.</td> </tr> <tr> <td>Geschäfts- oder Dienstadresse</td> <td>Heinrich-Heine-Str. 3 99096 Erfurt</td> </tr> <tr> <td>Straße, Hausnummer (oder Postfach)</td> <td>Heinrich-Heine-Str. 3</td> </tr> <tr> <td>Postleitzahl, Ort</td> <td>99096 Erfurt</td> </tr> </table>	Name	Organisationsform		Landeserbeitsgemeinschaft des Hilfsberufsdienstes Vorsitz: Malteser Hilfsdienst e. V.	Geschäfts- oder Dienstadresse	Heinrich-Heine-Str. 3 99096 Erfurt	Straße, Hausnummer (oder Postfach)	Heinrich-Heine-Str. 3	Postleitzahl, Ort	99096 Erfurt
Name	Organisationsform										
	Landeserbeitsgemeinschaft des Hilfsberufsdienstes Vorsitz: Malteser Hilfsdienst e. V.										
Geschäfts- oder Dienstadresse	Heinrich-Heine-Str. 3 99096 Erfurt										
Straße, Hausnummer (oder Postfach)	Heinrich-Heine-Str. 3										
Postleitzahl, Ort	99096 Erfurt										
2.	Haben Sie sich als natürliche Person geäußert, d. h. als Privatperson? (§ 5 Abs. 1 Nr. 3 ThürBeteilldokG)										
	<table border="1"> <tr> <td>Name</td> <td>Vorname</td> </tr> <tr> <td></td> <td></td> </tr> <tr> <td colspan="2"> <input type="checkbox"/> Geschäfts- oder Dienstadresse      <input type="checkbox"/> Wohnadresse (Hinweis: Angaben zur Wohnadresse sind nur erforderlich, wenn keine andere Adresse benannt wird. Die Wohnadresse wird in keinem Fall veröffentlicht.)         </td> </tr> <tr> <td>Straße, Hausnummer</td> <td></td> </tr> <tr> <td>Postleitzahl, Ort</td> <td></td> </tr> </table>	Name	Vorname			<input type="checkbox"/> Geschäfts- oder Dienstadresse <input type="checkbox"/> Wohnadresse (Hinweis: Angaben zur Wohnadresse sind nur erforderlich, wenn keine andere Adresse benannt wird. Die Wohnadresse wird in keinem Fall veröffentlicht.)		Straße, Hausnummer		Postleitzahl, Ort	
Name	Vorname										
<input type="checkbox"/> Geschäfts- oder Dienstadresse <input type="checkbox"/> Wohnadresse (Hinweis: Angaben zur Wohnadresse sind nur erforderlich, wenn keine andere Adresse benannt wird. Die Wohnadresse wird in keinem Fall veröffentlicht.)											
Straße, Hausnummer											
Postleitzahl, Ort											



3.	Was ist der <b>Schwerpunkt</b> Ihrer inhaltlichen oder beruflichen Tätigkeit? (§ 5 Abs. 1 Nr. 3 ThürBeteilldokG)	
	Interessenvertretung des Quereinsteiger Hilfszeitschön in Thüringen	
4.	Haben Sie in Ihrem schriftlichen Beitrag die entworfenen Regelungen insgesamt eher: <input type="checkbox"/> befürwortet, <input type="checkbox"/> abgelehnt, <input checked="" type="checkbox"/> ergänzungs- bzw. änderungsbedürftig eingeschätzt?	
	Bitte fassen Sie kurz die <b>wesentlichen Inhalte</b> (Kernaussage) Ihres schriftlichen Beitrages zum Gesetzgebungsverfahren <b>zusammen</b> ! (§ 5 Abs. 1 Nr. 4 ThürBeteilldokG)	
	Verlängerung Stichtagsregelung wird unter- stützt & begrüßt. Hinweis darauf, dass Förderkräftemangel im RD dadurch nicht gelöst werden kann - Fokus auf erreichbare Anzahl Ausbildungsplätze uFS.	
5.	Wurden Sie vom Landtag gebeten, einen schriftlichen Beitrag zum Gesetzgebungsvorhaben einzureichen? (§ 5 Abs. 1 Nr. 5 ThürBeteilldokG)	
	<input checked="" type="checkbox"/> Ja (Hinweis: weiter mit Frage 6)	<input type="checkbox"/> nein
	Wenn Sie die Frage 5 verneint haben: Aus welchem <b>Anlass</b> haben Sie sich geäußert?	
	In welcher <b>Form</b> haben Sie sich geäußert?	
	<input checked="" type="checkbox"/> per E-Mail (Vorab)	
	<input checked="" type="checkbox"/> per Brief	
6.	Haben Sie sich als <b>Anwaltskanzlei</b> im <b>Auftrag</b> eines Auftraggebers mit schriftlichen Beiträgen am Gesetzgebungsverfahren beteiligt? (§ 5 Abs. 1 Nr. 6 ThürBeteilldokG)	
	<input type="checkbox"/> Ja	<input checked="" type="checkbox"/> nein (weiter mit Frage 7)
	Wenn Sie die Frage 6 bejaht haben: Bitte benennen Sie Ihren <b>Auftraggeber</b> !	

7	<b>Stimmen Sie einer Veröffentlichung Ihres schriftlichen Beitrages in der Beteiligentransparenzdokumentation zu?</b> <small>(§ 5 Abs. 1 Satz 2 ThürBeteilldokG)</small>	
	<input checked="" type="checkbox"/> ja	<input type="checkbox"/> nein

Mit meiner Unterschrift versichere ich die **Richtigkeit und Vollständigkeit der Angaben**. Änderungen in den mitgeteilten Daten werde ich unverzüglich und unaufgefordert bis zum Abschluss des Gesetzgebungsverfahrens mitteilen.

Ort, Datum Biberth 12.09.22
--------------------------------

# Landesarbeitsgemeinschaft der Hilfsorganisationen in Thüringen



c/o Deutsches Rotes Kreuz • LV Thüringen e.V. • H. Heine Str. 3 • 99096 Erfurt

Thüringer Landtag  
Innen- und Kommunalausschuss  
Jürgen-Fuchs-Straße 1  
99096 Erfurt

THÜR. LANDTAG POST  
06.09.2022 16:14

22159/22

Erfurt, 2022-09-06

## Gemeinsame Stellungnahme der Landesarbeitsgemeinschaft der Hilfsorganisationen zum schriftlichen Anhörungsverfahren:

### Beratungsgegenstand

**Gesetz zur Änderung des Thüringer Rettungsdienstgesetzes  
- Drucksache 7/5376 -**

Sehr geehrter Damen und Herren,

vielen Dank für die Möglichkeit, zur o.g. Angelegenheit Stellung zu nehmen. In gemeinsamer Abstimmung zwischen den anerkannten Hilfsorganisationen äußern wir uns gern zum zugesandten Gesetzentwurf der Fraktionen DIE LINKE, der SPD und Bündnis 90/DIE GRÜNEN.

Grundsätzlich begrüßen und unterstützen wir das Ansinnen im Hinblick auf eine Verlängerung des landesgesetzlichen Einheitsstichtages um ein Jahr bis zum 31. Dezember 2023.

Zu1.

Wir halten es aus unserer Sicht für fachlich begründet und notwendig, dass als Transportführer der in der Notfallrettung eingesetzten Rettungstransportwagen künftig ausschließlich Beschäftigte mit dem Berufsbild „Notfallsanitäter“ eingesetzt werden, um eine landesweite Qualitätssteigerung und ein einheitliches Versorgungsniveau zu erreichen.

Arbeiter-Samariter-Bund Landesverband Thüringen e.V.  
Bahnhofsweg 4  
99090 Erfurt

Deutsche Lebens-Rettungs-Gesellschaft  
Landesverband Thüringen e.V.  
Am Urbicher Kreuz 30  
99099 Erfurt

Deutsches Rotes Kreuz Landesverband Thüringen e.V.  
Heinrich-Heine-Straße 3  
99096 Erfurt

Johanniter-Unfall-Hilfe e.V.  
Landesverband Sachsen-Anhalt – Thüringen  
Schillerstraße 27  
99096 Erfurt

Malteser Hilfsdienst e.V. Landesgeschäftsstelle im Freistaat Thüringen  
August-Schleicher-Straße 2  
99089 Erfurt

**Gemeinsame Poststelle:**  
Landesarbeitsgemeinschaft der Hilfsorganisationen in Thüringen  
c/o Deutsches Rotes Kreuz  
Landesverband Thüringen e.V.  
Heinrich-Heine-Straße 3  
99096 Erfurt

**Vorsitz 2022:**  
Malteser Hilfsdienst e.V.  
Landesgeschäftsstelle im Freistaat Thüringen  
August-Schleicher-Straße 2  
99089 Erfurt

Zu2.

Die im Gesetzentwurf vorgeschlagene Anpassung zur Frist der Nachqualifizierung von Rettungsassistentinnen und Rettungsassistenten hin zu Notfallsanitäterinnen und Notfallsanitätern vom 31. Dezember 2022 um ein Jahr auf den 31. Dezember 2023 eröffnet einigen wenigen, die es betrifft, noch die Möglichkeit der Nachqualifizierung.

Eine Entlastung der Trägerinnen und Träger sowie Durchführenden im Rettungswesen sehen wir aufgrund der vergleichsweise geringen Anzahl, derer die es betrifft, nicht.

Zu3.

Die Fokussierung Notfallsanitäter nur als Transportführer auf die, in der Notfallrettung eingesetzten Rettungswagen zu beschränken, würde dem unter Punkt 1 genannten Ziel, die Qualitätssteigerung und ein einheitliches Versorgungsniveau zu erreichen, widersprechen.

Abschließend möchten wir im Rahmen unserer Stellungnahme die Möglichkeit nutzen auf folgende Punkte hinzuweisen. Eine Verlängerung der Stichtagsregelung löst nicht das Problem des Fachkräftemangels im Rettungsdienst. Es sollte unbedingt Fokus auf die Ausbildung in ausreichender Menge neuer Notfallsanitäter gelegt werden.

Bei der Ausbildung der Notfallsanitäter existiert immer noch eine Reglementierung seitens der Kostenträger auf Basis einer bedarfsgerechten Ausbildung innerhalb der Verbände. Aus unserer Sicht ist Verfügbarkeit und Verweildauer von Notfallsanitätern landesweit zu betrachten, um den Bedarf an Fachkräften adäquat zu beurteilen. Ein Personalentwicklungskonzept wurde bereits in die AG Kosten eingebracht. Eine Regulierung über die Zulassung der Lehrrettungswachen wäre aus Sicht der Landesarbeitsgemeinschaft der Hilfsorganisationen eine erfolgsversprechende Option.

Wir unterstützen diese Entwicklungen sehr gern und möchten darum bitten, als LAG auch weiterhin in entsprechende Vorhaben und Prozesse umfassend eingebunden zu werden.

**Formblatt zur Datenerhebung**  
**nach § 5 Abs. 1 des Thüringer Beteiligtentransparenzdokumentationsgesetzes**

Jede natürliche oder juristische Person, die sich mit einem schriftlichen Beitrag an einem Gesetzgebungsverfahren beteiligt hat, ist nach dem Thüringer Beteiligtentransparenzdokumentationsgesetz (ThürBeteilDokG) verpflichtet, die nachfolgend erbetenen Angaben – soweit für sie zutreffend – zu machen.

Die Informationen der folgenden Felder 1 bis 6 werden in jedem Fall als verpflichtende Mindestinformationen gemäß § 5 Abs. 1 ThürBeteilDokG in der Beteiligtentransparenzdokumentation veröffentlicht. Ihr inhaltlicher Beitrag wird zusätzlich nur dann auf den Internetseiten des Thüringer Landtags veröffentlicht, wenn Sie Ihre Zustimmung hierzu erteilen.

*Bitte gut leserlich ausfüllen und zusammen mit der Stellungnahme senden!*

Zu welchem <b>Gesetzentwurf</b> haben Sie sich schriftlich geäußert (Titel des Gesetzentwurfs)?											
Gesetz zur Änderung des Thüringer Rettungsdienstgesetzes Gesetzentwurf der Fraktionen DIE LINKE, der SPD und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN <span style="float: right;">+</span>											
<b>1.</b>	Haben Sie sich als <b>juristische Person</b> geäußert, d. h. als Vertreter einer Vereinigung natürlicher Personen oder Sachen (z. B. Verein, GmbH, AG, eingetragene Genossenschaft oder öffentliche Anstalt, Körperschaft des öffentlichen Rechts, Stiftung des öffentlichen Rechts)? <small>(§ 5 Abs. 1 Nr. 1, 2 ThürBeteilDokG; Hinweis: Wenn nein, dann weiter mit Frage 2. Wenn ja, dann weiter mit Frage 3.)</small>										
	<table style="width: 100%; border-collapse: collapse;"> <tr> <td style="width: 50%; border-bottom: 1px solid black; padding: 2px;">Name</td> <td style="width: 50%; border-bottom: 1px solid black; padding: 2px;">Organisationsform</td> </tr> <tr> <td style="border-bottom: 1px solid black; padding: 2px;">Thüringischer Landkreistag</td> <td style="border-bottom: 1px solid black; padding: 2px;">e.V.</td> </tr> <tr> <td style="border-bottom: 1px solid black; padding: 2px;">Geschäfts- oder Dienstadresse</td> <td style="border-bottom: 1px solid black; padding: 2px;">Richard-Breslau-Straße 13</td> </tr> <tr> <td style="border-bottom: 1px solid black; padding: 2px;">Straße, Hausnummer (oder Postfach)</td> <td style="border-bottom: 1px solid black; padding: 2px;"></td> </tr> <tr> <td style="border-bottom: 1px solid black; padding: 2px;">Postleitzahl, Ort</td> <td style="border-bottom: 1px solid black; padding: 2px;">99094 Erfurt</td> </tr> </table>	Name	Organisationsform	Thüringischer Landkreistag	e.V.	Geschäfts- oder Dienstadresse	Richard-Breslau-Straße 13	Straße, Hausnummer (oder Postfach)		Postleitzahl, Ort	99094 Erfurt
	Name	Organisationsform									
	Thüringischer Landkreistag	e.V.									
	Geschäfts- oder Dienstadresse	Richard-Breslau-Straße 13									
	Straße, Hausnummer (oder Postfach)										
Postleitzahl, Ort	99094 Erfurt										
<b>2.</b>	Haben Sie sich als <b>natürliche Person</b> geäußert, d. h. als Privatperson? <small>(§ 5 Abs. 1 Nr. 1, 2 ThürBeteilDokG)</small>										
	<table style="width: 100%; border-collapse: collapse;"> <tr> <td style="width: 50%; border-bottom: 1px solid black; padding: 2px;">Name</td> <td style="width: 50%; border-bottom: 1px solid black; padding: 2px;">Vorname</td> </tr> <tr> <td style="border-bottom: 1px solid black; padding: 2px;"></td> <td style="border-bottom: 1px solid black; padding: 2px;"></td> </tr> <tr> <td colspan="2" style="padding: 2px;"> <input type="checkbox"/> Geschäfts- oder Dienstadresse      <input type="checkbox"/> Wohnadresse  <small>(Hinweis: Angaben zur Wohnadresse sind nur erforderlich, wenn keine andere Adresse benannt wird. Die Wohnadresse wird in keinem Fall veröffentlicht.)</small> </td> </tr> <tr> <td style="border-bottom: 1px solid black; padding: 2px;">Straße, Hausnummer</td> <td style="border-bottom: 1px solid black; padding: 2px;"></td> </tr> <tr> <td style="border-bottom: 1px solid black; padding: 2px;">Postleitzahl, Ort</td> <td style="border-bottom: 1px solid black; padding: 2px;"></td> </tr> </table>	Name	Vorname			<input type="checkbox"/> Geschäfts- oder Dienstadresse <input type="checkbox"/> Wohnadresse <small>(Hinweis: Angaben zur Wohnadresse sind nur erforderlich, wenn keine andere Adresse benannt wird. Die Wohnadresse wird in keinem Fall veröffentlicht.)</small>		Straße, Hausnummer		Postleitzahl, Ort	
	Name	Vorname									
	<input type="checkbox"/> Geschäfts- oder Dienstadresse <input type="checkbox"/> Wohnadresse <small>(Hinweis: Angaben zur Wohnadresse sind nur erforderlich, wenn keine andere Adresse benannt wird. Die Wohnadresse wird in keinem Fall veröffentlicht.)</small>										
	Straße, Hausnummer										
Postleitzahl, Ort											

3.	Was ist der <b>Schwerpunkt Ihrer</b> inhaltlichen oder beruflichen <b>Tätigkeit</b> ? (§ 5 Abs. 1 Nr. 3 ThürBeteilddokG)	
	[Die Beteiligten haben keine Information übermittelt.]	
4.	Haben Sie in Ihrem schriftlichen Beitrag die entworfenen Regelungen insgesamt eher	
	<input type="checkbox"/> befürwortet, <input type="checkbox"/> abgelehnt, <input type="checkbox"/> ergänzungs- bzw. änderungsbedürftig eingeschätzt?	
	<b>Bitte fassen Sie kurz die wesentlichen Inhalte (Kernaussage) Ihres schriftlichen Beitrages zum Gesetzgebungsverfahren zusammen!</b> (§ 5 Abs. 1 Nr. 4 ThürBeteilddokG)	
	[Die Beteiligten haben keine Information übermittelt.]	
5.	Wurden Sie vom Landtag gebeten, einen schriftlichen Beitrag zum Gesetzgebungsvorhaben einzureichen? (§ 5 Abs. 1 Nr. 5 ThürBeteilddokG)	
	<input checked="" type="checkbox"/> ja (Hinweis: weiter mit Frage 6)	<input type="checkbox"/> nein
	Wenn Sie die Frage 5 verneint haben: Aus welchem <b>Anlass</b> haben Sie sich geäußert?	
	[Die Beteiligten haben keine Information übermittelt.]	
	In welcher <b>Form</b> haben Sie sich geäußert?	
	<input type="checkbox"/> per E-Mail <input type="checkbox"/> per Brief	
6.	Haben Sie sich <b>als Anwaltskanzlei im Auftrag</b> eines Auftraggebers mit schriftlichen Beiträgen am Gesetzgebungsverfahren beteiligt? (§ 5 Abs. 1 Nr. 6 ThürBeteilddokG)	
	<input type="checkbox"/> ja	<input type="checkbox"/> nein (weiter mit Frage 7)
	Wenn Sie die Frage 6 bejaht haben: Bitte benennen Sie Ihren <b>Auftraggeber</b> !	
	[Die Beteiligten haben keine Information übermittelt.]	

7.	<b>Stimmen Sie einer Veröffentlichung Ihres schriftlichen Beitrages in der Beteiligientransparenzdokumentation zu?</b> (§ 5 Abs. 1 Satz 2 ThürBeteilddokG)	
	<input type="checkbox"/> ja	<input type="checkbox"/> nein

Mit meiner Unterschrift versichere ich die **Richtigkeit und Vollständigkeit der Angaben**.  
 Änderungen in den mitgeteilten Daten werde ich unverzüglich und unaufgefordert bis zum Abschluss  
 des Gesetzgebungsverfahrens mitteilen.

Ort, Datum	Unterschrift

#### **4. Eigeninitiativ eingebrachte Beiträge**

(Keine Dokumente vorhanden)



## **5. Weitere Beiträge**

(Keine Dokumente vorhanden)

## **6. Diskussionsforum**

**(Keine Dokumente vorhanden)**